

Vorwort des Bundesministers



Dieses Werk steht für mich persönlich unter dem Aspekt, die Verbundenheit zwischen den Generationen zu fördern und den Ausgleich der Interessen zwischen älteren und jüngeren Menschen in Österreich sichern zu können. Das von den Vereinten Nationen proklamierte „Internationale Jahr der älteren Menschen 1999“ konnte weltweit, vor allem aber auch in unserem Land, einen Bewusstseinswandel über das Bild vom Altern auslösen. Deshalb wurde der vorliegende Bericht bei international renommierten Fachleuten in Auftrag gegeben, um die Lebenssituation älterer Menschen und die wechselseitigen Generationenbeziehungen besser beleuchten zu können.

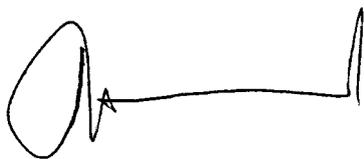
Sie halten nun diesen für die Gesamtbevölkerung so wichtigen Bericht in Händen,

der umfassend über die vielen Herausforderungen, aber auch Chancen berichtet, die die zunehmend „alternde Gesellschaft“ mit sich bringt. Er räumt auf mit den vielen Vorurteilen über die älteren Menschen, lässt das auf Defizite ausgerichtete Bild des Alterns nicht weiter gelten und fordert vehement einen Bewusstseinswandel über das Altern. So zeigt er die individuellen Lebensperspektiven einerseits und die Bedeutung und Leistung älterer Menschen andererseits mit aller Deutlichkeit auf. Ganz bewusst nennt sich dieser Bericht nicht „Seniorenbericht“, indem er unterstreicht, dass die älteren Menschen der Gesellschaft ihren Stempel zahlenmäßig aufdrücken und dass sie noch stärker und selbstbewusster präsent sein werden.

Mit der Einrichtung des Bundesseniorenrates und der nunmehrigen Anerkennung des Österreichischen Seniorenrates als Interessensvertretung der älteren Menschen ist Österreich Vorreiter in Europa. Darüber hinaus sind jedoch auch Infrastrukturen erforderlich, die die ältere Bevölkerung bei ihrem Wunsch nach einem aktiven, sinnerfüllten dritten Lebensabschnitt unterstützen und sie gleichermaßen in die moderne Informationsgesellschaft einbinden. „Jünger“ und „Älter“ lernen voneinander, sei es im Rahmen von gemeinsamen Initiativen und Projekten, sei es durch die Anbindung an das Internet. Wirklich entscheidend ist hierbei vor allem der Ausbau des Wir-Gefühls zwischen den Generationen.

Voraussetzung für ein möglichst langes und gesundes Altern ist natürlich eine bewusste Gesundheitsvorsorge, deren Grundstein schon bei den Jüngeren gelegt werden sollte. Dieser Bericht macht offenkundig, dass Senioren- und Generationenpolitik eine Querschnittsmaterie darstellt, die in alle Politikbereiche einfließen muss. So versteht sich dieses Werk als Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen Senioren- und Generationenpolitik und richtet sich an alle, die die Bedeutung des gesellschaftlichen Wandels zu erkennen bereit sind.

Ich werde diesen Bericht dem hohen Haus zur Diskussion der Schlussfolgerungen vorlegen und dem Ministerrat und der Landeshauptleutekonferenz zum Beschluss der verbindlichen Umsetzung übermitteln. Großer Dank gebührt den Autorinnen und Autoren für die Erstellung der wissenschaftlichen Beiträge und all jenen, die am Zustandekommen dieses Berichts beteiligt waren. Ich wünsche mir eine produktive und breitenwirksame Diskussion der Ergebnisse dieses ersten Berichts zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich und Ihnen eine angeregte Lektüre dieser spannenden Thematik.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'H' followed by a horizontal line and a small vertical stroke at the end.

Bundesminister Mag. Herbert Haupt

Liebe Leserinnen und Leser!

Vorbemerkung

Die vorliegende Publikation ist eine redaktionell gestaltete Kurzfassung des Berichts zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich. Zwecks besserer Lesbarkeit wurde die Schrift größer gestaltet. Dieser Bericht soll Ihnen auf knapp 150 Seiten einen Einstieg in die komplexe Materie und in die Erkenntnis der Welt der Senioren ermöglichen. Das Original – die wissenschaftliche Version – hat rund 600 Seiten.

Jede journalistische Bearbeitung von wissenschaftlichen Publikationen zieht natürlich Verkürzungen und Simplifikationen mit sich. Wir haben uns deshalb in der redaktionellen Arbeit bemüht, Kürze und leichte Lesbarkeit mit der Komplexität und dem vollen Informationsangebot des Seniorenberichtes bestmöglich zu vereinbaren.

Deshalb wurde die vorliegende Kurzfassung auch allen Beteiligten zur Durchsicht und allfälligen Überarbeitung vorgelegt. Für ihre Mitwirkung und Unterstützung danken wir Anton Amann, Christoph Badelt, Martin Bauer, Gabriele Buchner, Christiane Feuerstein, Wilhelm Filla, Margarethe Havel, Josef Hörl, Paloma Fernandez de la Hoz, Franz Kolland, Josef Kytir, Kai Leichsenring, Gerhard Majce, Margaretha Mahidi, Martin Oppitz, Johannes Pflegerl, Ralf Risser, Helmuth Schattovits, Charlotte Struempel, Alexandra Werba und Erika Winkler. Für vertiefende Informationen im Anschluss an die Lektüre dieser Kurzversion steht Ihnen nicht nur die Originalfassung des Seniorenberichtes auf der Homepage des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen (www.bmsg.gv.at), sondern auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten selbst zur Verfügung. Sie sind in jedem Kapitel dieser Kurzfassung namentlich angeführt, und ihre Adressen finden Sie im Anhang.

Eine interessante Lektüre wünschen Ihnen

Irene Kernthaler, *Ulrike Drucker und Georg Janik*
Konzeption Text
und Koordination

Wien, 1999, 2001

Inhalt

Teil I: Politische Perspektiven

- 6 I.1. Neuorientierung der Seniorenpolitik

Teil II: Die alternde Gesellschaft

- 12 II.1. Gesellschaft und Menschen werden alt

Teil III: Kultur des Alters und Altersbilder

- 21 III.1. Wo bleibt die Alterskultur?
34 III.2. Sexualität im Alter
36 III.3. Religiosität im Alter
37 III.4. Sterben und Tod

Teil IV: Lebensformen, Kommunikation, Generationenverhältnis

- 41 IV.1. Wohn- und Lebensformen ändern sich im Alter
43 IV.2. Die allermeisten Älteren haben Familie
47 IV.3. Viel Familienkontakt
52 IV.4. Generationenbeziehungen: gelebte Solidarität

Teil V: Vom Erwerbsleben in den Ruhestand

- 69 V.1. „Ältere Arbeitskräfte – nein danke?“
71 V.2. Niedrige Erwerbsquoten
73 V.3. Extrem früher Pensionszugang
76 V.4. Ältere Arbeitskräfte unter Anpassungsdruck

Teil VI: Ältere Menschen in Politik und Gesellschaft

- 77 VI.1. Große Anzahl, geringe Mitsprache
79 VI.2. Ältere Menschen und die Politik
82 VI.3. Interessensvertretung und Politik für ältere Menschen
85 VI.4. Gesellschaftliches Engagement

Teil VII: Die materielle Lage der SeniorInnen

- 88 VII.1. Von Armut bis Wohlstand
91 VII.2. Große Unterschiede bei Einkommen von PensionistInnen
94 VII.3. Vermögen, Ausstattung und Lebensstandard
96 VII.4. Geringe Armut im Alter

Teil VIII: Die Wohnsituation älterer Menschen

- 97 VIII.1. Eigene Wohnung bedeutet Selbstständigkeit

Teil IX: Gesundheit

- 104 IX.1. Gesund altern beginnt im mittleren Lebensalter

Teil X: Freizeit, Bildung, Mobilität

- 112 X.1. Freizeit und aktives Älterwerden
121 X.2. Bildung im Alter
125 X.3. Ältere Menschen gefährdete – Verkehrsteilnehmer

Teil XI: Betreuung und Pflege

- 128 XI.1. Familien mit dem steigenden Pflegebedarf nicht alleine lassen

Teil XII: MigrantInnen

- 137 XII.1. Altern in der Fremde

- 142 **Zu den Autorinnen und Autoren**

I.1. Neuorientierung der Seniorenpolitik

Immer mehr Menschen werden immer älter, und immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger jüngeren gegenüber – kurz gesagt: die Gesellschaft „ergraut“. Diese „graue“ Gesellschaft, die vor uns liegt, birgt alle Voraussetzungen, um eine „bunte“ Gesellschaft zu werden. Der Bevölkerungswandel bringt nicht nur Probleme, sondern er hat auch positive Effekte – wenn sie nur entsprechend gefördert und genützt werden. Dafür ist eine „neue Seniorenpolitik“ nötig, die mehr ist als die Sicherung der Pensionen.

-
- Referenz:
- **Kompetenzzentrum für**
- **Senioren- und Bevölkerungs-**
- **politik im Bundesministerium**
- **für soziale Sicherheit und**
- **Generationen**
-
- Ansprechpartnerin:
- **Eveline Hönigspurger**
-
-

Wir nähern uns der „grauen“ Gesellschaft: Ab dem Jahr 2000 wird der Anteil älterer Menschen weiter zunehmen. Bis zum Jahr 2030 wird weltweit eine Milliarde Menschen über 60 Jahre alt sein – und in Österreich 2,7 Millionen. Damit wird der SeniorInnen-Anteil in Österreich 2030 bei 33 Prozent liegen, das ist mehr als doppelt so hoch wie Mitte des 20. Jahrhunderts. Gleichzeitig schrumpft der Anteil der jungen Menschen.

Die „Alten“ werden der Gesellschaft ihren Stempel aber nicht nur zahlenmäßig aufdrücken. Sie werden auch stärker und selbstbewusster präsent sein. Ihre Altersphase dauert länger als bei allen früheren Generationen – und die Jahre des Alters sind dank des medizinischen Fortschrittes bessere als jemals zuvor. Die SeniorInnen von heute und morgen fühlen sich jünger – und sie lassen sich nicht mehr an den Rand drängen.

Generationensolidarität statt Generationenkonflikt

Versteht man SeniorInnenpolitik nur als Pensionspolitik, stellt sich einem angesichts der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur vorrangig die Frage der künftigen Verteilung zwischen Jung und Alt. Unter dem Schlagwort „Generationenkonflikt“ wird angesichts der immer geringer werdenden Zahl Erwerbstätiger diskutiert, wer in wel-

chem Maß zur Sicherung der Pensionen für die immer größere Zahl älterer Menschen beitragen soll.

Dies ist auch eine wichtige Frage – und deshalb wurde mit der Pensionsreform 1997 ein erster Schritt getan, um das Pensionsystem für künftige Generationen zu sichern. Weitere Schritte und flankierende Maßnahmen werden zu setzen sein.

Aber einen „Krieg zwischen Jung und Alt“ herbeizureden löst keine Probleme, sondern schafft nur neue. Und es fördert falsche Vorstellungen – wie die, dass materielle Transfers nur von den Jungen zu den Alten fließen. Dies entspricht aber nicht der Realität: Vielmehr gibt es hohe materielle Transfers von Alt zu Jung. Und es besteht, vor allem innerhalb der Familien, ein großes Maß an Solidarität zwischen den Generationen.

Diese Generationensolidarität will die „neue Seniorenpolitik“ stützen und fördern – damit keine Generation berechtigt das Gefühl bekommt, dass eine andere Generation auf ihre Kosten lebt. Wenn allen Generationen bewusst ist, dass sie auf die anderen angewiesen sind, können die Herausforderungen des Bevölkerungswandels ohne „Kriege“ gemeistert werden.

Familie als Modell der Generationensolidarität

Die Familien sind ein Modell für die Generationensolidarität, ihr solidarisches Handeln reicht von der Betreuung kleiner

Kinder bis zur Pflege der Hochbetagten. Gerade in den Familien zeigt sich auch, dass das Verhältnis zwischen den Generationen keine „schiefe Ebene“ ist, auf der nur eine gibt und die andere nimmt: Während nämlich die jüngeren Generationen mit der Altenpflege und den Pensionsbeiträgen Solidaritätsleistungen erbringen, helfen die älteren Menschen den Jungen vor allem durch Kinderbetreuung und materielle Transfers.

Diese gegenseitigen Leistungen in der Familie wurden durch die Studie „Generationenbeziehungen in Österreich“ aus dem Jahr 1998 sichtbar gemacht. Sie zeigte:

- ▶ Finanzielle Transfers laufen überwiegend von den Älteren zu den Jüngeren, die Älteren haben eine wichtige Stützfunktion für den materiellen Wohlstand der jüngeren Generationen.
- ▶ Auch auf der Ebene der persönlichen Hilfeleistungen funktionieren die Familien solidarisch: Mehr als ein Drittel der mittleren Generation hilft den Älteren bis zu zwei Stunden pro Woche. Umgekehrt bekommen 43 Prozent der mittleren Generation bis zu drei Stunden pro Woche Hilfe von den Älteren, zehn Prozent sogar mehr als zehn Stunden wöchentlich.

Die Hilfe in den Familien ist also keine „Einbahnstraße“ – und sie lässt sich überdies mit einem „Staffellauf“ vergleichen: Die Leistungen, die die Nachfolger-Generationen von den Eltern erhalten, fließen nicht im gleichen Maß an diese zurück, sondern

sie werden wie eine Staffel an die eigene Nachfolger-Generation weitergegeben.

Auf die Familien kommen mit dem Bevölkerungswandel neue Herausforderungen zu: Einerseits steigt die Zahl der hochbetagten Menschen; und damit wird sich der Pflegebedarf erhöhen – und andererseits wird die Kindergeneration, also die der künftigen Helfenden, kleiner.

Damit die Familien trotzdem weiterhin „Solidaritätsdrehscheibe“ bleiben können, will die „neue Seniorenpolitik“ die Rahmenbedingungen verbessern, durch informelle (Beratung) oder materielle Unterstützung. Pflegende Angehörige sollen besser unterstützt werden – indem die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessert wird, entlastende Sozialdienste gefördert und Pflegeeinrichtungen weiter ausgebaut werden. Initiativen, denen es um das gegenseitige Verständnis und die Kooperation zwischen den Generationen geht, werden gefördert. Und Altsein wird – nicht zuletzt mit dem Seniorenbericht – zum Thema gemacht, um das Bild von älteren Menschen als „Last“ zu korrigieren.

Aktives Altern durch ehrenamtliches Engagement

Gesellschaft und Politik müssen sich von der Vorstellung lösen, dass Altwerden zwangsläufig mit einem Rückzug aus der Gesellschaft verbunden ist. Das Ausschei-

den aus dem Erwerbsleben darf nicht dazu führen, dass ältere Menschen „aufs Abstellgleis“ geschoben werden. Ehrenamtliches Engagement ist eine Möglichkeit für „junge Alte“, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen. Deshalb ist es das Ziel der „neuen Seniorenpolitik“, eine neue Kultur des Ehrenamtes zu etablieren. Dabei geht es nicht zuletzt auch darum, Wert und Bedeutung älterer Menschen für das Gemeinwohl sichtbar zu machen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie hat deshalb die Initiative „Bürgerbüros für Jung und Alt“ gestartet. Die gegenwärtig 10 Bürgerbüros sind eine Drehscheibe des ehrenamtlichen Engagements. Die Palette der zwischen den Generationen „vermittelten“ Tätigkeiten reicht von kurzfristiger Kinderbetreuung über Hausaufgabenhilfe für SchülerInnen bis zu kleinen Reparaturen. SeniorInnen können sich hier aktiv und selbstbestimmt engagieren – und sie helfen damit anderen Generationen.

Mitgestalten, Mitreden auch im Alter

Der Tatsache, dass die Gruppe der SeniorInnen immer größer wird, muss auch auf Ebene der politischen Mitsprache Rechnung getragen werden. Ältere Menschen sollen durch die „neue Senioren-

politik“ unterstützt und motiviert werden, ihre Interessen selbst zu artikulieren. Schließlich wäre es nicht zuletzt demokratierechtlich unakzeptabel, bliebe die größte Bevölkerungsgruppe zu Beginn des neuen Jahrtausends von der aktiven Politik ausgeschlossen.

Mit dem Bundes-Seniorengesetz 1998 wurde eine wichtige Grundlage für die angemessene Vertretung der Anliegen der älteren Menschen gegenüber der Politik geschaffen. Gleichzeitig wurden Beratung, Information und Betreuung von älteren Menschen durch SeniorInnenorganisationen finanziell abgesichert.

Eine große Rolle spielt in diesem Zusammenhang der kommunale, lokale Raum der Gemeinden und Städte, denn die Wohnumgebung wird im Alter zum zentralen Lebensfeld. Daher ist die Mitbestimmung gerade im kommunalen Bereich besonders wichtig und soll vor allem auf dieser Ebene verstärkt werden.

Eng mit der Mitsprachemöglichkeit verbunden sind die Bildungschancen älterer Menschen. In der Informations- und Wissensgesellschaft wird der Zugang zu Wissen und Information zu einem entscheidenden Kriterium für die gesellschaftliche Teilhabe. Die aktuellen Entwicklungen bergen die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft in „Informations-Reiche“ und „Informations-Arme“ – und eine solche Kluft sollte nicht zu einer Kluft zwischen älteren und jüngeren Menschen werden.

Deshalb setzt sich die „neue Seniorenpolitik“ für einen offenen Zugang zu Bildung und Information auch für ältere Menschen ein.

Bewusst leben – gesund altern

Einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität älterer Menschen leistet die Gesundheitspolitik. Vorsorge und der achtsame Umgang mit der eigenen Gesundheit ermöglichen es immer mehr Menschen, im Alter ein gesundes und damit auch ein aktives Leben zu führen. Der Gedanke der Vorsorge („Prävention“) kommt im Gesundheitssystem aber noch nicht ausreichend zum Tragen. Deshalb ist die Unterstützung entsprechender Initiativen ein wichtiges Anliegen der „neuen Seniorenpolitik“.

Aufgrund des Alters soll niemandem der Zugang zu bestmöglicher medizinischer Versorgung verwehrt werden. Durch Rehabilitation auch im hohen Alter kann Pflegebedürftigkeit verhindert oder zumindest hinausgezögert werden. Auch Wissenschaft und Forschung sind aufgefordert, sich zunehmend den medizinischen Herausforderungen dieser Altersgruppe zu stellen. Bis heute gibt es in Österreich z.B. keinen Lehrstuhl für Geriatrie.

Ausbau der Pflege zu Hause ermöglicht selbstbestimmtes Leben

Der Bedarf an medizinischer, sozialer und pflegerischer Versorgung wird vor allem für die überproportional wachsende Gruppe der Hochbetagten größer. Derzeit leben rund 65.000 Österreicherinnen und Österreicher über 60 Jahre – das sind 3,8% der Bevölkerung – in etwas mehr als 700 Altenwohnhäusern, Alten- und Pflegeheimen. Die erst jüngst eingesetzte Seniorenanwältin fordert folgende drei Grundsätze für alte Menschen ein: „Ihre Würde darf nicht verletzt werden, ihnen muss zuteil werden, was sie brauchen, und sie sollen nach ihrem Willen und Wunsch leben dürfen.“ Im Vordergrund der „neuen Seniorenpolitik“ steht aber nicht die Betreuung in Heimen, sondern die Hilfe und Pflege durch Familienangehörige und/oder ambulante Dienste, damit die älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden führen können.

Bereits heute benötigen 400.000 ÖsterreicherInnen Hilfe und Pflege daheim. Das sind 5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Durch mobile Dienste werden derzeit nur 40.000 ÖsterreicherInnen betreut, über 80.000 haben jedoch einen dringenden Bedarf an Hilfe und Pflege. Die Familien, vor allem die Frauen, leisten hier den größten Teil der Pflegearbeit. Aber mit zu-

nehmender Pflegeintensität wird die Bereitschaft dazu geringer. Ältere Menschen werden also in Zukunft vermehrt professionelle Dienstleistungsangebote in Anspruch nehmen müssen. Die finanzielle Basis ist durch das Pflegegeld vorhanden.

Wenn Familienangehörige Hochbetagte selbst pflegen, brauchen sie besondere Unterstützung. Es geht hier um die meist weiblichen Angehörigen der sogenannten Sandwich-Generation, die sowohl für ihre Kinder als auch für ihre Eltern bzw. ältere Verwandte sorgen. Sie brauchen Entlastung: So muss es die Möglichkeit geben, „Urlaub von der Pflege“ machen zu können – etwa durch Entlastungsbetten in Pflegeeinrichtungen zur kurzzeitigen Betreuung. Aber auch Fortbildung und Information für pflegende Angehörige sind notwendig.

Auch Wohnungspolitik kann Eigenständigkeit sichern

Auch im Bereich Wohnen kann und muss einiges getan werden, um den älteren Menschen ein eigenständiges, selbstverantwortetes Leben zu ermöglichen. Ein Ziel der „neuen Seniorenpolitik“ ist es daher, dem Wunsch der SeniorInnen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben, Rechnung zu tragen. Gleichzeitig kann mit einer entsprechenden Gestaltung der Wohn-

umgebung der Vereinsamung im Alter entgegen gewirkt werden.

Die „neue Seniorenpolitik“ bemüht sich daher,

- ▶ generationenverbindendes Leben in leistbaren Wohnungen zu ermöglichen
- ▶ die Wohnungen nach den Bedürfnissen älterer und vor allem pflegebedürftiger Menschen einzurichten
- ▶ Alten- oder Pflegeheime durch offene Wohnformen zu ersetzen, die je nach Pflegebedürftigkeit ein Höchstmaß an Eigenständigkeit ermöglichen
- ▶ die Lebensumwelt auch so zu gestalten, dass sie ein integratives Miteinander von Jung und Alt fördert.

Impulse dafür wurden mit der Förderung neuer Nachbarschaften, von Mehr-Generationen-Wohnprojekten oder von Projekten wie „Wohnen gegen Hilfe“ (StudentInnen wohnen gegen Hilfe kostenlos bei älteren Menschen) gesetzt.

Das Kompetenzzentrum sichert neue Seniorenpolitik

Mit der Schaffung des Kompetenzzentrums für Senioren- und Bevölkerungspolitik wurde 1997 erstmals eine zentrale Anlaufstelle für ältere Menschen auf Bundesebene geschaffen, die sich den Bedürfnissen der älteren Menschen in umfassender Form widmet.

Die gesellschaftliche Teilhabe und Mitsprache älterer Menschen, die Stützung der

Generationensolidarität und des ehrenamtlichen Engagements, die Hilfe für pflegende Angehörige sowie die Sicherung der Rechte der älteren Menschen in der institutionellen Pflege sind dabei die zentralen Aufgabenbereiche.

Das „Internationale Jahr der älteren Menschen 1999“, dessen Federführung der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie innehat und das vom Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik österreichweit koordiniert wird, trug ebenfalls zu einem nachhaltigen Bewusstseinswandel in der Thematisierung des Alterns in Österreich bei. Durch die Teilnahme aller Bundesministerien, Landesregierungen, Interessensvertretungen sowie Senioren-, Familien- und Jugendorganisationen im „Österreichischen Nationalkomitee zur Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Jahres der älteren Menschen“ konnte Seniorenpolitik als Querschnittsmaterie in alle Politikbereiche eingebracht werden.

Mit den im ersten österreichischen Bericht zur Lebenssituation der älteren Menschen erarbeiteten wissenschaftlichen Grundlagen sowie den Ergebnissen der sieben Arbeitskreise zum „Internationalen Jahr der älteren Menschen“ hat die Politik auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der freien Träger und NGO's alle Voraussetzungen, um sich für die Bewältigung der Herausforderungen, aber auch Chancen des bevorstehenden gesellschaftlichen Wandels zu wappnen.

II.1. Gesellschaft und Menschen werden alt

Die Demographie (das ist die Bevölkerungswissenschaft) stellt fest, dass in diesem Jahrhundert einerseits die Menschen immer älter wurden und andererseits die Gesellschaft insgesamt altert. Die Lebensphase „Alter“ hat also und wird noch an Bedeutung gewinnen. Dabei gibt es, historisch betrachtet, das Alter als eigenständige Lebensphase für einen größeren Teil von Menschen erst seit relativ kurzer Zeit – nämlich seit der modernen Industriegesellschaft mit der Etablierung der Pensionsysteme.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 1, Demographische
- Rahmenbedingungen: Die
- alternde Gesellschaft und
- das älter werdende
- Individuum
-
-

Damit erst war die materielle Versorgung nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt gesichert. Dass die sogenannte „dritte Lebensphase“ immer länger dauert, liegt an der „demographischen Revolution“ der vergangenen 150 Jahre. Sie wird in den nächsten beiden Kapiteln beschrieben.

Die Gesellschaft ergraut

Österreich befindet sich, wie andere Industrieländer auch, im Wandel von einer demographisch jungen zu einer demographisch alten Gesellschaft. Begonnen hat dieser Alterungsprozess nach dem Ende des Ersten Weltkrieges; dauern wird er etwa bis 2030. Nach einem Stillstand in den vergangenen drei Jahrzehnten wird sich das „Ergrauen der Gesellschaft“ mit Beginn des 21. Jahrhunderts fortsetzen. Der Anteil der Menschen über 60 Jahre wird von derzeit rund 20 in den nächsten Jahrzehnten auf bis zu 38 Prozent ansteigen, wird prognostiziert.

Die Bevölkerung altert nicht in erster Linie dadurch, dass die Lebenserwartung steigt, sondern weil die Geburtenraten zurückgehen. Damit wird nämlich der Anteil älterer Menschen größer als der jüngerer. Vielschichtig ist dabei der Einfluss von Zuwanderung. Allerdings kann selbst die permanente Zuwanderung jüngerer Menschen den durch niedrige Geburtenraten

Anteil breiter Altersgruppen in der österreichischen Bevölkerung: 1869 bis 1997,
Vorausschätzungen bis 2050 (mittlere Variante)

Jahr	Kinder, Jugendliche		Erwerbsalter			ältere Menschen		
	0-14 J.	0-19 J.	15-59 J.	20-59 J.	20-64 J.	60+ J.	65+ J.	75+ J.
1869	28,2	37,5	63,2	54,0	57,3	8,6	5,2	1,2
1880	29,3	38,2	61,4	52,6	56,2	9,3	5,6	1,3
1890	29,8	39,0	60,9	51,8	55,1	9,2	5,9	1,5
1900	29,6	39,0	61,2	51,9	55,3	9,1	5,7	1,5
1910	29,8	39,1	60,7	51,5	54,9	9,4	6,0	1,6
1923	25,0	34,7	64,8	55,1	58,9	10,1	6,4	1,6
1934	23,7	29,5	64,1	58,2	62,6	12,3	7,9	2,2
1939	21,1	29,6	65,2	56,7	61,6	13,7	8,8	2,5
1951	22,9	29,3	61,5	55,1	60,2	15,6	10,6	3,2
1955	22,3	29,4	60,9	53,9	59,2	16,7	11,4	3,7
1960	22,0	29,9	59,8	51,9	57,9	18,2	12,2	4,1
1965	23,4	30,2	57,2	50,3	56,6	19,4	13,2	4,4
1970	24,4	31,1	55,5	48,8	54,8	20,1	14,1	4,7
1975	23,2	30,9	56,4	48,7	54,2	20,4	14,9	5,2
1980	20,4	29,1	60,4	51,7	55,5	19,1	15,4	6,0
1985	18,3	26,5	61,9	53,6	59,2	19,8	14,2	6,6
1990	17,4	24,1	62,5	55,7	60,9	20,1	14,9	6,9
1995	17,5	23,2	62,7	57,0	61,6	19,7	15,1	6,2
1996	17,4	23,2	62,9	57,1	61,6	19,7	15,3	6,4
1997	17,3	23,1	63,0	57,2	61,6	19,7	15,4	6,6
2000	16,7	22,6	62,6	56,6	61,8	20,8	15,6	7,2
2005	15,5	21,2	61,9	56,1	62,1	22,7	16,7	8,0
2010	14,0	19,9	61,8	55,9	61,6	24,2	18,5	8,3
2015	13,3	18,6	60,9	55,7	61,7	25,8	19,7	9,1
2020	13,3	18,0	58,5	53,8	60,9	28,2	21,1	10,3
2025	13,4	18,0	55,0	50,5	58,7	31,6	23,3	11,1
2030	13,3	17,9	52,0	47,3	55,5	34,7	26,5	12,1
2035	12,9	17,7	50,8	46,1	52,9	36,2	29,4	13,8
2040	12,5	17,3	51,0	46,2	52,0	36,5	30,7	16,3
2045	12,3	17,0	50,8	46,2	52,4	36,9	30,6	18,4
2050	12,4	17,0	50,6	46,1	52,5	37,0	30,6	18,7

Quellen: siehe Tabelle 1.1, Bevölkerungsvorausschätzung 2000-2050 des ÖSTAT

verursachten Alterungsprozess nur wenig beeinflussen. Aber falls es nicht zu stärkerer Einwanderung kommt, wird ab 2030 die Einwohnerzahl Österreichs zurückgehen.

Von 1,6 auf 3 Millionen ältere Menschen

Die tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen des 19. und 20. Jahrhunderts bewirkten einen Rückgang der Sterblichkeit und in der Folge auch der Kinderzahlen. Zusammengefasst werden die Phänomene der längeren Lebenserwartung und der geringeren durchschnittlichen Kinderzahlen pro Frau als „demographischer Übergang“.

Das dadurch ausgelöste Altern der Bevölkerung ist seit Ende des Ersten Weltkrieges feststellbar. 1923 überschritt der Anteil der Menschen über 60 Jahre erstmals die 10-Prozent-Marke. In der Folge stieg die Zahl der älteren Menschen von damals 650.000 auf 1,5 Millionen im Jahr 1970 an. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (ca. 2,3 Millionen) blieb in diesem Zeitraum ebenso ziemlich gleich wie die der 20- bis 59-Jährigen (ca. 3,6 Millionen). Am Beginn der 70er-Jahre war jede/r fünfte EinwohnerIn Österreichs – also 20 Prozent – 60 Jahre oder älter.

Die drei Jahrzehnte ab 1970 brachten eine Zäsur; Zahl und Anteil älterer Menschen veränderten sich seither kaum. 1997 lebten in Österreich knapp 1,6 Millionen Menschen über 60 Jahre; das sind nach wie vor

20 Prozent der Bevölkerung. Zahl und Anteil der 20- bis 59-Jährigen sind seit 1970 deutlich gestiegen, von 55 auf 63 Prozent – auf Kosten des Anteils der Kinder und Jugendlichen, der von 31 auf 23 Prozent sank.

Diese Zäsur geht aber ihrem Ende zu. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts wird der Alterungsprozess wieder einsetzen. Nach den Prognosen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ÖSTAT) wird es bis zum Jahr 2035 – je nach Entwicklung der Lebenserwartung – zwischen 2,7 und 3 Millionen über 60-Jährige geben. Ihr Anteil an der Bevölkerung wird von den heute 20 auf 35 bis 38 Prozent ansteigen – während die jüngeren Bevölkerungsgruppen um rund 1,4 Millionen schrumpfen.

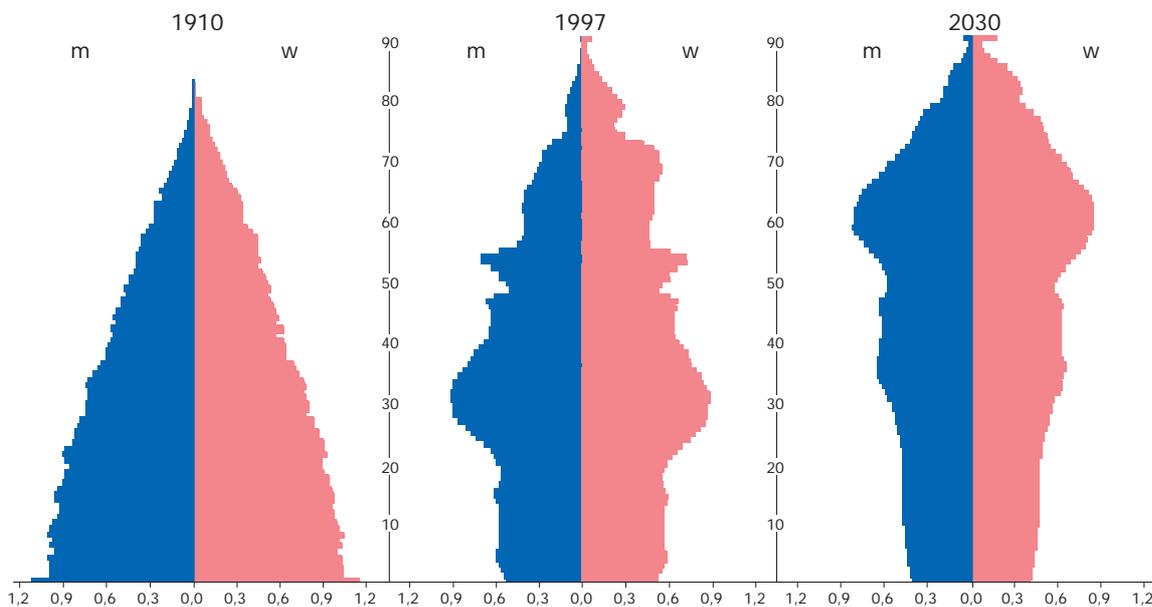
Alterung ist ein globales Phänomen

Nicht nur in Österreich oder anderen entwickelten Industriestaaten altert die Bevölkerung. In den kommenden Jahrzehnten werden die Anteile älterer Menschen auch in den wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten steigen, weil dort ebenso die Kinderzahlen sinken und sich das Bevölkerungswachstum verlangsamt.

Dass die Alterung ein globales Phänomen ist, wird deutlich, wenn man analysiert, wo künftig die meisten älteren Menschen leben werden:

In den Industrieländern wird die Gruppe der über 60-Jährigen zwischen 1995 und 2050 „nur“ um 88 Prozent anwachsen. In

Altersaufbau der Bevölkerung Österreichs im Vergleich 1910, 1997 und 2030



Quellen: Volkszählung 1910; Bevölkerungsfortschreibung des ÖSTAT; Bevölkerungsschätzung des ÖSTAT 1998 – 2050 (mittlere Variante)

den wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten wird sie aber auf den fünffachen Wert steigen. Schon 1995 lebte mehr als die Hälfte der älteren Menschen in Entwicklungsländern; 2050 werden es rund 80 Prozent sein. Dabei ist zu bedenken: Für die Mehrzahl der Menschen in den Entwicklungsländern gibt es keine Einkommenssicherung im Alter.

Die Gruppe der „sehr Alten“ wächst am stärksten

Eine Besonderheit des Alterungsprozesses (nicht nur in Österreich) ist, dass vor allem die Gruppe der „sehr Alten“ außer-

ordentlich stark wachsen wird. Man spricht deshalb vom „doppelten Altern“. Anlass für die überproportional starke Zunahme der Hochaltrigen ist nur zum Teil der weitere Rückgang der Sterblichkeit. Der Hauptgrund ist, dass die Generationen der beiden Baby-Booms dieses Jahrhunderts (einer von 1939 bis 1943, einer von 1960 bis 1964) in die entsprechenden Altersklassen kommen.

Schon von 1869 bis 1995 ist die Zahl der

- ▶ über 60-Jährigen auf das Vierfache,
- ▶ über 65-Jährigen auf das Fünffache,
- ▶ über 75-Jährigen auf das Zehnfache und der

► über 80-Jährigen auf das Zwanzigfache gestiegen.

Die künftige Entwicklung laut ÖSTAT Prognosen:

- Die Gruppe der 60- bis 74-Jährigen wird von derzeit 1,05 Millionen auf 1,8 Millionen im Jahr 2030 anwachsen, danach aber wieder auf unter 1,4 Millionen (2050) zurückgehen.
- Hingegen wird es mit rund einer Million 75- bis 85-Jähriger im Jahr 2035 mehr als doppelt so viele wie heute (400.000) geben.
- Und die Zahl der Hochbetagten über 85 Jahre wird sich von 140.000 auf 500.000 bis 600.000 (je nach Entwicklung der Lebenserwartung) mehr als verdreifachen.

Die Männer holen auf

Gegenwärtig ist die Gruppe der älteren Menschen „feminisiert“. Das heißt, dass es ein starkes Übergewicht an Frauen gibt – mit derzeit nur 66 Männern auf 100 Frauen über 60 Jahre. Bei den über 75-Jährigen ist das Verhältnis 44 Männer zu 100 Frauen, unter den über 85-Jährigen gibt es drei Mal so viele Frauen wie Männer.

Die Ursache für dieses Ungleichgewicht ist nicht nur, dass Frauen eben länger leben. Vielmehr ist es das zeitlich verschobene Ergebnis der beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts mit ihren zahlreichen Militärbefällen.

Deshalb ist der Höhepunkt des Frauenüberhangs bereits überschritten, und dieser wird stetig kleiner. Zwar werden auch

zukünftig die Frauen das Alter und vor allem das sehr hohe Alter dominieren, aber nicht mehr so stark. Schon 2015 werden bei den über 60-Jährigen bereits 80 Männer auf 100 Frauen kommen und ab 2025 sogar 85 Männer. Damit pendeln sich die Geschlechterproportionen wieder bei den Werten des frühen 20. Jahrhunderts ein, ehe die Kriege vor allem die männliche Bevölkerung dezimierten.

Der Südosten ist älter, der Westen jünger

Der demographische Alterungsprozess vollzieht sich innerhalb Österreichs nicht überall mit der gleichen Geschwindigkeit und Deutlichkeit. Der Westen mit seinen traditionell höheren Geburtenraten ist demographisch „jünger“, der Süden und Osten sowie die Bundeshauptstadt sind „älter“.

Wien (und teilweise auch Niederösterreich) machten in der Vergangenheit überhaupt eine ganz eigene Entwicklung durch, die dazu führte, dass der Anteil der über 60-Jährigen in manchen früheren Jahren doppelt so hoch war wie in Vorarlberg. Schon von 1900 bis 1930 sank die Geburtenzahl in Wien stark – und die Zuwanderung junger Menschen aus den übrigen Kronländern der Monarchie (vor allem nach Wien und NÖ) endete mit Ausrufung der Republik. Damit stieg der Anteil der älteren Menschen in international einzigartigem Ausmaß und Tempo, nämlich von rund 7 Prozent im Jahr 1910 auf fast 28 Prozent im Jahr 1951 (in den

anderen Bundesländern von 9 auf 14 Prozent). Diese Alterung der Bundeshauptstadt erreichte aber bereits in den 60er-Jahren ihren Höhepunkt – und seither wird Wien wieder „jünger“.

Heute entspricht der Anteil der über 60-Jährigen in Wien – wie auch in Oberösterreich – mit 20 Prozent dem Österreich-Durchschnitt. Über dem Durchschnitt liegen das Burgenland, Niederösterreich, die Steiermark und knapp auch Kärnten. Am wenigsten über 60-Jährige gibt es in Vorarlberg, Tirol und Salzburg.

Die Prognosen für die künftige Bevölkerungsentwicklung lassen auch weiterhin unterschiedliche Entwicklungen erwarten:

- ▶ In den strukturschwachen Regionen Ost- und Südostösterreichs wird zwar die Zahl älterer Menschen nur wenig ansteigen, ihr Anteil allerdings deutlich. Die geringen Geburtenraten und die laufende Abwanderung werden nämlich zu teilweise massiven Verlusten in den Gruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der Erwerbstätigen führen.
- ▶ In den suburbanen Gebieten mit starker Zuwanderung sowie in den westösterreichischen Regionen mit ihrer höheren Geburtenrate wird die Zahl älterer Menschen zwar stark zunehmen. Da aber auch die erwerbstätige Bevölkerung wächst und die Zahl der Jugendlichen nur wenig kleiner wird, wird hier der Altenanteil auch weiterhin unter dem österreichischen Durchschnitt bleiben.

Die Menschen werden älter

Da nicht nur die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau zurückging und -geht, sondern auch die Lebenserwartung stieg und steigt, wird nicht nur die Bevölkerung als Ganzes älter, sondern auch die einzelnen Menschen. Die Lebenserwartung lag 1998 bei 74,6 Jahren für Männer und bei 80,9 Jahren für Frauen. Anfang des 19. Jahrhunderts erreichte sie kaum 35 Jahre. Als erstes und am massivsten gesunken ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit. Herbeigeführt hat diesen enormen Wandel vor allem der soziale und medizinische Fortschritt, der zu einer Änderung der Todesursachen führte.

Nicht immer war Sterben mit dem Alter verbunden

Der Tod wird heute ganz selbstverständlich mit dem hohen Alter assoziiert. Nur 2 Prozent der Todesfälle treffen unter 25-Jährige, rund 60 Prozent die über 75-Jährigen. Und nur 0,05 Prozent der Neugeborenen sterben im ersten Lebensjahr.

Vor 130 Jahren war dies ganz anders: Damals betraf der überwiegende Teil aller Todesfälle die jüngsten Altersgruppen. 42 Prozent entfielen auf die 0- bis 4-Jährigen, in mehr als der Hälfte der Todesfälle war der/die Betroffene unter 25 Jahre alt. Der Tod eines alten Menschen war ein seltenes Ereignis: Nur in 8 Prozent der

Fälle war der/die Verstorbene 75 Jahre oder älter.

Der Grund dafür, dass Menschen heute überwiegend erst im Alter sterben, ist, dass sich die Todesursachen geändert haben. Die Infektionskrankheiten, denen die Menschen seit Beginn der Geschichte nahezu schutzlos ausgeliefert gewesen waren, konnten zu-

rückgedrängt werden – weil die Medizin und die Hygiene Fortschritte machten und sich auch die Ernährungssituation verbesserte. Die häufigste Todesursache sind heute chronisch-degenerative Krankheitsformen des höheren Erwachsenenalters, vor allem Herz-Kreislauf-Krankheiten und Krebs.

Lebenserwartung bei der Geburt und fernere Lebenserwartung im Alter von 1, 60 und 75 Jahren; Österreich 1870 bis 1998

Jahr	Männer				Frauen			
	bei der Geburt	im Alter von 1 Jahr	Im Alter von 60 Jahren	im Alter von 75 Jahren	bei der Geburt	im Alter von 1 Jahr	Im Alter von 60 Jahren	im Alter von 75 Jahren
1868/71	32.7	45.4	11.9	5.2	36.2	47.2	12.1	5.2
1899/1902	40.6	51.7	12.8	5.8	43.4	52.7	13.5	6.0
1930/33	54.5	60.5	14.2	6.3	58.5	63.5	15.4	6.8
1949/51	61.9	65.9	15.1	6.9	67.0	70.1	17.3	7.7
1960	65.4	67.3	15.0	7.0	71.9	73.4	18.6	8.3
1970	66.5	67.5	14.9	7.0	73.4	74.1	18.8	8.5
1975	67.7	68.3	15.6	7.0	74.7	75.0	19.6	8.8
1980	69.0	69.2	16.3	7.4	76.1	76.0	20.3	9.2
1985	70.4	70.3	17.0	7.8	77.3	77.1	21.0	9.7
1990	72.4	72.0	17.9	8.5	78.9	78.5	22.2	10.5
1991	72.4	72.0	18.0	8.6	79.1	78.6	22.2	10.6
1992	72.7	72.3	18.1	8.7	79.2	78.7	22.4	10.7
1993	73.0	72.5	18.3	8.8	79.4	78.9	22.6	10.9
1994	73.3	72.9	18.6	9.1	79.7	79.2	22.8	11.0
1995	73.5	73.0	18.7	9.1	80.1	79.4	22.9	11.1
1996	73.9	73.3	18.9	9.2	80.2	79.6	23.0	11.2
1997	74.3	73.6	19.0	9.3	80.6	80.0	23.3	11.4
1998	74.7	74.1	19.4	9.5	80.9	80.3	23.6	11.5

Quellen: Sterbetafeln für die Alpenländer der Monarchie; Demographische Indikatoren des ÖSTAT

Aber auch bei diesen beiden Krankheitsgruppen geht die Sterblichkeit zurück – oder zumindest führen sie auf Grund medizinischer Hilfe erst in späterem Alter zum Tod. Damit steigt schon seit den früheren 70er-Jahren die Lebenswartung (die zuvor stagniert hatte) wieder an. Ein Ende dieser Entwicklung zeichnet sich vorläufig nicht ab. Wo die Grenzen des Älter-Werdens liegen und wann sie erreicht werden, ist wissenschaftlich umstritten.

Die Lebenszeit wurde auch sicherer

Die Lebenszeit wurde nicht nur in den Jahren länger, sondern auch – im statistischen Sinn – „sicherer“. Das bedeutet, dass zwar nicht die maximale mögliche mittlere Lebensspanne gestiegen ist (sie blieb im Verlauf der vergangenen Jahrhunderte nahezu gleich; nur wenige wurden und werden älter), dass aber allen Menschen ein immer größerer Teil dieser maximalen möglichen Lebensdauer tatsächlich zur Verfügung steht.

In Zahlen ausgedrückt heißt das:

- ▶ 1870 erreichte kaum ein Drittel der Neugeborenen das 60. Lebensjahr, nur jede/r Zehnte konnte damit rechnen, zumindest 75 Jahre alt zu werden.
- ▶ Schon Mitte des 20. Jahrhunderts erlebten rund 70 Prozent der Männer und 78 Prozent der Frauen das 60. Lebensjahr. Ein hohes Alter blieb aber immer noch der Minderheit vorbehalten.
- ▶ Wenn die aktuellen Sterblichkeitsbedingungen gleich bleiben, können 86 Prozent der

Männer und 93 Prozent der Frauen davon ausgehen, dass sie mindestens 60 Jahre alt werden – und die Mehrheit (57 Prozent der Männer und 77 Prozent der Frauen) wird zumindest 75 Jahre alt. Aber selbst auf 85 Jahre und mehr dürfen immerhin ein Viertel der Männer und 44 Prozent der Frauen hoffen.

Langlebigkeit und Hochaltrigkeit sind also heute – vor allem für die Frauen – ein fixer, planbarer Bestandteil der eigenen Biographie. Dies hat weitreichende individuelle und gesellschaftliche Folgen, die uns erst nach und nach bewusst werden.

Das Alter wird immer länger

Der oben skizzierte weitere Rückgang der Sterblichkeit seit Beginn der 70er-Jahre bewirkte eine starke Ausweitung der Altersphase. Vor allem bei den Männern wuchs sie in historisch einzigartigem Ausmaß: Die (fernere) Lebenserwartung der 60-jährigen Männer stieg zwischen 1970 und 1998 von 14,9 auf 19,0 Jahre. 60-jährige Frauen konnten 1970 noch mit 18,8 weiteren Lebensjahren rechnen und 1998 mit 23,3.

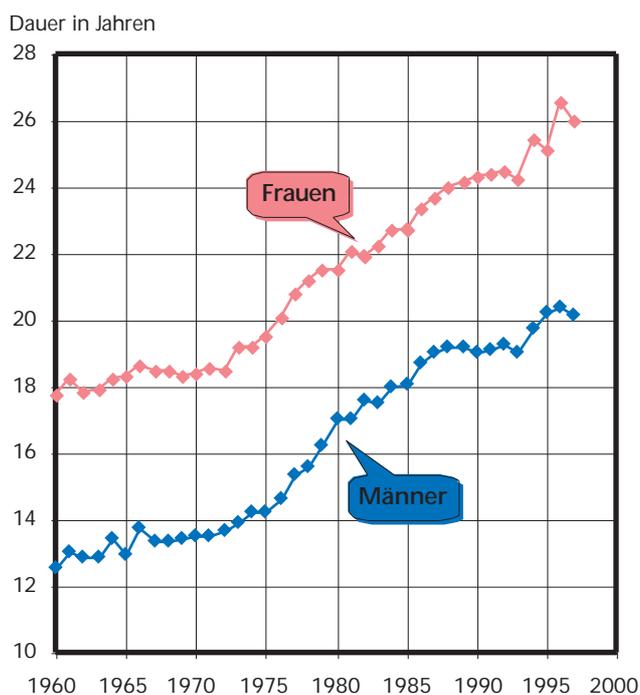
Ein extrem hohes Alter werden unter den gegenwärtigen Sterberisiken aber auch künftig nur die Frauen erreichen. Fast ein Viertel der heute 60-jährigen Frauen kann rechnen, 90 Jahre oder älter zu werden (1970 waren es nur 9 Prozent). Bei den Männern ist es, wenn auch stark gestiegen, immer noch nur die Minderheit: 11 Prozent von ihnen werden 90 Jahre und älter (gegenüber 4 Prozent 1970).

Dass die Altersphase immer länger wird, liegt aber auch am Rückgang des Pensionsantrittsalters in den vergangenen drei Jahrzehnten.

Für Männer stieg seit den 60er-Jahren die durchschnittliche Dauer des Ruhestands von 13 auf 20 Jahre, für die Frauen von 18 auf 26 Jahre. Damit macht die „dritte Lebensphase“ für Männer mittlerweile mehr als ein Viertel und für Frauen sogar fast ein Drittel der gesamten Lebensspanne aus.

-
-
- Autoren der wissenschaftlichen Fassung:
- Josef Kytir, Rainer Münz
-

Lebensdauer beim Erreichen des durchschnittlichen Pensionszugangsalters



Anmerkungen: fernere Lebenserwartung beim durchschnittlichen Pensionszugangsalter (Direktpensionen) der gesamten Pensionsversicherung; Wert für 1960 nur ASVG-Pensionen; Werte für 1961 bis 1969 interpoliert.

Quellen: Holzmann 1988; BMAGS 1998; Demographische Indikatoren des ÖSTAT; eigene Berechnungen

Teil III: Kultur des Alters und Altersbilder

III.1. Wo bleibt die Alterskultur?

Es gibt eine Jugendkultur, auch die Frauenbewegung hat neue Kulturimpulse mit sich gebracht – aber wo bleibt die Alterskultur? Die traditionellen Leitbilder haben sich aufgelöst, ohne dass sich bis jetzt neue verlässliche Gegenentwürfe herausgebildet hätten. Erst in Ansätzen werden die alten Orientierungen durch neue ersetzt. Diese Ansätze gehen in Richtung des „kompetenten älteren Menschen“, der selbstbestimmt und selbstständig lebt – im Gegensatz zum Bild vom passiven, ruhebedürftigen, isolierten Alten. Allerdings lassen sich vorerst nur wenige Anzeichen dafür erkennen, dass sich die „ergraue Gesellschaft“ insgesamt auf eine Alterskultur zubewegt, die die Meisterung des höheren Lebensalters erleichtert und die vorhandenen „Alterspotenziale“ individuell und sinnvoll erschließt.

-
- Referenzen:
- Kap. 13, Kultur des Alters
- und Altersbilder
-
-

Versuche, das Altwerden und Altsein zu definieren, zu deuten und mit Sinngebung zu versehen, gehören zur Kernvorstellung einer Kultur des Alter(n)s. Eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Alter gilt als Voraussetzung dafür, dass sich die älteren Menschen ihre Lebensentwürfe selbst – und zwar positiv – gestalten können. Das Ziel ist Kompetenz und Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Lebensführung. Der Blick der Alterswissenschaften richtete sich weg von den Defiziten des Alters hin zur Fähigkeit des Individuums zu einer selbstständigen, aktiven Lebensführung im Alter.

Das Entstehen einer Alterskultur wird durch Schwierigkeiten gebremst:

- ▶ Mit Ausnahme kleinerer Gruppen und einiger Verbände kann von einer Altenbewegung – die eine wichtige Triebfeder wäre – nicht die Rede sein.
- ▶ Die Gruppe der älteren Menschen ist sehr inhomogen. Individuelle Unterschiede nehmen mit dem Alter zu und verfestigen sich.
- ▶ Die Spätlebensjahre wurden zwar immer agiler – durch verbesserte körperliche Verfassung, mehr Bildung, relativen Wohlstand von zwei Drittel der über 60-Jährigen und auch erhöhte Angebote für Aktivitäten. Diese „Lebenssubstanz“ hat sich aber rascher entwickelt als die Kulturmöglichkeiten.

Jugendkultur versus Alterskultur

Die Jugendkultur gibt es seit dem 18. Jahrhundert. Davor waren die Lebensphasen grob in drei eingeteilt – Kindheit, Erwachsensein, Alter. In der Zeit der Aufklärung im 18. Jahrhundert wurde aber die Wichtigkeit der Bildung erkannt. Um ihr einen entsprechenden Stellenwert zu verleihen, „erfand“ man die Jugendkultur – mit der Jugend als der entscheidenden Bildungsphase. Seither hat sich die damalige Forderung, die Bildungsphase zu verlängern, realisiert. Durch ihre Kultivierung (Lernjahre, Freiräume, Angebote von Bildung) wurde die Jugend ausgedehnt.

Auch das Alter dauert heute länger als früher – aber nicht wegen einer Kultivierung bzw. eines größeren gesellschaftlichen Stellenwerts. Ausgedehnt wurde das Alter einerseits durch den medizinischen Fortschritt und andererseits durch die Etablierung eines Pensionssystems, das immer mehr Menschen immer früher den Rückzug aus der Erwerbstätigkeit erlaubte. Nun geht es für das ältere Leben darum, es mit Inhalten auszufüllen – im Sinn einer „reifenden Disposition (d.h. Verfügungsgewalt) über sich selbst“. Hier muss Alterskultur zum Zug kommen.

Auch Politik und Medien
sind gefordert

Alterskultur besteht dabei aus verhaltensrelevanten Vorgaben von Werten, Normen und Symbolen. Sie zielt auf selbstbestimmtes Verhalten der älteren Generationen und ihre verstärkte Anerkennung in der Gesellschaft ab.

Hier könnte auch die Politik einiges beitragen – die heute die Alten vorwiegend als gesellschaftliche Belastung und Betreuungsobjekte darstellt. Dabei sind ältere Menschen eine Aktivitäts-Ressource. Deshalb sollte ihre Aktivität gefördert werden, über entsprechende Gruppen, mehr Beratung und Bildungsangebote und eine wissenschaftlich gestützte „Altenarbeit“. Auch die Medien könnten ihren Teil beitragen, indem sie mehr und besser auf die Interessen und Bedürfnisse der älteren Menschen eingehen.

Verschiedene Altersbilder im Lauf der Geschichte

Die Grenze, ab der Menschen als „alt“ gelten, hat sich im Verlauf der Jahrhunderte stark geändert – wie auch das Bild vom alten Menschen. In der europäischen Geschichte gibt es keine lineare Entwicklung des Ansehens der alten Menschen – etwa von einer Verschlechterung zur Verbesserung oder umgekehrt. Von einem Verlust trauer Übereinstimmung der Generationen oder einem

Verfall ehemals ungeschmälernten Ansehens der Älteren kann keine Rede sein, betrachtet man die Geschichte der letzten 500 Jahre in Mitteleuropa.

Klar abgegrenzt vom sonstigen Lebensverlauf wurde die Phase des Alters erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts mit der Einführung der Rente bzw. Pension.

Die Entwicklung der Altersbilder im Verlauf der Jahrhunderte:

- ▶ Von der **frühen Neuzeit bis ins 17. Jahrhundert** hinein war der alte Mensch für seine ZeitgenossInnen kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft – er wurde vielmehr verachtet. Die Furcht vor dem Alter war oft größer als die Furcht vor dem Tod.
- ▶ Vom **16. bis zum 19. Jahrhundert** prägte die bildliche Darstellung der „Lebens-treppe“ die Vorstellung vom Alterungsprozess: Dabei erscheint die erste Hälfte des Lebens als Aufstieg, der mit 40 Jahren sein Ziel erreicht. Das 50. Lebensjahr bildet die höchste Stufe. Die zweite Hälfte des Lebens erscheint als Abstieg. Der körperliche und geistige Verfall findet seinen Abschluss im Tod. Die klaren Trennlinien des Lebensverlaufs sind hingegen weniger biologisch als vielmehr sozial gesetzt: Alter beginnt mit der Pensionierung. Ihr Zeitpunkt wird von der Lage am Arbeitsmarkt und den Regeln der Pensionsversicherung bestimmt – und nicht vom Zustand der körperlichen und geistigen Kräfte.
- ▶ Mitte des **18. Jahrhunderts** begann das Alter an Ansehen zu gewinnen – und zwar

so weit, dass es zu keiner Zeit früher oder später mehr Verehrung genossen hat. Allerdings ging es nicht um eine Verehrung „an sich“. Sie war vielmehr gebunden an besondere Verdienste oder Beiträge für das soziale Leben – und vor allem die Machtpositionen, die in der agrarischen Gesellschaft Besitz und Verfügungsmacht brachten. Eine starke soziale Stellung und hohes Prestige hatten jene alten Generationen im ländlichen Milieu, die sich in Besitz von Land und Hof befanden. Diese alten Menschen verfügten über ihr Erbe – eine Erbgleichheit gab es noch nicht. Der, der sich gegenüber den Eltern wohl verhielt, konnte damit rechnen, den größten („Stammhalter“-)Teil des Erbes zu bekommen.

▶ Im **19. Jahrhundert** erfuhren die älteren Menschen zunächst zwar weiterhin Wertschätzung, aber durch die Aufwertung des Status der Jugend kam es langsam zu einem Wandel des Altenbildes und der Beziehungen zwischen den Generationen.

▶ Gegen Ende des **19. Jahrhunderts** änderte sich die Beziehung vehement in Richtung Konflikt. Grund dafür war, dass die älteren Menschen an Einflussmöglichkeit und Macht einbüßten – weil mit der wachsenden Industrie die Jungen unabhängig vom elterlichen (landwirtschaftlichen) Erbe nun selbst eine Existenz und Familie gründen konnten. Mit der Verlagerung der Berufstätigkeit außerhalb der Haushalte ging der unmittelbar sichtbare Beitrag der Alten zur Produktion verloren. Es kam zur

Haushaltstrennung, vor allem in den Städten. Doch noch war eine staatliche Altersvorsorge kaum entwickelt. Die Alten wurden zur Last.

► Auch die Fortschritte der Medizin beeinflussten das Bild vom Alter ungünstig. Durch die erfolgreiche Bekämpfung der Akut- und Infektionskrankheiten überlebten wesentlich mehr Menschen bis ins höhere Alter – aber um den Preis höherer Morbidität. Dies trug wesentlich zum Statusverlust bei, zumal in der Gesellschaft Leistung, Aktivität und Aggressivität immer mehr als Verhaltensmaßstäbe dominierten.

► Seit der Wende zum **20. Jahrhundert** blickt die Jugend nicht mehr zum Alter auf. Vielmehr wurde die Jugend zum Orientierungspunkt für alle Altersgruppen. Die Einführung der Pensionsversicherung brachte zwar unbezweifelbare Fortschritte in der sozialen Absicherung – aber sie hatte auch eine Kehrseite: Durch das systematische und kollektive Ausscheiden aus der Berufswelt ab einem bestimmten Alter wurden zunehmend Begriffe wie Funktionswenn nicht gar Nutzlosigkeit, Entbehrlichkeit mit den PensionistInnen verknüpft. Ältere Menschen galten nicht mehr als Gebende, sondern als Nehmende.

Zu Beginn des Jahrhunderts zeigen Literatur und Kunst einen Wandel in den Generationenbeziehungen. Es kommt zur negativen Bewertung des Alters, die durch die rasch expandierende Jugendbewegung verschärft wird. Die Jugendbewegung war

nicht nur eine Reaktion auf Erstarrungen und Konventionen der bürgerlichen Gesellschaft – sondern auch gegen die Vormachtstellung der älteren Generationen gerichtet. Massive Konflikte zwischen Jung und Alt gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts und in der Zeit der Studentenbewegung 1968.

► Heute, am Ende des **20. Jahrhunderts**, lässt sich das Verhältnis der Generationen eher als Beziehungslosigkeit bezeichnen. Kommunikation findet hauptsächlich innerhalb der eigenen Generation statt, viele Jugendliche kennen ältere Menschen nur in der eigenen Familie.

Defizitmodell versus „kompetentes Älterwerden“

Heute herrscht ein zweigeteiltes Bild vom Alter: Einerseits gibt es ein „Defizitmodell“ – und andererseits das Bild des „kompetenten Älterwerdens“.

Defizitmodell: Einschränkungen, Funktionslosigkeit, Isolation

Das Defizitmodell beschreibt das Alter als einen Lebensabschnitt, der durch

- Ruhestand statt Aktivität
- Defizite statt Kompetenzen
- Sinnlosigkeit statt Perspektiven
- Nutzlosigkeit statt Produktivität
- Rückzug statt Engagement gekennzeichnet ist.

Bis in die 60er-Jahre hinein hat die Alltagsthese vom **generellen Leistungsabfall und Intelligenzabbau** im Alter auch die wissenschaftliche Forschung geprägt. Inzwischen konnte diese These vielfach zurückgewiesen werden. Es wurde nachgewiesen, dass die (in Tests festgestellten) unterschiedlichen Intelligenzleistungen von Jüngeren und Älteren auf unterschiedliche Schulabschlüsse zurückzuführen sind. Ältere Menschen verfügen in der Regel über weniger Schulbildungsjahre.

Überdies wurde herausgefunden, dass das Gehirn über große Kapazitätsreserven und Potenziale verfügt, die durch Lernen, Übung und gezieltes Training aktiviert werden können. Lernbereitschaft wird dabei auch von gesellschaftlichen Bedingungen beeinflusst: So zeigte sich, dass PflichtschulabgängerInnen eher „ruhestandsorientiert“ sind und eine geringere Lernbereitschaft aufweisen als höher Gebildete.

Am Arbeitsmarkt und in den Betrieben ist seit den 80er-Jahren eine „**Dequalifikation**“ **älterer Arbeitskräfte** feststellbar. Seit 1990 sehen sich ältere Arbeitskräfte verschärft von Arbeitslosigkeit bedroht – und schon seit den frühen 50er-Jahren sinkt das Pensionsantrittsalter. Ältere ArbeitnehmerInnen werden von den Arbeitgebenden als zu teuer, zu wenig flexibel, gering belastbar und wenig anpassungsfähig sowie nicht weiterbildungswillig angesehen – und es wird häufig Druck in Richtung Ausscheiden aus dem Betrieb bzw. dem Erwerbsleben

überhaupt ausgeübt. Die negative Einstellung zur Leistungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte im Betrieb hat auch negativen Einfluss auf deren Selbsteinschätzung. Deshalb findet sich (außer bei hochqualifizierten Personen) meist eine hohe Akzeptanz einer frühzeitigen Pensionierung.

Ein weiteres bestimmendes Merkmal im Defizit-Bild vom älteren Menschen ist das der **sozialen Isolation**. Dabei ist laut der Mikrozensushebung 1998 „Ältere Menschen“ die Mehrheit der gesunden SeniorInnen außer Haus aktiv. Zwei Drittel aller nichtbehinderten alten Menschen besuchen regelmäßig oder zumindest fallweise Lokale und Veranstaltungen.

10,1 Prozent können als „sehr aktiv“ gelten, weil sie in Lokale, in Bildungs- und Kulturveranstaltungen, in Seniorenveranstaltungen gehen und an Ausflugsfahrten teilnehmen. Bei den hilfe- und pflegebedürftigen älteren Menschen ist die Außenorientiertheit eher die Ausnahme denn die Regel.

Kompetentes Älterwerden: Unabhängigkeit, Weisheit und Würde

Als positive Seite des zweiseitigen Altersbildes werden mit der Perspektive der „gewonnenen Jahre“ und unter dem Stichwort „Neue Alte“ (siehe weiter unten) hoffnungsvolle Erwartungen formuliert. Man setzt auf Kompetenz, Unabhängigkeit und Mitwirkung – und damit auf mehr Lebensqualität für die älteren Menschen.

Kompetenz bedeutet hier die Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Aufrechterhaltung eines selbstständigen, selbstverantwortlichen und sinnerfüllten Lebens.

Kompetenzen bestehen nicht nur in Bildung oder finanzieller Sicherheit, sondern auch in Basisfunktionen des täglichen Lebens wie z.B. Einkaufen gehen, Stiegen steigen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen u.ä. Allerdings ist diese Basiskompetenz nicht zwingend an das Leistungsvermögen des betreffenden Menschen gebunden – sie kann auch durch entsprechende Hilfe (technische und persönliche) gesichert werden.

Kompetenz hat aber auch mit Weisheit zu tun: Ältere Menschen haben ein gefestigteres Selbst-Konzept als Jüngere, sie sehen sich und ihr Leben klarer. Wichtig ist hier auch eine positive Lebensbilanzierung und Lebenszufriedenheit – und die ist unter den älteren Menschen mehrheitlich festzustellen. 82 Prozent antworteten in der Studie „Alterskultur und Altersaktivierung“ 1999, dass sie „insgesamt mit ihrem Leben zufrieden“ seien. 86 Prozent hatten die wichtigen Dinge, die sie im Leben wollten, weitgehend erreicht.

Lebensstile: Keine Vielfalt, sondern Polarisierung

Die Ausweitung der Altersphase hat bisher nicht zu einer Vielfalt von Altersbildern

geführt, sondern zu einer stärkeren Polarisierung. Neben dem positiv gefärbten Bild des „Alters der Gewinne“ besteht das Bild des „Alters der Verluste“. Ein „Alter der Gewinne“ erleben die sogenannten „neuen“ bzw. „jungen“ Alten, die durch Aktivität, Autonomie, Engagement und Produktivität gekennzeichnet werden. Demgegenüber steht das „Alter der Verluste“ – das mit Passivität, Lethargie, Defiziten, Abhängigkeit und Nutzlosigkeit gekennzeichnet wird. Für diese „alten Alten“ fehlen Orientierungen und Konzepte. Eine Kultur des Alters muss sich deshalb auch mit der Frage befassen, wie die Gesellschaft Krankheit und soziale Benachteiligung behandelt und wie die Älteren selbst mit ihren Belastungen fertig werden können.

Ab wann ist man alt?

Eine eindeutige Festlegung, ab wann ein Mensch als „älter“ oder „alt“ gilt, gibt es nicht. Die Wissenschaft hat andere Ansätze als z.B. die Pensionsregelungen.

Nach den Vorschlägen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird in der zweiten Lebenshälfte zwischen

- ▶ älteren Menschen (60- bis 75-Jährigen)
- ▶ alten Menschen (75- bis 90-Jährigen)
- ▶ sehr Alten oder Hochbetagten (über 90-Jährigen) und schließlich den
- ▶ Langlebigen (über 100-Jährigen) unterschieden.

Eine weitere Unterscheidung ist die von Bernice L. Neugarten. Sie differenziert in

- ▶ junge Alte (55- bis 75-Jährige) und
- ▶ alte Alte (über 75-Jährige).

Die jungen Alten beschreibt sie als noch relativ gesund, materiell vergleichsweise gut gestellt, frei von traditionellen Verantwortungen für Beruf und Familie, zunehmend besser gebildet und auch zunehmend politisch aktiv.

Manche Wissenschaftler setzen hingegen weniger beim Alter als viel mehr beim gesundheitlichen Zustand an. Aber auch symbolische Stigmata (also Zuschreibungen) definieren „Alter“ – etwa in der Arbeitswelt, wo schon ältere Arbeitskräfte weit vor dem

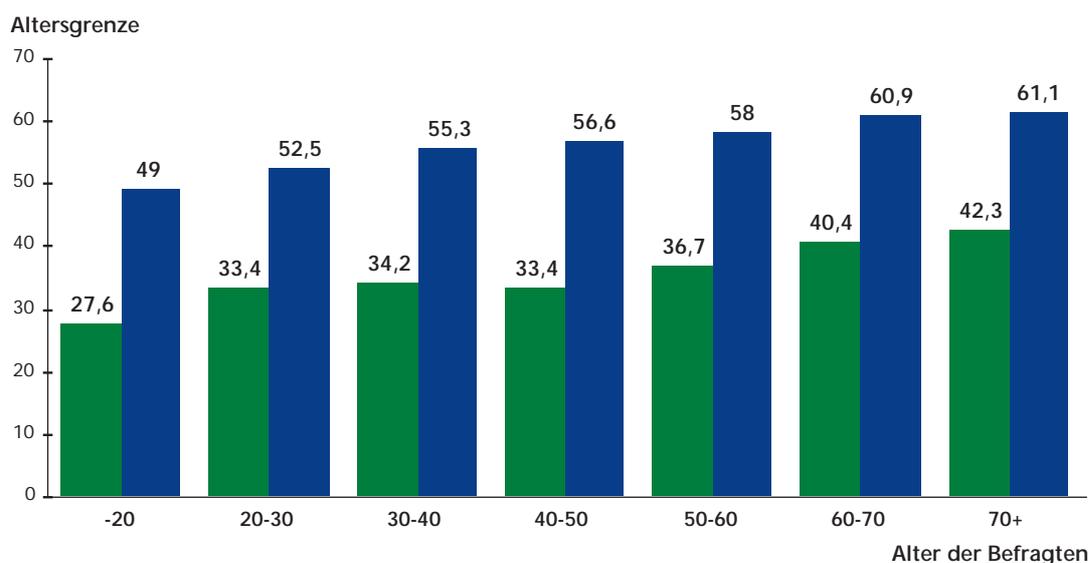
60. Lebensjahr Probleme z.B. bei der Arbeitssuche haben.

Die österreichische Gesellschaft sah – in einer Umfrage im Jahr 1992 – die Grenze, ab der man von „älteren Menschen“ spricht, bei 56 Jahren. Diese Altersgrenze hängt erwartungsgemäß vom eigenen Alter ab; sie wird umso früher angesetzt, je jünger man selbst ist. So empfanden die unter 20-Jährigen schon 45-Jährige als „älter“ – die über 60-Jährigen setzten die Grenze bei 61 Jahren. Genauso verhält es sich umgekehrt bei der Grenze der Jugendlichkeit.

Grenzalter für „junger Mensch“ und „älterer Mensch“

Bis wann „junger“, ab wann „älterer“ Mensch?
Mittleres Alter, nach eigenem Alter

■ „junger Mensch“
■ „älterer Mensch“



Quelle: Majce 1992

„Pensionsschock“ ist eher selten

Der vielzitierte „Pensionsschock“ tritt bei der Mehrheit der Menschen offensichtlich nicht ein. Parallel dazu zeigten viele Untersuchungen, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung sich vorstellen kann, bis zum Erreichen der „normalen“ Altersgrenzen (in Österreich 60 Jahre für Frauen, 65 für Männer) im Beruf zu verbleiben.

Ob der Übergang in die Pension als schwierig empfunden wird oder nicht, hängt aber vor allem davon ab, ob es sich um eine „normale“ Pensionierung handelt oder ob die Erwerbstätigkeit wegen Berufsunfähigkeit beendet werden muss bzw. eine Frühpensionierung (auch bei Arbeitslosen) vorliegt. In diesem Fall wird der Übergang in die Nicht-Erwerbstätigkeit zu einem abrupten, schwer voraussehbaren und zumeist aufgezwungenen Ereignis. Diese Gruppe von Betroffenen ist auch wesentlich stärker negativen Altersstereotypen ausgesetzt – es wird nicht das Recht auf Ruhestand, sondern die Arbeitsunfähigkeit wahrgenommen.

Im Normalfall haben aber zwei Drittel der Betroffenen keinen „Pensionsschock“, zeigte eine Studie im Jahr 1994 in Tirol. Das beabsichtigte Pensionsalter fiel demnach um rund zwei Jahre höher aus als das tatsächliche Pensionierungsalter. Die Mehrzahl der befragten Berufstätigen erwartete sich mehr Zeit für Hobbys – und die Mehrzahl der PensionistInnen beurteilte ihre Situation auch so. Die PensionistInnen waren zu

67 Prozent froh, nicht mehr arbeiten zu müssen – nur 26 Prozent fehlten die ArbeitskollegInnen und nur 10 Prozent klagten über Langeweile. Als „kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft“ empfanden sich nur 7 Prozent.

Die „Neuen Alten“ und die „späte Freiheit“

Angesichts der zunehmenden frühzeitigen Pensionierungen wurde in Deutschland (in den 70er-Jahren) der Begriff der „Neuen Alten“ geprägt. Anstatt die frühzeitig Pensionierten nur als Problemträger zu sehen, entwarf man das optimistische Bild der „Neuen Alten“ als Leitbild für erfolgreiches Leben im Alter. Da bei dieser Bemühung um ein positives Altersstereotyp allerdings zu einseitig vorgegangen wurde, schlug die Sache (teilweise) ins Gegenteil um. Es tauchte z.B. das Bild von den saturierten, in ihren Freizeitmöglichkeiten privilegierten Älteren auf. Zumal die rund 25 Prozent der Älteren, die als „Neue Alte“ galten, sich aus ehemaligen leitenden Beamten und Angestellten sowie Selbstständigen mit höherer Bildung mit einem monatlichen Haushaltseinkommen über 20.000 S (1.453 Euro) rekrutierten.

Mit dem „Neuen Alter“ ist auch der Begriff der „späten Freiheit“ verknüpft. Dem damit gemeinten Freiwerden von beruflichen Zwängen und Fremdbestimmung wird, wie eine Studie in Österreich 1992 belegte, eine große Bedeutung beigemessen. 38 Prozent sahen darin den größten Vorteil des

Alters – und es war der mit Abstand am häufigsten genannte Punkt in der erbetenen „freien“ Auflistung der Vor- und Nachteile des Alters. Daneben stachen noch zwei Themenkreise heraus: Die Lebenserfahrung und, etwas abgeschlagen, die materielle Sicherung des Alters.

Das Bild der Menschen vom Alter

Viele fühlen sich jünger

Viele ältere Menschen fühlen sich jünger als sie sind. Eine Studie zeigte 1992: Insgesamt lebt nur die Hälfte (54 Prozent) der ÖsterreicherInnen sozusagen in „innerer Synchronisation“ mit dem tatsächlichen

Alter. 5 Prozent fühlten sich älter und 36 Prozent jünger als sie waren. Die über 60-Jährigen fühlten sich zu rund 40 Prozent jünger – wobei sich aber auch 60- bis 69-Jährige zu 8 Prozent älter fühlten. Nur bei den Jüngsten, den bis 19-Jährigen, überwogen die, die sich älter fühlten – wohl weil sie gerne „vollwertige“ Erwachsene sein wollten.

Je älter die Befragten waren, desto mehr Jahre lagen zwischen ihrem tatsächlichen und ihrem empfundenen Alter. So fühlten sich die 60-Jährigen wie 54-55, die 70-Jährigen wie 63-64 und die 80-Jährigen wie 72. Die Frauen waren eine Spur „realistischer“.

Sich jünger zu fühlen hängt mit einem positiven Lebensgefühl zusammen – und betrachtet nach Bildung und Alter ergab sich: Die Menschen mit höherem Einkommen,

Kalendarisches Alter im Vergleich mit dem subjektiven Alter

kalendarisches Alter	„subjektives Alter“		Differenz zwischen kalendarischem und subjektivem Alter	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
20	19,6	19,3	0,4	0,7
30	28,3	28,2	1,7	1,8
40	37,0	37,1	3,0	2,9
50	45,7	46,0	4,3	4,0
60	54,4	54,9	5,6	5,1
70	63,1	63,8	6,9	6,2
80	71,8	72,7	8,2	7,3

(n=1.500; Angaben in Prozent)

Quelle: Majce 1992

höherer sozialer Schicht und qualifiziertem Beruf fühlten sich jünger.

Interessant ist die Betrachtung nach Stadt und Land: Der Anteil derjenigen, die sich jünger fühlen, ist in kleineren Orten geringer – in Dörfern überhaupt nur mehr 12 Prozent.

Mehrheit sieht dem Alter zuversichtlich entgegen

Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen sieht dem eigenen Alter zuversichtlich entgegen. 73 Prozent sind für das frühe Alter und 68 Prozent für das höhere Alter stark oder eher zuversichtlich, ergab eine Studie 1994. Die drei wichtigsten Wünsche für das Alter waren: Gesundheit, Wohnung, sicheres und ausreichendes Einkommen. Die Gesundheit führte mit 88 Prozent bei weitem. Relativ weniger wichtig war den Befragten z.B., Reisen machen zu können oder Neues lernen und entdecken zu können. Aber 47 Prozent wünschten sich ein erfülltes Familienleben.

Als belastend am Alter empfanden die meisten Menschen aller Altersgruppen Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit. 69 Prozent gaben dies als „extrem starke Belastung“ an; 64 Prozent Vergesslichkeit und geistig nicht mehr mitzukommen, und 61 Prozent „von anderen Menschen abhängig zu sein“. 42 Prozent fürchteten „Einsamkeit“ – und für 34 Prozent war am Alter extrem stark belastend, den „Tod vor Augen haben“.

Das Gefühl, durch eigenes Handeln das persönliche Schicksal bestimmen zu können, trägt ganz wesentlich zu einem positiven Bild vom Alter bei. Die Allermeisten (85 Prozent der 30- bis 75-jährigen Befragten) sind der Meinung, für das eigene Schicksal weitgehend selbst verantwortlich zu sein. Menschen, die sich selbstbestimmt fühlen, gehen mit mehr Zuversicht ins Alter – nämlich zu 80 Prozent, während die, die ganz an den Zufall glauben, mehrheitlich (52 Prozent) beunruhigt sind beim Gedanken an das eigene Alter.

Das Bild vom Alter in den Medien

Die Einschätzung des Alters wird heute sehr stark von den Medien beeinflusst. In der Studie „Alterskultur und Altersaktivierung“ (1999) wurde hinterfragt, ob die Probleme des älteren Menschen in Fernsehen, Radio und Zeitungen angemessen dargestellt werden. Zwei Drittel der über 50-Jährigen bejahten, während die über 75-Jährigen nur mehr zu 56 Prozent die älteren Menschen angemessen dargestellt fanden. An altersspezifischen Themen interessierte am meisten Medizin, gefolgt von psychologischen Fragen – und erst am Schluss Geschichte und Kultur.

In der Werbung sind ältere Menschen immer öfter zu sehen – weil SeniorInnen in

besseren Verhältnissen leben und der Markt älterer KonsumentInnen immer größer wird. Geworben wird mit „jungen Alten“; sie werden als gutsituierte GenießerInnen dargestellt, meist in Verbindung mit einem gewissen Luxus. So stellt Werbung die Alten möglichst als jung dar – und sie bildet die Verjüngung des Alters ab. Definitiv als SeniorInnenprodukte gekennzeichnete Waren werden dann nicht abgelehnt, wenn sie sichtbare Vorteile bieten: So werden Seniorennetzkarten oder Seniorenpässe öffentlicher Verkehrsmittel oder Seniorenreisen angenommen – nicht aber Seniorenshampoos oder Seniorenkost.

Für den ORF ist die Darstellung älterer Menschen kein Tabuthema mehr. Die ORF-Broschüre Werbefacts, die der Generation 50+ gewidmet ist, nennt als Beispiele Serien wie „Julia, eine ungewöhnliche Frau“ oder „Anna Maria, eine Frau geht ihren Weg“ mit älteren Hauptdarstellerinnen – wobei beide durchaus gute Reichweiten hatten.

Die Favoriten der über 60-Jährigen selbst sind laut ORF-Teletest „Villacher Färsching“, „Bundesland heute“, „Österreich heute“, „Schlosshotel Orth“, „Klingendes Österreich“ und „Musikantenstadl“. Die „Golden Girls“ waren bei den älteren Menschen weit weniger beliebt als bei den 12- bis 49-Jährigen.

Lebensplanung: Altern als Wandlung und Entwicklung

Betrachtet man den Alterungsprozess als einen der Wandlung und Entwicklung, werden zwei sogenannte „Konzepte“ dafür relevant: das der Lebensplanung und das der Selbsterfüllung.

Die Lebensplanung ist ein Konzept der europäischen Aufklärung. Gemeint ist, dass die persönliche Entwicklung erleichtert werde, wenn es eine Vorwegnahme der Zukunft in Konzept und Planung gibt.

Das Konzept der Selbsterfüllung beruht auf neueren sozialpsychologischen Erkenntnissen, wonach das Verständnis, das ein Mensch im Lauf seiner sozialen Erfahrung von sich selbst gewinnt, eine wichtige Stellung im Erleben des eigenen Alters und der Lebensbilanz einnimmt.

Drei Viertel sorgen finanziell vor

Wie schon oben geschildert, herrscht weitgehend Optimismus, dass man sich auf das Alter vorbereiten kann. Als konkrete Vorbereitungsmöglichkeit wurde in einer Studie 1994 sowohl für das frühere als auch das ältere Alter vorrangig finanzielle Vorsorge (rund 84 Prozent Zustimmung), gefolgt von Gesundheitsvorsorge (rund 60 Prozent) und Kontakte mit anderen Menschen (rund 45 Prozent), genannt.

In Sachen Finanzen bezieht sich die Lebensplanung nicht nur auf die eigene

Zukunft, sondern auch der Nachkommen. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung gaben 1998 an, dass sie privat für sich vorsorgen. 63 Prozent sorgten auch für den/die PartnerIn, 54 Prozent für die Kinder und fast ein Drittel für die Enkelkinder vor. Die wichtigsten Formen der Altersvorsorge sind Bausparen, das Sparguth und die „klassische“ Lebensversicherung. Wertpapiere oder Immobilien haben einen deutlich geringeren Stellenwert – werden aber, wie auch die Pensionsversicherungen, eher von Gebildeten angegeben.

Ein „gedämpftes“ Selbstgefühl

Was das Konzept der Selbsterfüllung betrifft, ist die Situation weniger gut. Das Selbstgefühl der über 60-Jährigen geht generell in Richtung Unterlegenheit, Bescheidenheit, Genügsamkeit, Schwäche gegenüber den sich eher dynamisch, tatkräftig und durchsetzungsfähig fühlenden Jüngeren. Bei den älteren Frauen ist das Selbstgefühl noch gedämpfter.

Offensichtlich hinken ältere Menschen in ihrem Selbstbild der wissenschaftlichen Erkenntnis nach, dass viele ihrer Fähigkeiten erhalten bleiben können – die heutige ältere Generation unterschätzt ihr Potenzial. Feststellbar ist überdies, besonders bei benachteiligten Älteren, eine „Anspruchsanpassung“: Wissend, dass sie z.B. im Pflegeheim immer weniger Einfluss auf ihre Umwelt haben, stellen sie eigene Bedürfnisse zurück und akzeptieren Situationen als un-

veränderbar – so weit, dass auch unter schlechteren Verhältnissen noch relative Zufriedenheit gegeben ist. Man will unabhängig bleiben und erreicht dies durch genügsame Lebensführung. Verzicht und Bescheidenheit sind andere Beispiele dazu.

Zahl der Sachwalterschaften stieg stark an

Kommt es im höheren Alter durch Unfall oder Krankheit dazu, dass der/die Einzelne nicht mehr in der Lage ist, das eigene Vermögen zu verwalten oder Rechtsgeschäfte abzuschließen, dann übernehmen SachwalterInnen diese Aufgabe. Für 1997 wurde geschätzt, dass 35.500 Menschen unter Sachwalterschaft standen. Die Zahl ist in den 90er-Jahren stark gestiegen: Gab es Ende der 80er-Jahre noch jährlich rund 2.000 Neubestellungen, sind es seit Mitte der 90er-Jahre jährlich über 5.000.

Untersuchungen, warum das so ist, fehlen. Vermutet wird als Grund die Angst der Angehörigen, dass die Unterschrift des älteren Menschen nicht mehr rechtsgültig sein könnte.

Sachwalterschaft bedeutet einerseits Schutz, schränkt aber andererseits die Selbstbestimmung älterer Menschen ein. Früher wurden diese Menschen entmündigt; seit 1984 gibt es das „Bundesgesetz über die Sachwalterschaft für behinderte Personen“. Damit wurde versucht, den Menschen und seine Schutzinteressen in den Mittelpunkt zu stellen. Als Ziel wird definiert: Sachwal-

terschaft hat die Beibehaltung und Wiedererlangung einer möglichst großen Selbstständigkeit zum Ziel.

Zum Sachwalter können – vom Bezirksgericht – dem/der Betroffenen nahestehende Personen, RechtsanwältInnen, NotarInnen oder auch von einem geeigneten Verein namhaft gemachte Personen bestellt werden. 1980 wurde der Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft gegründet, um den Gerichten geeignete Personen vorschlagen zu können.

-
-
- Autoren der wissenschaftlichen Fassung:
- **Franz Kolland,**
- **Leopold Rosenmayr**
-
-

III.2. Sexualität im Alter

Dass Sexualität den älteren Menschen nur zögernd zugebilligt wird, hängt mit dem immer noch generell negativen Stereotyp vom Alter zusammen. Nicht vergessen darf man bei diesem Thema auch, dass die heute über 70-Jährigen nach den moralischen, religiösen und sexuellen Vorstellungen nach der Jahrhundertwende erzogen wurden.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 13, Kultur des Alters
- und Altersbilder
-
-

Das sexuelle Verhalten der älteren Menschen war lange Zeit kaum ein Thema. Der Kinsey-Report in den 50er-Jahren befasste sich nur auf zwei Seiten mit dem älteren Mann und gar nur einer halben Seite mit der älteren Frau. Auch heute noch wird sexuelles Verhalten für das hohe Alter nahezu ausgeschlossen – wobei aber ein Meinungswandel feststellbar ist, beeinflusst auch von der Debatte um potenzfördernde Mittel wie Viagra.

Und wie stehen die älteren Menschen selbst dazu? In einer Tiroler Umfrage unter Menschen zwischen 50 und 80 Jahren meinten 1994 fast zwei Drittel, dass Alterssexualität für sie „etwas ganz Natürliches“ sei. 21 Prozent stellten fest, dass „auch ältere Menschen ein Recht darauf haben“, und ein Viertel meinte: „Auch ältere Menschen sehnen sich nach Liebe und Zärtlichkeit.“ 6 Prozent waren allerdings der Meinung, dass Sexualität im Alter unschicklich sei.

Bei den Personen, die zu einer negativen Haltung neigten, handelte es sich primär um verwitwete, alleinstehende, gesundheitlich eingeschränkte und sozial isolierte Menschen.

Zur Frage der sexuellen Aktivität im Alter gibt es auch heute noch international recht wenige Studien – und in Österreich keine einzige. Besonders schlecht erforscht ist die weibliche Alterssexualität. Generell wird festgestellt, dass sich Sexualität im Alter nicht zurückbildet. Den meisten Einfluss auf das Bedürfnis nach Sexualität

haben der Gesundheitszustand, der Grad der früheren Sexualität, die Verfügbarkeit eines Partners und ein höherer sozialer Status.

Bei einer Studie in Deutschland (1994) gab ein Drittel der 61- bis 92-Jährigen an, im letzten Jahr mit jemandem sexuell aktiv gewesen zu sein. Berücksichtigt man Familienstand bzw. Partnerschaft, ist jeder zweite Mensch zwischen 60 und 70 Jahren sexuell aktiv und jeder dritte über 70-Jährige. Bei Frauen entscheidet eindeutig das Vorhandensein eines Partners über die sexuelle Aktivität, bei älteren Männern spielt eher die Zufriedenheit mit der Sexualität eine Rolle.

Dass ältere Menschen nach dem Tod des Partners eine neue Beziehung eingehen, fanden 1991 in Deutschland zwei Drittel der Befragten „vollkommen in Ordnung“. Ein Fünftel konnte sich das persönlich nicht vorstellen.

-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- **Franz Kolland**
-
-

III.3. Religiosität im Alter

Religion war laut einer Studie im Jahr 1994 für jede/n Vierte/n der über 60-Jährigen ein sehr wichtiger Lebensbereich. Damit liegen die älteren Menschen weit über den unter 40-Jährigen, wo nur für 10 Prozent Religion sehr wichtig war. Fast jede/r Zweite der über 70-Jährigen ging am Sonntag zur Messe (nur rund 20 Prozent der unter 50-Jährigen). Frauen sind wesentlich mehr religiös aktiv als Männer.

Im Austrian Life-Style 1997 gaben 75 Prozent der 50- bis 59jährigen, 79 Prozent der 60- bis 69-Jährigen und 74 Prozent der über 70-Jährigen an, römisch-katholisch zu sein. Durchschnittlich 7 Prozent der über 60-Jährigen waren evangelisch und 15 Prozent ohne Bekenntnis.

Die Religion war laut einer Studie 1991 für 55 Prozent der 75- bis 79-Jährigen eine wichtige Hilfe, ohne die sie die Entscheidungen des Lebens nicht hätten treffen können; von den 50- bis 59-Jährigen sah dies nur ein Drittel so. Auch gibt die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft den alten Alten – mehr als den jungen Alten – das Gefühl, nicht allein zu sein. Und auch hier ist die Bindung der Frauen an die „Gemeinde“ stärker als die der Männer. Für 47 Prozent hat sich ihre Beziehung zur Religion mit zunehmendem Alter verstärkt.

-
-
- Referenzen:
- **Kap. 13, Kultur des Alters**
- **und Altersbilder**
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- **Franz Kolland**
-
-

III.4. Sterben und Tod

Wie zum Alter haben sich die Einstellungen auch zu Sterben und Tod im Lauf der Geschichte geändert. Vor allem der medizinische Fortschritt spielte dabei eine wichtige Rolle.

Einerseits gelang es, das mittlere Lebensalter durch die Bekämpfung der Kindersterblichkeit geradezu spektakulär anzuheben. Damit überlebten aber auch immer mehr Menschen mit schwacher Konstitution und Missbildungen, was sich letztlich in der Altersmorbidity niederschlägt. Überdies kann die moderne Medizin heute auf allen Altersstufen bei Krankheiten oder Unfällen heilend eingreifen – was teilweise zum Weiterleben mit Prothesen und (lebens-)langen Phasen der Hilfsbedürftigkeit führt.

Mit dem medizinischen Fortschritt hat sich die „Qualität“ von Sterben und Tod entscheidend gewandelt – mit durchaus erheblichen negativen Auswirkungen auf den Status des höheren Alters. Der Berliner Sozialwissenschaftler Arthur Imhof stellte dazu fest: „Wir sollten (...) nicht übersehen, dass ‚Generationsbeziehungen‘ im kollektiven Nichtbewussten auch durch die Art und Weise geprägt werden, wie die Erinnerung an diesen Abgang und dadurch an sie überhaupt weiterlebt. Es ist ein Unterschied, ob dieses Platzräumen durch die Vorgänger in blühendem Alter, bei vollen körperlichen und geistigen Kräften, unerwartet und rasch erfolgte, oder aber bei verwelktem Körper und nachgelassenen geistigen Kräften, endlos hinausgezögert, langwierig, von den Nachfolgenden herbeigesehnt und in ihren Augen oft längst überfällig.“

Früher war der Tod der fatale Störfall im sozialen Prozess: Er traf vorwiegend

-
-
- Referenzen:
- Kap. 13, Kultur des Alters
- und Altersbilder
-
-

Menschen mitten in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Nicht zuletzt deshalb musste ihm viel Aufmerksamkeit zugewendet werden. Heute, wo der Tod weitgehend auf die höchsten Altersstufen konzentriert ist, die nicht mehr im gesellschaftlichen Funktionsgefüge stehen, ist es weniger der Tod als vielmehr das Sterben, das als „Irritation“ des normalen Gangs der Dinge empfunden wird.

Totenriten änderten sich über die Jahrhunderte

Im 17. Jahrhundert führten die Pest und der Dreißigjährige Krieg gemeinsam mit der religiösen Krise zu einer prunkvollen, aber auch angstverstärkenden Entfaltung des Totenbereiches. Um die Menschen in die „kirchliche Gewalt“ zu bekommen, musste die Möglichkeit des Todes und der Verdammnis jederzeit präsent sein.

Im 18. Jahrhundert, dem der Aufklärung, wuchs die Skepsis gegenüber christlichen Glaubensvorstellungen. Und so ist festzustellen, dass das traditionelle Todesbrauchtum etwas zurückgenommen wurde. Die für die Totenmessen festgelegten Summen sanken, und die Friedhöfe wurden von der Kirche abgetrennt; die Gemeinschaft der Lebenden distanzierte sich von der Gemeinschaft der Toten.

Der heutige Mensch gliedert Sterbende aus. Immer seltener dürfen die Menschen ihr

Leben in der Familie beenden. Noch vor einigen Jahrzehnten war Sterben nicht nur eine Sache des Einzelnen, sondern vor allem der Familie bzw. Gemeinschaft. Heute legt die Gesellschaft bei Todesfällen „keine Pause mehr ein“, Begräbnisse und Trauerriten verkümmern. „Das Leben in der Großstadt wirkt so, als ob niemand mehr stürbe“, stellte Philippe Ariès in seiner „Geschichte des Todes“ fest.

Die meisten älteren Menschen sterben in Spitälern und Heimen

Das Sterben findet heute überwiegend in Spitälern, Pflegeheimen und anderen Institutionen statt. Der Anteil der Menschen in Österreich, die in Krankenanstalten starben, hat sich zwischen 1951 und 1974 von 30 auf 60 Prozent verdoppelt.

1997 starben 62 Prozent der 60- bis 74-Jährigen in Krankenhäusern, 3,4 Prozent in Heimen und 29,0 Prozent zu Hause. Bei den über 75-Jährigen waren die Anteile 53,3 Prozent für Spitäler, 14,6 Prozent in Heimen und 27,8 Prozent zu Hause. Die größte Bedeutung hat das Krankenhaus als Sterbeort für die 70- bis 74-Jährigen mit 65,9 Prozent. Im Vergleich mit 1990 haben allerdings die Sterbefälle in Spitälern abgenommen, dafür die in Heimen zugenommen.

Der Tod im Krankenhaus bzw. Heim ist vor allem ein großstädtisches Phänomen. In den Jahren 1988-1991 hatte Wien mit 72 Prozent den höchsten Spitalsanteil, nur 18 Prozent starben zu Hause. In kleineren ländlichen Gemeinden halten sich die Sterbefälle in Krankenanstalten (46 Prozent) und zu Hause (47 Prozent) die Waage.

Hier trifft wohl die These zu, wonach der Tod im Krankenhaus ein Indikator für Modernisierung ist. Die Krankenhäuser sind aber auf diese Aufgabe nicht vorbereitet und auch nicht dafür geeignet. Das „Selbstverständnis“ der ÄrztInnen und KrankenpflgerInnen ist es, zu heilen. Unheilbar kranke (alte) Menschen, bei denen es nur noch darum geht, ihnen durch Zuwendung und Gespräche das Sterben zu erleichtern, gelten tendenziell in einer solchen Krankenhauskultur als „Fehlschläge“, die Zeit kosten.

Nicht der Tod macht Angst, sondern das Sterben

Untersuchungen über die Einstellung zu Tod und Sterben ergeben, pointiert gesagt, das Bild: Nicht der Tod macht Angst, sondern das Sterben. Interessanterweise haben alte Menschen hier zumeist dasselbe Meinungsbild wie jüngere.

Eine 1992 durchgeführte Erhebung zeigte: Die schwerwiegendsten Befürchtungen

hinsichtlich des Alters sind die vor einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes bzw. vor Gebrechlichkeit einschließlich des geistigen Abbaus (für 78 Prozent). Dann folgen die Furcht vor Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Behinderungen und Leistungsabfall (23 Prozent) sowie Pflegebedürftigkeit (15 Prozent). Der Tod hingegen spielt – mit nur 6 Prozent – eine geradezu vernachlässigbare Rolle.

Bei Sterbenden spielt die Angst vor Einsamkeit und Isolierung eine große Rolle. Wenn sie sich von Angehörigen und Freunden „getragen“ wissen, können sie sich eher ruhig und gefasst mit dem Tod auseinandersetzen. Fühlen sie sich einsam, nimmt die Angst vor dem Tod stark zu.

Nach einer 1990 durchgeführten Befragung haben zwei Drittel der Befragten den starken Wunsch, einmal sterben zu können, ohne Schmerzen erleiden zu müssen. Mehr als ein Drittel ist überzeugt, dass eine positive Lebensbilanzierung die Angst vor dem Tod verringert. Und ebenso groß ist der Anteil der Menschen, die im Kreise ihrer Angehörigen sterben möchten. Am geringsten stimmten die Befragten der Aussage zu, dass „ich mein Sterben bewusst erleben möchte, weil es ein Teil meines Lebens ist“.

Die Hospizbewegung: menschenswürdiges Sterben

Im gesellschaftlichen Umgang mit dem Sterben kann derzeit ein Übergangsprozess festgestellt werden – weg vom „institutionalisierten Sterben“ im Krankenhaus oder Pflegeheim hin zu neuen Formen wie Hospizen oder Palliativstationen. Dem überwiegenden Wunsch der Menschen, in der vertrauten Umgebung ihr Leben zu beenden, wird man damit aber weiter nicht gerecht. Hier könnten HausärztInnen die Sterbebegleitung übernehmen.

Die Hospizbewegung ist entstanden, um den Menschen in ihrer letzten Lebensphase zu helfen. Es geht nicht um Sterbehilfe, sondern darum, menschliche Zuwendung, beste Pflege und die nötige medizinische Hilfe zu geben, die nötig ist, um das Wohlbefinden wiederherzustellen. Dazu gehört auch die Schmerzbehandlung – man spricht von „Palliativmedizin“. Im Hospiz werden die letzten Bedürfnisse befriedigt und dem Tod sein Lauf gelassen. Dabei werden sowohl aktive Sterbehilfe (Euthanasie) als auch um jeden Preis lebensverlängernde Therapien abgelehnt.

Das erste Hospiz wurde 1967 in London gegründet. In Österreich gibt es die Hospizbewegung seit 10 Jahren. Der größte Teil der ambulanten und stationären Einrichtungen ist eng mit kirchlichen Institutionen verknüpft. Angeboten werden die Versorgung

schwerkranker PatientInnen und ihrer Angehörigen, aber auch Schulungsmaßnahmen und Initiativen zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Der Dachverband Hospiz verzeichnete mit Mai 1999 acht Bettenstationen in Krankenhäusern bzw. Pflegeheimen mit rund 60 Betten in Wien, Oberösterreich, Tirol und der Steiermark.

-
-
- Autoren der wissen-
- schaftlichen Fassung:
- Franz Kolland
-
-

Teil IV: Lebensformen, Kommunikation, Generationenverhältnis

IV.1. Wohn- und Lebensformen ändern sich im Alter

Die Wohn- und Lebensformen sind (auch) bei den SeniorInnen durchaus vielfältig – und unterscheiden sich stark nach sozialen oder regionalen Milieus. So lebt z.B. in den Städten, vor allem in Wien, die Mehrzahl der älteren Frauen allein. Am Land leben die Älteren meist mit jüngeren Generationen zusammen. Für viele Menschen ändern sich die äußeren Lebensumstände mit dem Alter – wenn die erwachsenen Kinder ausziehen und wenn der/die PartnerIn stirbt.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 2.2, Der altersbedingte
- Wandel der Wohn- und
- Lebensformen
-
-

Doppelt so viele ältere Männer verheiratet wie Frauen

Während vom Wegzug der Kinder ältere Frauen und Männer gleich betroffen sind, ist das Risiko, den Lebenspartner zu verlieren, für Frauen ungleich größer als für Männer. Denn Frauen leben im Durchschnitt um fünf bis sechs Jahre länger – und sie sind in der Regel zwei bis drei Jahre jünger als ihr Partner.

- ▶ Schon zu Beginn der Altersphase, mit 60 bis 64 Jahren, sind nur 5 Prozent der Männer verwitwet, aber schon 21 Prozent der Frauen.
- ▶ Von den 70- bis 74-Jährigen sind 10 Prozent der Männer verwitwet und 43 Prozent der Frauen.
- ▶ Unter den 75- bis 79-Jährigen hat bereits die Mehrheit der Frauen (60 Prozent) den Partner verloren, während selbst hochbetagte Männer (über 85) „nur“ zu 41 Prozent verwitwet sind.

Gleichzeitig war aber der Anteil verheirateter SeniorInnen noch nie so hoch wie heute (auch weil die Ehe erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts soziale Norm wurde). So waren 1997 von den über 60-Jährigen 79 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen verheiratet. Da sich die in den vergangenen Jahrzehnten gestiegene Scheidungsrate auf die älteren Menschen mittelfristig noch kaum auswirken wird, wird in den nächsten Jahren die Zahl der

Paare, die auf 50 oder mehr gemeinsam verbrachte Jahre zurückblicken können, weiter steigen.

Die meisten Frauen
über 75 leben allein

Der Auszug der Kinder und das Sterben des Partners/der Partnerin beeinflusst natürlich die Form, in der Menschen leben. Unter den Frauen ist der Einpersonen-Haushalt schon im frühen Alter mit 20 Prozent eine verbreitete Lebensform; ab dem 75. Lebensjahr dominiert bei ihnen das (unfreiwillige) Alleinleben. Die 60- bis 64-jährigen Männer leben hingegen nur zu weniger als 10 Prozent allein – von den über 80-Jährigen mehr als ein Viertel.

Die Zahl der alleinlebenden SeniorInnen wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Derzeit wohnen rund 480.000 über 60-Jährige in Ein-Personen-Haushalten; bis 2030 wird sich diese Zahl vermutlich verdoppeln. Für den Wohnungsmarkt und die Versorgungsinfrastruktur wird dies erhebliche Konsequenzen haben.

Auch Ältere leben nicht so selten mit Kindern zusammen

Nicht so selten leben ältere Menschen mit jüngeren oder auch älteren Verwandten zusammen.

- 1997 wohnten von den über 60-Jährigen
- ▶ immerhin 27 Prozent der Männer und 25 Prozent der Frauen in sogenannten „Mehrgenerationenhaushalten“ (mit geradlinig verwandten Personen)
 - ▶ 58 Prozent der Männer und 33 Prozent der Frauen in Eingenerationenhaushalten
 - ▶ 13 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen alleine
 - ▶ 2 Prozent der Männer und 4 Prozent der Frauen in Heimen.

In Mehrgenerationenhaushalten leben vor allem die 60- bis 64-Jährigen, weil da häufig noch mindestens ein Kind bei den Eltern wohnt. Mit dem Auszug der Kinder bleiben die älteren Menschen dann unter sich (oder auch allein) – und erst im höheren Alter nimmt das Zusammenleben mit der jüngeren Generation wieder etwas zu, wenn die Kinder die alten Eltern zu sich nehmen.

-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Josef Kytir
-
-

IV.2. Die allermeisten Älteren haben Familie

Die Familie und die „kleinen Netze“ sind nach wie vor gerade für ältere Menschen das Zentrum ihrer sozialen Bindungen, Orientierungen und Verpflichtungen. Die meisten älteren Menschen sind in solche Netze eingebunden. Dass 87 Prozent von ihnen mindestens ein (erwachsenes) Kind haben, ist für Österreich ein historisch neues Phänomen. Und die allermeisten SeniorInnen haben auch regelmäßigen Kontakt mit ihren Kindern bzw. Enkeln.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 2.3, Das Familien-
- netzwerk älterer Menschen
-
-

Nur die kleine Mehrheit der über 60-Jährigen (2 Prozent der Männer, 4 Prozent der Frauen) hat kein einziges nahes Familienmitglied – also Ehepartner, (Schwieger)Kinder, Enkel, Urenkel, Eltern(teile) oder Geschwister. Unter den über 85-Jährigen sind 9 Prozent ohne Familiennetzwerk.

87 Prozent der Seniorinnen und Senioren haben mindestens ein Kind

Laut Mikrozensus 1998 hatten 89 Prozent der Männer und 86 Prozent der Frauen über 60 zumindest ein lebendes (Schwieger)Kind – und diese Anteile sind sehr hoch. Daran wird sich in den nächsten Jahrzehnten wenig ändern – weil in der Folge nämlich die Eltern der Baby-Boom-Generation der frühen 60er-Jahre ins Pensionsalter kommen.

Der Anteil der älteren Menschen, die Kinder haben, ist deshalb so hoch, weil von den zwischen 1930 und 1959 geborenen Frauen sieben von acht mindestens ein Kind hatten. Von den Frauen, die um die Jahrhundertwende geboren wurden, war hingegen noch nahezu ein Drittel kinderlos geblieben.

Das dichte Generationennetz führte auch dazu, dass sehr viele SeniorInnen in Österreich zumindest ein Enkelkind haben; 1998 waren es drei Viertel.

Und immerhin 16 Prozent der Männer und 23 Prozent der Frauen über 60 sind sogar Urgroßeltern.

Mehr Vier-Generationen-Familien als je zuvor

Damit ist eine historisch wahrscheinlich einzigartige Situation zu verzeichnen: Insgesamt 27 Prozent aller älteren Menschen sind nämlich Angehörige einer vier Generationen umfassenden Familie. Bei fast der Hälfte (49 Prozent) reicht die Familie über

drei Generationen. Fünf gleichzeitig lebende Generationen in einer Familie sind allerdings nach wie vor äußerst selten (unter einem Prozent).

Wie der Mikrozensus 1998 zeigte, leben auch sehr viele SeniorInnen noch mit ihren Kindern zusammen. Mit 42 Prozent (Männer) und 40 Prozent (Frauen) ist das sogenannte „intergenerationale“ Zusammenleben die mit Abstand häufigste Lebensform im Alter – und bei weiteren 23 Prozent lebt zumindest ein Kind in der näheren Wohnumgebung. Nahezu zwei Drittel wohnen also mit oder zumindest in der Nähe eines eigenen Kindes.

Diese veränderten Umstände werden in Zukunft für die Politik eine große Herausforderung darstellen.

Lebensformen, Männer

Lebensalter	60-64 J.	65-69 J.	70-74 J.	75-79 J.	80-84 J.	85+ J.	60+ J.
in einem Privathaushalt lebend	99	99	99	98	95	90	98
<i>zumindest ein lebendes Kind</i>	91	87	87	87	86	74	87
zumindest ein Kind wohnt im selben Haus	50	43	40	35	33	33	42
(Ehe-)Partner vorhanden	46	38	33	28	24	21	36
kein (Ehe-)Partner	4	5	6	7	9	12	6
zumindest ein Kind wohnt in unmittelbarer Wohnumgebung	20	24	24	24	23	23	23
(Ehe-)Partnerin vorhanden	18	20	20	20	16	14	19
keine (Ehe-)Partnerin	2	4	4	4	6	8	4
zumindest ein Kind wohnt in näherer Wohnumgebung	10	8	9	10	12	7	9
(Ehe-)Partnerin vorhanden	8	7	8	9	9	5	8
keine (Ehe-)Partnerin	2	2	1	1	3	2	2
kein Kind wohnt in näherer Wohnumgebung	11	12	15	18	19	12	13
(Ehe-)Partnerin vorhanden	9	10	12	15	11	7	11
keine (Ehe-)Partnerin	2	1	3	3	7	5	3
<i>kein lebendes Kind</i>	8	12	12	11	9	17	11
(Ehe-)Partnerin vorhanden	5	7	7	8	7	6	6
keine (Ehe-)Partnerin	4	5	5	4	2	11	5
alleinlebend (Einpersonenh.)	3	4	4	2	2	9	4
nicht alleinleb. (Mehrpersonenh.)	1	1	1	1	0	2	1
in einer Institution lebend	1	1	1	2	5	10	2
insgesamt	100						

Quelle: Mikrozensus Juni 1998; eigene Berechnungen; Angaben in Prozent

Lebensformen, Frauen

Lebensalter	60-64 J.	65-69 J.	70-74 J.	75-79 J.	80-84 J.	85+ J.	60+ J.
in einem Privathaushalt lebend	99	99	99	97	92	83	96
<i>zumindest ein lebendes Kind</i>	90	88	84	83	78	70	84
zumindest ein Kind wohnt im selben Haus	51	43	36	36	33	38	40
(Ehe-)Partner vorhanden	36	26	15	11	4	4	18
kein (Ehe-)Partner	15	17	22	25	29	34	22
zumindest ein Kind wohnt in unmittelbarer Wohnumgebung	21	25	24	24	25	18	23
(Ehe-)Partner vorhanden	15	16	12	7	4	1	10
kein (Ehe-)Partner	6	10	12	16	21	17	13
zumindest ein Kind wohnt in näherer Wohnumgebung	7	8	10	9	7	6	8
(Ehe-)Partner vorhanden	5	5	4	3	1	1	4
kein (Ehe-)Partner	2	3	6	6	6	5	4
kein Kind wohnt in näherer Wohnumgebung	11	11	14	15	13	8	12
(Ehe-)Partner vorhanden	7	6	7	5	3	1	5
kein (Ehe-)Partner	4	5	7	10	10	7	7
<i>kein lebendes Kind</i>	9	11	15	14	14	12	12
(Ehe-)Partner vorhanden	4	4	4	4	1	0	3
kein (Ehe-)Partner	6	7	10	10	13	12	9
alleinlebend (Einpersonenhh.)	4	6	9	9	11	10	8
nicht alleinleb. (Mehrpersonenhh.)	2	1	1	1	1	2	1
in einer Institution lebend	1	1	1	3	8	17	4
insgesamt	100						

Quelle: Mikrozensus Juni 1998; eigene Berechnungen; Angaben in Prozent

●
●
● Autor der wissen-
● schaftlichen Fassung:
● Josef Kytir
●
●

IV.3. Viel Familienkontakt

Im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Beziehungen der älteren Menschen steht eindeutig die Familie – und hier gibt es auch ein sehr dichtes Kontaktnetz. Die allermeisten älteren Menschen haben häufig Kontakt zu ihren Kindern, zumal wenn Enkel da sind. Außerhäusliche Aktivitäten wie Lokalbesuche, Ausflugsfahrten oder diverse Veranstaltungen werden dagegen nur von weniger als der Hälfte öfters unternommen. Mit zunehmendem Alter und schlechtem Gesundheitszustand nehmen soziale Aktivitäten ab – und die Isolation steigt deutlich.

-
-
- Referenzen:
- **Kap. 2.4, Kontakte und**
- **Aktivitäten älterer**
- **Menschen**
-
-

Untersucht wurde dies im Mikrozensus 1998 „Ältere Menschen“ anhand der Besuche von und bei bzw. dem Telefonieren mit Kindern, sonstigen Verwandten und FreundInnen sowie Besuch von Lokalen oder diversen Veranstaltungen.

Isolation nimmt mit dem Alter zu

Auf einer Skala von 0-32 Integrationspunkten lagen rund 90 Prozent der über 60-Jährigen in der unteren Hälfte (unter 17 Punkten). Sehr stark isoliert (mit 0 bis 6 Integrationspunkten) sind 14 Prozent der über 60-Jährigen.

Vor allem das Alter spielt hier eine Rolle: Von den 60- bis 64-Jährigen sind „nur“ 7 Prozent sehr stark isoliert, von den über 85-Jährigen 30 Prozent. Allerdings ist auch nur etwas mehr als ein Viertel der „jüngsten Alten“ sozial hoch integriert – mit häufigen Besuchen und außerhäuslichen Aktivitäten. Von den „ältesten Alten“ sind es nur 8 Prozent. Die Zäsur liegt beim 75. Lebensjahr: Ab hier beginnen die „relativ stark Isolierten“ gegenüber den „relativ gut Integrierten“ zu überwiegen.

Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt es hier nicht – aber sehr wohl nach dem Bildungsgrad. Nur 18 Prozent der PflichtschulabsolventInnen sind sozial hoch integriert, aber 29 Prozent der höher

Gebildeten. Sie werden zwar weniger von Verwandten besucht, aber treffen von sich aus mehr FreundInnen und Verwandte, telefonieren mehr und sind kulturell bzw. sozial außer Haus aktiv. Stark isoliert sind MaturantInnen und AkademikerInnen nur zu 8 Prozent, ältere Menschen mit geringem Bildungsgrad aber zu 15 Prozent. Dass ein schlechter Gesundheitszustand Isolation bedingt bzw. fördert, überrascht wenig.

Das Vorurteil, dass die alten Menschen in der anonymen Großstadt so vereinsamt leben würden, kann weder bestätigt noch widerlegt werden. Das Bild ist uneinheitlich: So haben die höchsten Anteile stark isolierter SeniorInnen (mit je 16 Prozent) sowohl agrarische Kleingemeinden als auch Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern als auch Wien. Bei den Anteilen hoch integrierter Menschen gibt es zwischen Stadt und Land keine Unterschiede.

Ein dichtes Beziehungsgeflecht mit den Kindern

Im Zentrum der Kommunikation und Aktivität älterer Menschen steht die Familie – und zwar die eigenen Kinder. Die überwältigende Mehrheit hat ein dichtes Beziehungsgeflecht mit den Kindern. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der über 60-Jährigen, die nicht in Heimen leben, sieht sie täglich – wobei jene einbezogen sind, die im selben Haus mit

ihren Kindern wohnen. Von den SeniorInnen, deren Kinder nicht im selben Haus leben, werden 65 Prozent zumindest einmal wöchentlich von ihnen besucht. Eindeutig zeigt sich, dass die Frauen kontaktfreudiger sind.

Überhaupt keinen Besuchskontakt mit den Nachkommen hat eine verschwindende Minderheit von 2 Prozent der über 60-Jährigen. Weitere knappe 20 Prozent haben relativ selten Kontakt zu ihren Kindern – wobei bereits weniger als ein Besuch pro Woche als „selten“ eingestuft wird.

Unterschiede gibt es nach dem Geschlecht – Väter werden seltener besucht – und auch nach dem Alter der Eltern. Täglicher Kontakt nimmt im früheren Alter zunächst ab, erreicht bei den 80-Jährigen ein Minimum und steigt bei den Hochbetagten über 85 Jahren mit 64 Prozent auf den Spitzenwert.

Die Erklärung: Zunächst leben noch in vielen Fällen die Kinder im selben Haus. Nach der Gründung eines eigenen Haushaltes/Familie nimmt der „Zwangskontakt“ durch das gemeinsame Wohnen ab. Wenn dann die Eltern ein hohes Alter erreichen, nehmen die Kinder sie häufig zu sich oder kümmern sich wegen der größeren Hilfsbedürftigkeit zumindest vermehrt um sie.

Wesentlich verstärkt werden die Besuchskontakte, wenn Enkel vorhanden sind. Enkellose ältere Menschen werden nämlich zu 57 Prozent, Großeltern aber zu 66 Prozent mindestens ein Mal die Woche von einem Kind besucht.

Mehr Kontakte zu Freunden als zu sonstigen Verwandten

In der Reihenfolge der Besuchshäufigkeiten kommen nach den Kindern die FreundInnen und Bekannten – und erst am Schluss die sonstigen Verwandten. Ein „Entweder-Oder“ gibt es hier kaum: Wenn SeniorInnen kontaktfreudig sind, sehen sie sowohl FreundInnen als auch Verwandte oft. Isolierter lebende ältere Menschen sehen weder FreundInnen noch Verwandte häufig. Mit einer Ausnahme: Sehr familienzentrierte Menschen, die täglich Verwandte besuchen, kommen offensichtlich nicht mehr recht dazu, Freundschaften zu pflegen.

Von sonstigen Verwandten außer den Kindern werden nur 20 Prozent der älteren Menschen zumindest einmal die Woche besucht. 80 Prozent bekommen selten (22 Prozent davon nie) solchen Besuch. Mit steigendem Alter nehmen die Besuche (natürlich auch durch Todesfälle) weiter ab.

FreundInnen und Bekannte kommen zu älteren Menschen hingegen häufiger zu Besuch: 28 Prozent der über 60-Jährigen empfangen mindestens einmal pro Woche FreundInnen bei sich zu Hause (16 Prozent jedoch nie). Unverheiratete Menschen haben häufiger nichtverwandtschaftlichen Besuch.

Es zeigt sich auch: Menschen, die nur über eine Pflichtschulausbildung verfügen, haben den engsten Kontakt zu ihrer Familie, vor allem den Kindern. Höher-

gebildete sind hingegen stärker freundesorientiert.

Die Kontakte mit den FreundInnen sind ausgeglichen: Bis zum 85. Lebensjahr wird nicht nur rund ein Viertel häufig von Bekannten besucht, sondern stattet selber Besuche ab. Dies ist ein gravierender Unterschied zu den Familien-Kontakten: Hier werden die älteren Menschen eindeutig öfter besucht (65 Prozent mindestens einmal die Woche) als sie selbst zu ihren Kindern gehen (21 Prozent mindestens einmal die Woche). Natürlich beeinflusst der Gesundheitszustand die Besuchsaktivitäten der älteren Menschen stark.

Keine „Telefonitis“

Die Annahme, dass ältere Menschen – die ja auch oft nicht mehr so mobil sind – sehr viel telefonieren, bestätigte sich in der Untersuchung nicht. 86 Prozent der älteren Menschen benutzen das Telefon nicht täglich für Privatgespräche, fast ein Drittel seltener als einmal die Woche und immerhin 10 Prozent nach eigenen Angaben überhaupt niemals. Das bleibt relativ konstant gleich – bis zu den Höchstaltrigen, die noch weniger telefonieren. 26 Prozent der mehr als 85-Jährigen gaben an, nie zu telefonieren. Dies liegt sicherlich auch an Hörproblemen.

Das Telefon dient älteren Menschen auch nicht als Ersatz für persönliche Kontakte: Gerade die gesellschaftlich aktiveren über 60-Jährigen telefonieren auch am häufigsten.

Wenig soziales und kulturelles Leben außer Haus

Das soziale und kulturelle Leben der älteren Menschen spielt sich überwiegend zu Hause und zum Teil mit Freundes- und Verwandtenkontakten ab. Aktivitäten wie Lokalbesuche, Ausflugsfahrten, Bildung und Kultur oder SeniorInnenveranstaltungen unternehmen nur weniger als 10 Prozent der SeniorInnen häufig und zwischen 25 und 40 Prozent gelegentlich.

Am ehesten finden noch Ausflugsfahrten Anklang, wo „nur“ 52 Prozent fast nie teilnehmen. Lokalbesuche unternehmen 57 Prozent der über 60-Jährigen so gut wie nie – und Bildung/Kultur und SeniorInnenveranstaltungen werden mit 32 Prozent am wenigsten wahrgenommen.

Allerdings lässt sich eine Abhängigkeit vom Alter feststellen: Die 60- bis 64-Jährigen gehen noch in der Mehrheit (10 Prozent häufig, 45 gelegentlich) in Lokale, machen Ausflugsfahrten mit (10 häufig, 49 gelegentlich) – und besuchen doch noch Bildungs- oder Kulturveranstaltungen (8 Prozent häufig, 33 gelegentlich). Letzteres nimmt im Verlauf des späteren Lebens am stärksten ab, während die SeniorInnenveranstaltungen (die im ganzen nicht mehr als ein Drittel erreichen) am meisten die 70- bis 79-Jährigen ansprechen.

Auffällig sind hier die Unterschiede nach dem Bildungsgrad: Fast 60 Prozent der

höher Gebildeten besuchen zumindest gelegentlich Lokale und nehmen an Ausflugsfahrten teil – und 65 Prozent von ihnen (21 Prozent davon häufig) interessieren sich für Bildung und Kultur. Das sind drei Mal so viele wie von den PflichtschulabsolventInnen (21 Prozent). SeniorInnenveranstaltungen werden hingegen stärker von niedriger gebildeten älteren Menschen besucht.

Außenkontakte der älteren Menschen von 60 und mehr Jahren in Privathaushalten (nach Alter, Prozentwerte)

	60-64	65-69	70-74	75-79	80-84	85+	Zusammen
Lokalbesuche							
<i>Ja</i>	55	49	44	36	30	19	43
Häufig	10	8	10	6	6	3	8
Gelegentlich	45	41	34	30	24	16	35
<i>Fast nie</i>	45	51	56	64	70	81	57
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	100
Ausflugsfahrten							
<i>Ja</i>	58	53	49	44	32	23	48
Häufig	10	9	9	7	2	2	8
Gelegentlich	49	44	41	37	30	20	40
<i>Fast nie</i>	42	47	51	56	68	77	52
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	100
Bildung und Kultur							
<i>Ja</i>	41	34	33	28	21	11	32
Häufig	8	8	8	5	3	1	7
Gelegentlich	33	26	25	22	19	10	25
<i>Fast nie</i>	59	66	67	72	79	89	68
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	100
Seniorenveranstaltungen							
<i>Ja</i>	32	33	37	35	29	18	32
Häufig	5	6	8	8	4	3	6
Gelegentlich	27	27	29	27	25	15	26
<i>Fast nie</i>	68	67	63	65	71	82	68
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	100

●
●
●
●
●
●
●
●
●
●

Autoren der wissenschaftlichen Fassung:
Josef Hörl

IV.4. Generationenbeziehungen: gelebte Solidarität

Die Vorstellung, dass der „Generationenkonflikt“ sowohl die Beziehungen innerhalb der Familie als auch die Verhältnisse in der Gesellschaft prägt, ist weit verbreitet. Dass das Zusammenleben der Jungen und der Alten in beiden Feldern zwar nicht frei von Konflikten, aber durchaus freundlich geprägt und schon gar nicht feindselig ist, zeigte die „Generationenstudie '98“. Sie hinterfragte, wie erwachsene Kinder (über 18 Jahre) und Eltern zueinander stehen – und wie sie die Situation der Generationen in der Gesellschaft beurteilen.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 3, Generationen-
- beziehungen und
- Generationenverhältnisse
-
-
-

Ihr zentraler Befund lautet:

- ▶ Die Familie, vor allem Kinder und Eltern, stellt nach wie vor ein sehr tragfähiges solidarisches System dar, das kaum ein Mitglied, das in Notlage gerät, im Stich lässt. Auf Hilfe und Unterstützung der Familie kann gezählt werden und wird gezählt. Die familiären „Hilfetransfers“, vor allem die finanziellen, fließen dabei überwiegend von der älteren zur jüngeren Generation – im Gegensatz zu den öffentlichen Mitteln.
- ▶ Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist zwischen den Generationen zwar Konfliktpotenzial vorhanden, aber keine Feindseligkeit und vor allem auch keine Altenfeindlichkeit. Man könnte von „wohlwollender Ambivalenz“, d.h. Zwiespältigkeit sprechen. Allerdings wird von den Befragten für die Zukunft eine Verschlechterung erwartet.

Vor der Darstellung der einzelnen Ergebnisse zwei Begriffserklärungen:

- ▶ Generationenbeziehung wird der Umgang der verschiedenen Generationen innerhalb der Familie, die Form der persönlichen Begegnung, genannt.
- ▶ Generationenverhältnis ist hingegen der Fachbegriff dafür, wie auf der Ebene der Gesellschaft die Generationen zueinander stehen bzw. miteinander umgehen.

Die Fragen, denen die Studie nachging:

Der Autor ging davon aus, dass dem Generationenverhältnis eine Reihe von

Belastungen bevorsteht. So wird durch das Anwachsen der Gruppe der älteren Menschen zwangsläufig ihr Anspruch an das Sozialprodukt steigen – und die Frage, wie dann die Pensionen finanziert werden, könnte für Konflikte zwischen Jung und Alt sorgen. Ob und wie weit sich diese Konflikte abzeichnen, sollte geklärt werden.

Der zweite Untersuchungsschwerpunkt betraf die Beziehungen in den Familien. Immer mehr Familien umfassen immer mehr Generationen (vier sind heute nicht mehr selten) – und gleichzeitig werden Familien durch die sinkenden Kinderzahlen „ausgedünnt“. Es stellte sich die Frage, ob dies – und auch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen – Einfluss auf die innerfamiliäre Hilfe, Unterstützung und Pflege hat.

Generationenbeziehungen noch intakt

In den Familien scheint der Zusammenhalt der Generationen kaum bedroht zu sein. „Gelebte Solidarität“ lässt sich in den Fragen der gegenseitigen Unterstützung feststellen. Allerdings dürften die Kapazitäten der Familien weitgehend ausgeschöpft sein – während z.B. der wachsende Anteil älterer Menschen ein teils massives Anwachsen der Belastungen (durch Betreuung und Pflege) erwarten lässt. Man sollte

nicht darauf bauen, dass die Familien auch die künftigen Belastungen noch auffangen können.

Für den gegenwärtigen Zustand zeigt die Generationenstudie aber klar: Die Familien funktionieren immer noch sehr gut, wenn es um Hilfe geht – vom Gespräch über alltägliche Verrichtungen bis zu Notfällen. Praktizierte Solidarität ist die Regel. Interessant ist, dass die Gebenden überwiegend die Älteren, also die Eltern, sind. Jüngere brauchen öfter Hilfe – vor allem im finanziellen Bereich und in der Kinderbetreuung. Wobei zu beachten ist: Die Jüngeren selbst haben, wenn sie Eltern sind, durch ihre Kinder selber Verpflichtungen.

Zentrale Hilfsperson ist die Mutter und bei der Betreuung und Pflege der älteren Menschen dann vor allem die Tochter. Das Helfen hat also eine stark weibliche „Schlagseite“.

Dessen sind sich die meisten Befragten auch bewusst und erwarten dementsprechend, von der Familie und auch von FreundInnen notfalls Hilfe zu bekommen. Nur ein Prozent rechnet damit, bei kleineren Notlagen, zwei Prozent bei schwereren Notfällen und fünf Prozent bei größeren finanziellen Notlagen keine Hilfe zu bekommen. Am stärksten wird auf die Familienangehörigen gesetzt – bei größeren finanziellen Notlagen sind die engsten Angehörigen (Eltern, Kinder, Geschwister) mit Abstand allererster AnsprechpartnerInnen.

Kaum jemand bleibt im Notfall allein
 Diese Erwartungen werden auch nicht enttäuscht, kaum jemand bleibt im Notfall allein. Mit einer einzigen Ausnahme erhalten mindestens 98 Prozent der Personen, die Unterstützung in einer bestimmten Situation (von Gesprächen über Hausarbeit oder Geld bis zu dauerhafter Pflege) brauchen, auch ausreichend Hilfe. Die Ausnahme: Unterstützung bei der langfristigen Pflege anderer Kranker oder Pflegebedürftiger vermissen fünf Prozent.

Hilfe brauchen – entgegen der weit verbreiteten Meinung – nicht so sehr die älte-

ren, sondern vielmehr die jüngeren Menschen. Konkrete Unterstützungs- und Hilfeleistungen brauchten in den vergangenen zwei Jahren mindestens einmal:

- ▶ 90 Prozent der bis 30-Jährigen
- ▶ 80 Prozent der 31- bis 45-Jährigen
- ▶ 70 Prozent der 46- bis 60-Jährigen und
- ▶ 75 Prozent der über 60-Jährigen.

Von einer „Alterslast“, die auf der jüngeren Generation läge, kann also nicht wirklich gesprochen werden.

Finanzielle Engpässe, Bedürfnis nach Aussprache und (naturgemäß) Beaufsichtigung von Kindern sind die Bereiche, in de-

Ungedeckt gebliebener Hilfebedarf (Prozent)

Die Hilfe war nicht ausreichend bei Bedarf an:	
Unterstützung/Beratung bei Behördenwegen, bei Verhandlungen (z. B. mit Bank)	0,0
Begleiten bei Wegen, Hinbringen, Abholen	0,4
Einkaufen, Besorgungen erledigen	0,7
Finanzielle Unterstützung ohne speziellen Notfall	0,7
Finanzielle/materielle Hilfe in Notfällen (Geld oder langfristige Leihgaben)	0,9
Kochen	1,4
Vorübergehende Pflege, um mich kümmern, wenn ich ein paar Tage krank bin	1,5
Dauerhafte Pflege, wenn ich lange krank oder pflegebedürftig bin	1,5
Hausarbeit (ohne Einkaufen, Kochen), z. B. Putzen, Wäsche waschen, Fenster putzen	1,6
Beaufsichtigung von Kindern	1,6
Arbeiten in Haus/Wohnung, Reparaturen, bei schweren Arbeiten, z. B. Tragen	2,0
Für ausführliches Gespräch zur Verfügung stehen, für Aussprache bei Kummer und Problemen	2,3
Hilfe bei der Betreuung anderer Kranker, Behinderter, sonstwie Pflegebedürftiger	5,3
	Basis: alle mit jeweiligem Hilfebedarf

(18+jährige, Österreich 1998, n=1.000)

nen die Jüngeren sehr viel stärker Hilfe beanspruchen als die Älteren. Von den bis 60-Jährigen am stärksten gefragt war eine Aussprache bei Kummer und Problemen. Bei den über 60-Jährigen nahmen hingegen schwere Arbeiten im Haus den Spitzenrang ein. Aber auch hier hatten sie weniger Hilfsbedarf als die bis zu 45-Jährigen. Nicht verwunderlich ist, dass die „dauerhafte

Pflege“ von den über 60-Jährigen im Vergleich der Altersgruppen am meisten nachgefragt wurde. Im Vergleich mit dem Ausmaß an anderen Hilfsbedürfnissen rangiert die Pflege aber eher am unteren Ende.

Die Pflege älterer Menschen
Der bei weitem überwiegende Teil der pflegebedürftigen älteren Menschen wird zu

Hilfebedürftigkeit, nach Alter (Prozent)

Situation der Hilfe-/Unterstützungsbedürftigkeit	Von der Altersgruppe hatten ... % Bedarf			
	bis 30	31-45	46-60	über 60
Finanzielle Unterstützung ohne speziellen Notfall	36	12	4	4
Ausführliches Gespräch, Aussprache bei Kummer und persönlichen Problemen	66	51	44	40
Finanzieller/materieller Notfall	25	14	4	2
Beaufsichtigung der Kinder	20	14	7	2
Unterstützung/Beratung bei Behördenwegen, bei Verhandlungen	28	12	16	19
Kochen	24	24	18	16
Vorübergehende Pflege, um mich kümmern, wenn ich ein paar Tage krank bin	47	34	35	41
Arbeiten im Haus/Wohnung, Reparaturen, bei schweren Arbeiten, z. B. Möbeltragen	48	46	36	43
Hausarbeit (ohne Einkaufen, Kochen), z. B. Putzen, Wäsche waschen, Fenster putzen	24	28	23	23
Hilfe bei der Betreuung anderer Kranker, Behinderter, sonstwie Pflegebedürftiger	3	6	7	6
Einkaufen, Besorgungen erledigen	27	26	26	31
Begleitung bei Wegen, Hinbringen, Abholen	29	15	21	34
Dauerhafte Pflege, wenn ich lange krank oder pflegebedürftig bin	6	5	5	12

(18+jährige, Österreich 1998, n=1.000)

Hause von der Familie betreut. Nur rund 4 Prozent der über 60-Jährigen leben in Heimen. Schätzungen in Deutschland gehen von ca. 80 Prozent häuslicher Pflege aus.

Die Studie bestätigt diese Zahlen: Nur 1 Prozent der erwachsenen Kinder, die nicht mit ihrer Mutter gemeinsam in einem Haushalt lebten, gibt an, dass die Mutter in einem Heim wohnt; von den 46- bis 60-Jährigen sind es zwei Prozent – und für die Väter gelten die gleichen Anteile. Andererseits sagen 7 Prozent, ihre Mutter brauche ständige Betreuung und Pflege, bei weiteren 4 Prozent ist das beim Vater der Fall. Vor allem die 46- bis 60-Jährigen haben ziemlich häufig – zu einem Viertel die Mutter, zu einem Fünftel den Vater – pflegebedürftige Elternteile.

Auch Anhaltspunkte für den Zeitaufwand liefert die Studie:

Beinahe die Hälfte schätzt den wöchentlichen Zeitaufwand für die Pflege der Mutter auf mindestens 40 Stunden, nur 15 Prozent gehen von 10 Stunden aus. Allerdings pflegt nur ein Viertel der Betroffenen selbst die Mutter, weitere 15 Prozent helfen jemandem dabei. Wer pflegt, ist außerordentlich intensiv und in der Regel auch langfristig damit gebunden. 20 Prozent halfen bereits seit einem Jahr, zwei Drittel schon länger als drei Jahre.

Die stärksten Belastungen in der Pflege treten offenbar im psychischen Bereich auf. Am häufigsten wird – von mehr als der Hälfte – die nervliche Anspannung beklagt.

Jeweils 44 Prozent heben das starke Mitleiden mit dem/der Gepflegten hervor, und ebensoviele leiden unter der massiven Einschränkung der Freizeit. An vierter Stelle rangieren Konflikte mit dem/der Betreuten, die sich aus der Pflegesituation ergeben. Auch noch recht häufig wird die Belastung des Familienlebens angeführt.

Die Bereitschaft, die Eltern zu pflegen, wenn sie durch einen Unfall oder im höheren Alter pflegebedürftig werden, sinkt mit dem zunehmenden Alter der Befragten und damit der Eltern – also wenn die allfällige Pflegeübernahme näher rückt. Und Mütter können eher auf die Hilfe der Kinder setzen als Väter.

Die Pflege der Mutter auf sich nehmen würden „auf jeden Fall“ 44 Prozent, 11 Prozent keinesfalls, und 40 Prozent meinen, es wäre „sehr schwierig“. Beim Vater sind sich nur 37 Prozent sicher, 19 Prozent würden ihn keinesfalls pflegen, und ebenfalls 40 Prozent empfinden die Übernahme seiner Pflege als „sehr schwierig“.

Die Unterschiede nach Altersgruppen: Kategorisch abgelehnt wird die Übernahme der Pflege der Mutter von 7 Prozent der bis 30-Jährigen, aber von 21 Prozent der 46- bis 60-Jährigen. Beim Vater lehnen bereits 17 Prozent der Jüngsten und 30 Prozent der 46- bis 60-Jährigen ab.

Der Hauptgrund dafür, dass man seine Eltern nicht pflegen möchte bzw. könnte, ist weit vor allen anderen Motiven die Berufstätigkeit. Dieses Hindernis wird von Frauen

noch öfter angegeben als von Männern. Dies unterstützt die These, dass mit verstärkter Berufstätigkeit der Frauen der Beitrag der Familie zur Betreuung alter Eltern sinken dürfte.

Interessant bei den Gründen für die Nicht-Pflege ist wieder ein Aspekt zum

Vater: Bei ihm wird wesentlich öfter davon ausgegangen, dass „er nicht wollen würde, dass ich ihn pflege“, dass es durch zu engen Kontakt zu Streitereien käme und dass er „mir nicht nahe genug steht“.

Sehr große Unterschiede gibt es zwischen Stadt und Land: Wären Bewohner von

Gründe gegen Pflegeübernahme der Mutter/des Vaters (Prozent)

Würde die Pflege nicht übernehmen, denn ...	Mutter	Vater
ich müsste mich beruflich zu sehr einschränken	63	60
ich müsste meinen Beruf aufgeben	56	49
die Wohnung ist zu weit weg	29	30
mein/e M/V würde nicht wollen, dass ich sie/ihn pflege	28	36
diese Belastung würde ich nervlich nicht aushalten	26	27
wir müssten zusammenziehen, dafür ist die Wohnung zu klein	25	26
damit würde ich mein eigenes Familienleben gefährden	20	18
ein so enger Kontakt gäbe nur Streitereien und Konflikte mit M/V	20	27
ich würde zu sehr mitleiden	20	15
das würde mich körperlich überfordern	18	15
das würde mich finanziell überfordern	17	12
mein/e Partner/in wäre dagegen	12	15
dafür steht mir M/V nicht nahe genug	7	18
ich bin selbst gesundheitlich zu sehr angegriffen	6	5
meine Kinder wären dagegen	3	5
ich pflege bereits jemanden	0	1
Gesamt	(314)	(276)
	Basis: würde Mutter nicht pflegen	Basis: würde Vater nicht pflegen

(18+jährige, Österreich 1998 n=1.000)

Dörfern zu 51 Prozent bereit, die Mutter in Pflege zu nehmen, und in den Klein- und Mittelstädten noch 49 Prozent, so fällt dieser Anteil in den Großstädten auf 30 Prozent ab – ebenso beim Vater.

Auch die Einstellungen, wie mit den Pflegebedürftigen verfahren werden sollte, zeigen diese Unterschiede: Am Land wird mit großem Vorsprung die Übernahme der Pflege der Eltern durch die erwachsenen Kinder bevorzugt (von 61 Prozent), ebenso in den Klein- und Mittelstädten (von 54 Prozent). Die Präferenz der Großstädter gilt hingegen dem Ausbau von Sozialdiensten (42 Prozent gegenüber 28 Prozent in Dörfern und Kleinstädten). Nur 30 Prozent sehen hier die Pflege durch erwachsene Kinder als ideal an.

Den Bau moderner Heime betrachten 28 Prozent der Großstädter als gute Lösung, aber nur 11 Prozent der Landbewohner.

Wer viel gibt, bekommt viel

Wenn erwachsene Kinder ihre Eltern pflegen, tun sie dies weniger auf Grund einer abstrakten familialen Solidaritätspflicht, sondern aus den Gefühlen von Dankbarkeit und auch Verpflichtung. Eltern können offensichtlich umso mehr auf Hilfe durch ihre Kinder zählen, je mehr sie ihnen selbst geholfen haben.

Die Eltern, die viel Zeit für Hilfe für ihre Kinder aufgewandt haben, können mit deutlicher höherer Wahrscheinlichkeit (32 Prozent bei einem Durchschnitt von 12 Prozent) damit rechnen, dass diese Kinder ihrerseits viel Zeit aufwenden werden, um ihnen zu helfen. Die, die wenig Zeit für ihre Kinder aufwandten, müssen damit rechnen, nur wenig Hilfe von den Kindern zurückzubekommen (72 Prozent gegenüber einem Durchschnitt von 56 Prozent).

Wer häufiger viel Zeit für die Hilfe an Kinder aufwendet, erhält auch häufiger zeit-
aufwendigere Hilfe von ihnen (Spaltenprozente)

		Habe für Kind Zeit für Hilfe aufgewendet			Gesamt
		viel	mittel	wenig	
Kind hat für mich Zeit für Hilfe aufgewendet	viel	32	7	8	12
	mittel	30	56	20	32
	wenig	38	36	72	56
	Gesamt (%)	100	100	100	100
	n	(86)	(135)	(245)	(466)

(18+jährige, Österreich 1998, n=466)

Wenig Streit über Einstellungen und Werte

Bei Gesprächen zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern treten die Väter deutlich seltener in Erscheinung als die Mütter – wobei die Männer selbst dies nicht ganz so sehen. Die kommunikativste Beziehung besteht zwischen Mutter und Tochter – wobei Kindererziehung, Sexualität und Emanzipation fast ausschließlich „weibliche“ Gesprächsthemen sind. Inhalte, über die generell zwischen Eltern und Kindern am meisten gesprochen wird, sind Arbeit und Beruf, Umgang mit Geld, Schulden machen u.ä. sowie die Einstellung zu Werten wie Pünktlichkeit, Fleiß, Ordnung, Disziplin oder Sauberkeit – und das erstaunlicherweise nicht im Streit.

Vom Benehmen gegenüber anderen abgesehen sind das nämlich die drei Themenbereiche, wo Eltern und Kinder angeben, mit der jeweils anderen Generation weitgehend übereinzustimmen. Da dies Themen sind, bei denen der Wertewandel besonders deutlich zum Ausdruck käme – Geld, Einstellung zum Arbeiten, Lust und Genuss versus Disziplin und Ordnung – kann davon ausgegangen werden: Der Wertewandel führt innerhalb der Familie wesentlich weniger zu Konflikten als in der öffentlichen Diskussion.

Am seltensten wird zwischen den Generationen in der Familie über „öffentliche“ Themen diskutiert: Politik, Weltanschauung, Religion, Emanzipation, die Ausländer,

Sexualität und die (nationalsozialistische) Vergangenheit. Über die Vergangenheit wird zwischen Eltern und Kindern am allerwenigsten gesprochen – nur 12 Prozent unterhalten sich darüber mit ihrem erwachsenen Kind, 53 Prozent überhaupt nie. Politik, Vergangenheit und Emanzipation sind auch die Themen, wo es am wenigsten Übereinstimmung gibt. Offenbar werden also Themen, die konfliktträchtig und vermeidbar sind, selten aufs Tapet gebracht.

Nicht in dieses Schema passt allerdings die Thematik der Freizeitgestaltung, des Ausgehens usw. Während sie zu den häufigsten Gesprächsthemen zählt, rangiert sie bei der Übereinstimmung ganz hinten. Da sich dies mit zunehmendem Alter der Kinder nicht ändert, kann es nicht auf den „typischen“ Konflikt zwischen Heranwachsenden und Eltern über das Ausgehen zurückgeführt werden.

Gestritten wird innerhalb der Familien nicht allzu häufig. Nur 2 Prozent der Eltern streiten „ziemlich oft“ mit ihren Kindern und weitere 9 Prozent „gar nicht so selten“. Aus Sicht der Kinder (über 18 Jahre) sind die Konfliktraten allerdings etwas höher. Und obwohl sich die Mutter bei der Gesprächshäufigkeit und der Übereinstimmung als der den Kindern näher stehende Elternteil erwiesen hat, wird nicht weniger oft über Streitigkeiten mit ihr als mit dem Vater berichtet. Fast 46 Prozent geben an, nie mit dem Vater zu streiten – aber nur 27 Prozent, nie mit der Mutter aneinander zu geraten.

Gesprächshäufigkeit: Gespräche über das Thema werden mehrmals im Monat oder öfter geführt (Prozent)

Thema	Befragte: beide Geschlechter				
	Kind	Sohn	Tochter	Mutter	Vater
Gesprächshäufigkeit mit					
Umgang mit Geld	51	55	49	46	33
Arbeitswerte	52	51	51	40	35
Fleiß, Disziplin	48	48	48	41	25
Freizeitgestaltung	39	39	39	32	22
Benehmen	36	36	37	35	21
Äußere Erscheinung	37	35	38	38	17
Kindererziehung	37	34	39	30	15
Familie	30	29	31	30	18
Umgang mit Ausländern	29	30	29	24	23
Politische Themen	24	29	19	20	28
Weltanschauung	25	24	26	23	16
Emanzipation	25	23	27	33	10
Sexualität	19	18	21	15	5
Vergangenheit	12	16	10	8	11
n	(485)	(228)	(258)	(605)	(457)

(18+jährige, Österreich 1998, n=1.000)

**Emotionale Beziehung:
Überwiegend sehr gut**

Das Verhältnis von Kindern und Eltern zueinander wird wechselseitig überwiegend als gut bis sehr gut empfunden – nur das der erwachsenen Kinder zum Vater ist etwas weniger positiv. Insgesamt beurteilen die Eltern die Beziehungen etwas besser als die Kinder.

Gemessen wurde die Qualität der Beziehungen zueinander mit einer Skala von 0 für „extrem schlechtes, negatives Verhältnis“ bis 10 für „extrem gutes, positives Verhältnis“.

- ▶ Die Eltern beurteilten das Verhältnis zu den Kindern im Durchschnitt mit 9,01, 60 Prozent wählten überhaupt das Maximum von 10, weitere 15 Prozent 9.
- ▶ Die älteren, über 60-jährigen Eltern vergaben im Durchschnitt sogar 9,35 und zu 71 Prozent die 10.
- ▶ Die Töchter beurteilten die Beziehung zur Mutter im Durchschnitt mit 8,42, 50 Prozent mit 10, weitere 14 Prozent mit 9.
- ▶ Die generell etwas zurückhaltenderen Söhne kamen bei der Mutter im Durchschnitt auf 8,14.

Befragte: männlich					Befragte: weiblich				
Kind	Sohn	Tochter	Mutter	Vater	Kind	Sohn	Tochter	Mutter	Vater
51	50	52	43	32	52	59	46	49	33
47	46	47	38	36	54	55	54	43	32
42	38	44	39	27	52	54	50	42	23
37	35	39	27	22	40	41	40	39	22
31	33	30	28	21	40	37	42	42	21
28	29	27	30	15	42	39	45	45	19
31	26	35	19	12	42	40	43	42	18
27	26	29	23	19	32	31	33	37	18
31	29	33	20	24	29	30	27	27	22
30	39	22	21	32	20	23	17	19	23
20	16	25	20	17	29	30	27	27	15
22	19	25	15	7	27	26	28	31	13
16	15	17	10	4	22	20	24	21	8
16	18	14	7	14	11	16	7	9	8
(195)	(93)	(102)	(296)	(230)	(290)	(135)	(155)	(309)	(227)

► Die Beziehung zum Vater bewerteten die Töchter im Durchschnitt mit 7,26 und die Söhne mit 7,22, also auch noch als im großen und ganzen relativ gut.

► Aber immerhin knapp ein Viertel der erwachsenen Kinder stufte die Beziehung zum Vater mit nur 5 oder weniger Punkten ein – Werte, die klar als schlecht angesehen werden können.

Auch in der Bewertung der Beziehungen zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle im Sinn einer größeren familiären Nähe im dörflichen Bereich. Zum einen wird die Beziehung von Eltern wie von Kindern auf dem Land im

Durchschnitt höher eingestuft als in der Großstadt, und zum anderen wird das Verhältnis zum Vater am Land (mit 7,55) günstiger bewertet als in der Großstadt (6,52).

Keinen Nachweis brachte die Generationenstudie dafür, dass, wie im Alltagsverständnis oft unterstellt, die Beziehungen zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern problembeladen ist. 60 Prozent der Eltern beurteilten das Verhältnis zu Schwiegertochter oder -sohn als „sehr gut“, weitere 27 Prozent als „durchaus gut“. Nur 4 Prozent empfanden sie als „eher“ oder „ganz schlecht“.

Als ausgesprochen erfreulich zeigte sich das Verhältnis der Großeltern zu den Enkelkindern. Drei Viertel gaben an, dass ihnen die Enkelkinder sehr nahe stünden, „eher nahe“ sagten weitere 12 Prozent. Ausgesprochen distanziert war das Verhältnis nur für 5 Prozent der Großeltern.

Generationenvertrag innerhalb der Familien nicht gefährdet

Von einem Aufkündigen des Generationenvertrages kann innerhalb der Familien nicht die Rede sein. Die mitunter geäußerte Einschätzung, er wäre gefährdet, weil die heutige „narzisstische“ Jugend und „habgierige Ältere“ jeweils nur an der Wahrung und Mehrung des eigenen Besitzstandes zu Lasten der anderen Generation interessiert seien, wurde durch die Generationenstudie absolut nicht bestätigt.

Die Antworten im Rahmen der Studie zeichnen ein gegenteiliges Bild: Hilfen werden (siehe oben) solidarisch und ausreichend gegeben, keine Generation beklagt, von der anderen im Notfall im Stich gelassen zu werden. Die Eltern fangen finanzielle Notlagen und Engpässe der Kinder auf. Umgekehrt gönnen die Kinder den Eltern ihr Geld und ihren Besitz. Auf die Frage danach, wofür vor allem ältere Eltern ihr Geld verwenden sollten, meinten vier von fünf der über 18-Jährigen: Sie sollten „möglichst viel von dem, was sie besitzen bzw. an Geld verdienen, dafür verwenden, sich selbst ein angenehmes Leben zu machen“. Nur 14 Pro-

zent meinten, die Eltern sollten „möglichst viel davon ihren Kindern geben, damit diese es besser und einfacher im Leben haben“.

Generationenverhältnis: (Noch?) recht gut

Die öffentlichen Darstellungen des Generationenverhältnisses in der Gesellschaft sind nicht die positivsten: Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Pensionen wird oft von der möglichen Aufkündigung des Generationenvertrages gesprochen. Auf der Ebene der Werthaltungen und Lebensstile wird fast schon allgemein davon ausgegangen, dass Jung und Alt wenig Verständnis füreinander hätten.

Zum Teil sind diese Auffassungen durchaus zutreffend. In einer Reihe von Untersuchungen kommt zum Ausdruck, dass Ältere und Jüngere zum Teil sehr unterschiedliche Lebensstile und Werthaltungen aufweisen, aus denen heraus die Haltungen der jeweils anderen Generation nicht verstanden oder sogar abgelehnt werden. Eine vor kurzem in Deutschland durchgeführte Studie kam zu dem Ergebnis, dass 60 Prozent der über 15-Jährigen meinen, Jugendliche und Ältere würden in zwei total verschiedenen Welten leben. Als das Zukunftsproblem sah diese Studie nicht so sehr den „Krieg der Generationen“ als vielmehr zunehmende Sprach- und Verständnislosigkeit zwischen Jung und Alt.

Die Generationenstudie '98 versuchte ebenfalls zu erheben, wie es in der österreichischen Gesellschaft um das Verhältnis zwischen „den Jungen“ und „den Alten“ steht.

Es bestätigte sich, dass Jung und Alt in verschiedenen Welten leben, dass durchaus Konfliktpotenzial besteht und auch wahrgenommen wird. Aber: Eine unüberbrückbare Kluft zwischen Jung und Alt wird von der grossen Mehrheit nicht empfunden. Nur für ein Viertel der ÖsterreicherInnen überwiegt das Trennende. Fast ebenso viele sind sogar der gegenteiligen Ansicht, dass das Verbindende zwischen den Generationen stärker sei. Und die Hälfte sieht eine ausgeglichene Bilanz, meint also, dass Trennendes und Verbindendes einander die Waage halten.

Das Bild von den Alten:

Sparsam, konservativ, genügsam

„Sparsam“, „gewissenhaft“, „am Bewährten orientiert“, „genügsam“ und „bescheiden“ sind die Eigenschaften, die sowohl Junge wie Alte mit dem Bild vom älteren Menschen verbinden. Erwähnenswerte Unterschiede in der Wahrnehmung der SeniorInnen gibt es nur in zwei Punkten:

- ▶ Die älteren Menschen selbst halten sich eher für „einfach“, während die Jüngeren die ältere Generation eher als „kompliziert“ erleben.
- ▶ Die über 60-Jährigen sind eher als die bis 40-Jährigen der Meinung, die alten Menschen seien leicht zufriedenzustellen.

Dieses Bild vom alten Menschen ist – wie ein Vergleich mit einer Studie aus 1989 zeigt

- ▶ über zehn Jahre hinweg ziemlich das gleiche geblieben. Es gibt aber auch einige Tendenzen einer Veränderung, die eine selbstbewusster werdende Altengeneration ankündigen:

- ▶ Obwohl die Alten immer noch als eher sanft denn kämpferisch gelten, wird ihnen heute schon etwas mehr Kampfgeist attestiert.
- ▶ Wurde die ältere Generation vor 10 Jahren als eher nachgiebig empfunden, so wird sie heute als eher durchsetzungsorientiert eingeschätzt (vor allem von den Jüngeren).
- ▶ Die stärkste Abweichung gibt es bei der Positionierung zwischen „schwach“ und „stark“: Hier wird den Älteren heute deutlich mehr Stärke zugeschrieben als vor 10 Jahren.
- ▶ Auch schätzen beide Altersgruppen den alten Menschen heute als noch gewissenhafter (versus „locker“) ein als vor 10 Jahren.

Jugendliche fühlen sich von Alten nicht respektiert

In den Beziehungen zwischen Jungen und Alten wurden in der Generationenstudie '98 keine Feindseligkeiten festgestellt. Aber als ausgesprochen positiv wird die Beziehung offenbar auch nicht empfunden. Die Beziehung der Generationen zueinander wird sowohl in Sachen gefühlsmäßige „Anteilnahme“ und „Liebe“ als auch in

Sachen „Verstehen“, „Interesse“ und „Aufmerksamkeit“ nur von Minderheiten als positiv beurteilt.

Befragt danach, welche Beziehungsbe-
reiche am stärksten als befriedigend bzw.
unbefriedigend empfunden werden, beschei-
nigten Junge wie Alte einander am ehesten
Hilfsbereitschaft: 57 Prozent der bis 30-Jäh-
rigen gaben an, von der älteren Generation
würde Hilfsbereitschaft in ausreichendem
Maß angeboten – und 47 Prozent der über
60-Jährigen gestanden dies den Jungen zu.
Wechselseitig vermisst werden aber die dau-
erhafteren und verbindlicheren Haltungen
der Solidarität und Opferbereitschaft. Letz-
tere sahen nur 13 Prozent der über 60-Jäh-
rigen bei den Jungen gegeben.

Die Jungen wiederum fühlen sich von der
älteren Generation in besonders hohem
Maße nicht respektiert. Nur 15 Prozent
empfanden diesbezüglich die Haltung der
Älteren als zufriedenstellend.

Familie wird als Konfliktfeld gesehen

Von den drei Bereichen „Familie“,
„Arbeitswelt“ und „Öffentlichkeit“ wird die
Familie weitaus am stärksten als Feld des
Konfliktes zwischen den Generationen gese-
hen. 59 Prozent der über 18-Jährigen mein-
ten, in den Familien gebe es zumindest „eher
häufig“ Konflikte zwischen den Generatio-
nen. Bei der Arbeitswelt waren 40 Prozent
dieser Meinung, beim Bereich „Öffentlich-
keit“ 26 Prozent. Sehr ähnliche Werte hatte
es schon 1989 gegeben – woraus übrigens

auch geschlossen werden kann, dass die
Spannungen zwischen den Generationen of-
fenbar nicht zugenommen haben.

Wie aber verträgt es sich, dass einerseits
im Bereich der Familie weitaus am häufig-
sten Spannungen wahrgenommen werden –
und andererseits (siehe oben) das Fami-
lienleben selbst durchaus von ausgeprägter
Solidarität und enger Beziehung zwischen
Eltern und Kindern gekennzeichnet ist?

Zunächst ist hier zu bedenken, dass die
Frage nicht auf die eigene Familie bezogen
war. Tut man das, gehen die angegebenen
Konflikthäufigkeiten stark zurück. Offen-
sichtlich gibt es dabei auch eine „Wahr-
nehmungsschere“: Das eigene Verhältnis zur
jeweils anderen Generation im konkreten
Leben wird wesentlich besser beurteilt als das
allgemeine Verhältnis zwischen Jung und Alt.

Zum anderen befindet sich die moderne
Familie in einer Situation, in der beides zu-
gleich möglich, wahrscheinlich sogar unver-
meidlich ist – ein hohes Konfliktpotenzial
und emotionale Nähe sowie gegenseitige
Stützung und Hilfe bestehen nebeneinander.
„Ambivalenz“, also Zwiespältigkeit, kenn-
zeichnet die Situation der Familien. Die
Erwartungen an die Familie haben sich auch
geändert: Sie wird heute weniger als für sich
stehendes Ganzes gesehen, das als Einheit zu
funktionieren hat. Sie wird eher als Ver-
netzung von Teilbeziehungen zwischen den
einzelnen Mitgliedern aufgefasst.

Im Alltagsverständnis wird der „Gene-
rationenkonflikt“ weniger als grundsätzli-

che Auseinandersetzung zwischen Jung und Alt gesehen denn als Konflikt zwischen Jugendlichen und Eltern, wie es im Ablösungsprozess durchaus üblich und verständlich ist. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass die über 60-Jährigen einerseits die Spannungen im Feld Familie deutlich weniger wahrnehmen – und andererseits die SeniorInnen (auch von den jungen Menschen) kaum als Hauptbeteiligte im familialen Generationenkonflikt betrachtet werden.

Kein Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt

40 Prozent der Erwachsenen sind der Ansicht, im Beruf bzw. in der Arbeitswelt käme es häufig zu Konflikten zwischen den Älteren und den Jüngeren.

Einen Hinweis auf die Hintergründe solcher Spannungen zeigt die Aufschlüsselung nach der Bildung: Je höher die Schulbildung, umso eher tendierten die Befragten dazu, solche Konflikte zu sehen. Nur 2 Prozent der PflichtschulabsolventInnen, aber 20 Prozent der MaturantInnen hatten das Gefühl, „dass sie in ihrem Beruf bzw. auf ihrem Karriereweg von älteren KollegInnen gebremst oder behindert würden, und zwar speziell auf Grund des Alters“. Offensichtlich werden Generationenkonflikte umso wahrscheinlicher, je stärker die Karriereorientierung und auch die Karrierechancen sind.

Nicht bestätigt werden konnte in der Generationenstudie 98 die weit verbreitete

Überzeugung, dass in der Arbeitswelt ein starker Verdrängungswettbewerb im Sinn eines Hinausdrängens der Älteren durch die Jüngeren herrscht. Auf die Frage, ob es auf ihrem Posten Konkurrenzdruck durch jüngere KollegInnen gebe, antworten 87 Prozent aller Berufstätigen mit „nein“ oder „eher nein“. Auch über negative Anspielungen oder Druck wegen des Alters durch Vorgesetzte oder die Betriebsleitung klagten nur 5 Prozent.

Generationenkonflikt – ein Problem der Großstadt

Dass der Generationenkonflikt eher ein Problem der Großstadt ist, zeigt sich sehr deutlich in der genaueren Betrachtung des Konfliktfeldes „anonyme Öffentlichkeit“. „Die Öffentlichkeit“ (gemeint waren Begegnungen auf der Straße, beim Einkaufen ...) wurde im Durchschnitt nur von 26 Prozent als Feld häufigerer Konflikte gesehen. Ganz anders in Wien: Hier empfanden 52 Prozent die „allgemeinen“ Begegnungen zwischen Jung und Alt als spannungsgeladen. In ländlichen Gemeinden waren es dagegen nur 18 Prozent, in Kleinstädten 20, in mittleren Städten 31 Prozent.

Die Erklärung ist naheliegend: Je weniger man einander kennt, desto eher werden die typisierenden Klischeevorstellungen und Vorurteile wirksam. Und wenn die Klischees negativ gefärbt sind, führt dies zu Spannungen.

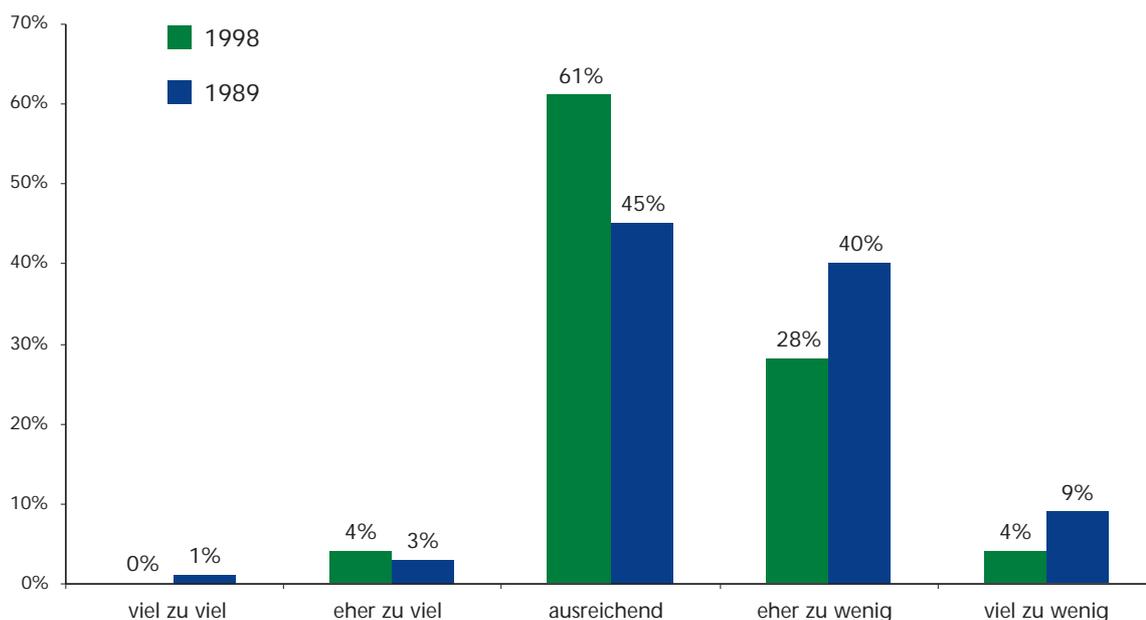
Friedliches Nebeneinander der Generationen

Altenfeindlichkeit ist in Österreich nicht festzustellen. Vielmehr dürften Jung und Alt zwar wenig miteinander sprechen. Sie scheinen in verschiedenen Welten nebeneinander zu leben, aber Feinseligkeit ist nicht festzustellen. Die Atmosphäre ist dabei prinzipiell von Fairness geprägt.

Es ist nämlich nicht so, dass die Generationen einander wechselseitig die Schuld an Konflikten gäben. 80 Prozent sind der Ansicht, dass, „wenn es heute zu Konflikten

und Verständnisschwierigkeiten zwischen den Generationen kommt“, das an beiden Seiten gleichermaßen liege. 1989 wurde diese Haltung von genau demselben Prozentsatz vertreten – es ist also auch hier nicht zu einer Verhärtung der „Fronten“ gekommen. Nur 7 Prozent der bis 30-Jährigen sehen die Schuld an allfälligen Konflikten bei den Älteren, 8 Prozent bei sich selbst. Die Älteren sind etwas – aber nicht wesentlich – kritischer, wenn sie zu 14 Prozent die Schuld bei den Jüngeren und zu 6 Prozent bei sich sehen.

Werden die Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen in Österreich ausreichend berücksichtigt?



Die SeniorInnen werden von der überwiegenden Mehrheit aller Altersgruppen nicht als

- ▶ in der Verteilung des Sozialprodukts – bevorzugte Gruppierung gesehen.

- ▶ Nur 4 Prozent meinen, dass die Bedürfnisse und Interessen der älteren Menschen „eher zu viel“ berücksichtigt würden.
- ▶ 61 Prozent meinen hingegen, Jüngere und Ältere würden hier gleich behandelt.
- ▶ 32 Prozent meinen sogar, dass die Alten in Österreich zu kurz kämen.

Den Medien wird in der Frage des Generationenverhältnisses ein eher ungünstiges Urteil ausgestellt. 57 Prozent sind der Meinung, die Medien hätten einen „eher“ oder „sehr negativen“ Einfluss auf das Generationenverhältnis. Nur 12 Prozent nehmen einen eher positiven Einfluss wahr; rund 20 Prozent sahen keinen nennenswerten Einfluss. Bemerkenswert ist, dass auch die Jüngeren nicht positiver über die Medien urteilen.

Skepsis über die Zukunft des Generationenverhältnisses

Die Zukunft des Generationenverhältnisses wird mehrheitlich skeptisch beurteilt. Nur 12 Prozent erwarten in den nächsten 20 Jahren eine Verbesserung, aber 38 Prozent eine Verschlechterung. 45 Prozent gehen davon aus, dass sich wenig ändern wird. Pessimistisch sind vor allem die 46- bis 60-Jährigen, also die nächste Altengeneration: Von ihnen befürchten 48 Prozent eine Verschlechterung – während die Jungen dies nur zur 32 Prozent tun.

Und es wird davon ausgegangen, dass in der Zukunft eher die Interessen jüngerer Menschen (meinten an die 60 Prozent) berücksichtigt werden als die der SeniorInnen (meinten knapp 30 Prozent). Im Vergleich mit jüngeren Gruppen werden die Interessen der PensionistInnen – wenngleich sie für sich gesehen nicht als privilegiert gesehen werden (siehe oben) – nämlich als „eher berücksichtigt“ empfunden. 66 Prozent waren dieser Meinung, während nur 25 Prozent die Interessen der Jungen und der am Berufsbeginn Stehenden als „eher berücksichtigt“ beurteilen.

Konkurrenz um den Lebensstandard – ein künftiger Konflikt?

Die meisten ExpertInnen gehen davon aus, dass es künftig bei den Pensionen zu Finanzierungsschwierigkeiten kommen wird. Und von manchen wird befürchtet, dass die Frage, welche der Generationen dann wie stark zurückstecken muss, das Verhältnis der Generationen bis zu einem „Generationenkampf“ belasten könnte. Ob und wie weit sich in diesem Bereich schon Spannungen abzeichnen, wurde mit der Generationenstudie '98 erhoben.

So wurde die Einstellung zu einer Hinaufsetzung des Pensionsalters mittels zweier Statements überprüft:

1. „Jede/r soll so lange arbeiten dürfen wie er/sie mag, auch wenn dadurch auf dem Arbeitsplatz einige zusätzliche Probleme für die Jüngeren entstehen“.

2. „Die Hinaufsetzung des Pensionsalters, wie sie jetzt wegen der Finanzierungsprobleme der Pensionen diskutiert wird, wäre ein sozialer Rückschritt.“

Zwei Drittel stellen die Solidarität der Älteren mit den Jüngeren über die Freiheit der Älteren, so lange erwerbstätig zu bleiben, wie sie wollen. Das erste Statement lehnten 69 Prozent ab, nur 30 Prozent stimmten zu – wobei es fast keine Unterschiede zwischen den Jüngeren und den Älteren gibt.

Gegen ein höheres Pensionsalter waren spiegelbildlich – 67 Prozent. Die Bevölkerung ist bisher also wenig überzeugt von der Argumentation, die längere Lebenserwartung sollte zu längerer Erwerbsarbeit führen, damit durch mehr Beitragszahlungen und weniger Pensionszahlungen die Finanzierbarkeit der Pensionen erhalten bleibt.

Eine gewisse Polarisierung scheint es zur Frage zu geben, ob der Lebensstandard der PensionistInnen oder jener der „Aktivbevölkerung“ belastbarer ist. Gut die Hälfte (53 Prozent) würde die PensionistInnen einseitig belasten, wenn es Probleme mit der Finanzierung der Pensionen gibt. 40 Prozent lehnen eine solche einseitige Belastung ab. Umgekehrt wären 36 Prozent bereit, in erster Linie die Erwerbstätigen zu belasten, während 53 Prozent dagegen wären. Auch hier sind sich Ältere und Jüngere fast einig – im Gegensatz zu 1989, wo es eher eine Tendenz gab, die eigene Generation zu begünstigen.

Die Stimmung für die älteren Menschen in der Frage allfälliger künftiger Belastungen hat

sich im vergangenen Jahrzehnt verschlechtert. 1989 waren erst 35 Prozent bereit, den Älteren zugunsten der Jüngeren Verzicht abzuverlangen. Heute (1998) sind es 53 Prozent. Allerdings wird dies, zumindest verbal, von den Älteren selbst mitgetragen.

Tatsächlich ist nur die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, der gegenwärtige Interessenausgleich zwischen den Generationen sei gerecht. 31 Prozent empfinden ihn als ungerecht – und von ihnen sind die meisten (37 Prozent) überzeugt, dass die Jugend im allgemeinen benachteiligt wird. Für die ältere Generation sehen dies nur 15 Prozent.

Der Schluss, der in der Generationenstudie '98 gezogen wird: „In der Sphäre der Medien und der Gesellschaftspolitik ist der Generationenkonflikt näher als in der Familiensphäre. Die Vorstellung, die Ressourcen seien ungerecht verteilt und würden knapper, begünstigt Auseinandersetzungen um Lebensstandard und Lebensqualität. Es bleibt abzuwarten, wie die zunehmend besser gebildeten, konfliktfähigeren Altengenerationen der Zukunft, die überdies ein ständig wachsendes Wählerpotenzial darstellen, darauf reagieren werden, wenn sie von den jüngeren Bevölkerungsgruppen mit Hinweisen auf einen ungerechten ‚Generationenvertrag‘ zu Verzichtleistungen aufgefordert werden.“

-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Gerhard Majce
-

Teil V: Vom Erwerbsleben in den Ruhestand

V.1. „Ältere Arbeitskräfte – nein danke?“

Seit den 80er-Jahren hat sich die Arbeitsmarktlage für ältere Arbeitskräfte kontinuierlich verschlechtert. Hohe Arbeitslosigkeit und ein niedriges Pensionsantrittsalter kennzeichnen die Situation. Die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen stieg in den vergangenen Jahren am stärksten. Da ihre Chancen auf einen Wiedereinstieg sehr gering sind, waren sie auch am meisten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Verschärft ist die Situation noch für Frauen.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 8, Vom Erwerbsleben
- in den Ruhestand
-
-
-

In Zeiten, in denen fast Vollbeschäftigung herrschte – also den 50er- und 60er-Jahren –, wurden ältere Arbeitskräfte im Erwerbsprozess gehalten. Mit Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 70er-Jahren, als auch das Angebot an jüngeren Arbeitskräften wuchs, kam es zur Wende. Seither ist das Arbeitsmarktrisiko für ältere Arbeitskräfte höher als für jüngere.

Eine in der Steiermark Mitte der 90er-Jahre durchgeführte Studie belegte: Die Hälfte der befragten Unternehmen interessierte sich nur für BewerberInnen unter 45, mit über 50-Jährigen wollte nur noch ein Fünftel der Betriebe zumindest ein Gespräch führen.

Ältere Arbeitskräfte sind seit rund 15 Jahren zur Zielgruppe besonderer Maßnahmen geworden. Zur Entlastung der Arbeitsmärkte wurde in den 80er-Jahren der Übergang in den Ruhestand mit verschiedenen Maßnahmen erleichtert. Sie wurden mittlerweile angesichts der hohen Frühpensionszahlen wieder zurückgenommen. Der Druck auf ältere ArbeitnehmerInnen, den Arbeitsmarkt zu verlassen, wurde stärker – und dies traf auch auf eine recht hohe Bereitschaft, in Frühpension zu gehen.

Ein wichtiges Schlagwort der Diskussion ist hier die „Altersdiskriminierung“: Sie liegt vor, wenn Menschen allein auf Grund ihres Alters bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden, wegen derer sie dann ungleich behandelt und von Chancen und Möglichkeiten ausgeschlossen werden. Wenn also

z.B. argumentiert wird, dass ältere Arbeitnehmer unflexibler, langsamer oder öfter krank seien und sie deshalb gekündigt werden.

Heute wird versucht, durch verschiedene Maßnahmen die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitskräfte – z.B. mit dem „Pakt für ältere Arbeitnehmer“ – zu verbessern und das tatsächliche (nicht das gesetzliche) Pensionsantrittsalter anzuheben. Allerdings sind die Maßnahmen teilweise recht jung, sodass ihre Wirkung schwer beurteilt werden kann. Starke Wirkungen sind, zumindest anhand der Arbeitsmarktstatistiken, noch nicht zu beobachten.

-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- **Anton Amann**
-
-

V.2. Niedrige Erwerbsquoten

Der Anteil der älteren Menschen an der Erwerbsbevölkerung ist im Steigen. Gleichzeitig sinkt ihre Erwerbsquote. Österreich zeigt – zusammen mit Italien – die geringste Erwerbsbeteiligung der über 55-Jährigen. Außerdem ist in Österreich das Pensionsantrittsalter im Europavergleich auffällig niedrig. 1997 lag es bei den Frauen im Durchschnitt bei 56,7 und bei den Männern bei 58,3 Jahren – also deutlich unter dem gesetzlichen Alterspensionsalter von 60 bzw. 65 Jahren.

-
-
- Referenzen:
- **Kap. 8, Vom Erwerbsleben**
- **in den Ruhestand**
-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- **Anton Amann**
-
-

Erwerbsquote knickt mit Frühpensionsalter ein

Die Erwerbsquote (d.i. das Verhältnis von Erwerbspersonen inkl. vorgemerkten Arbeitslosen zur Wohnbevölkerung) ist insgesamt seit dem Rezessionsjahr 1993 rückläufig. 1996 betrug sie 69,2 Prozent. Den stärksten Rückgang verzeichnen die 15- bis 20-Jährigen (wegen der steigenden SchülerInnenquote) und die über 55-Jährigen.

Die Ursache dafür ist die in Österreich vehement betriebene Politik der Ausgliederung älterer Arbeitskräfte durch vorgezogene Pension. Vor allem die Invaliditätspension war hier früher Mittel zum Zweck, die angespannte Arbeitslage zu verbessern. Diese Strategie stieß nicht immer auf Ablehnung unter den ArbeitnehmerInnen; viele waren auch gerne bereit, vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze (60 Jahre für Frauen, 65 für Männer) in Pension zu gehen. Die Altersgrenze für die Frühpension liegt bei 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren für Männer.

So zeigt denn auch die Erwerbsquote ab dem Frühpensionsalter einen Knick:

- ▶ Bei den Frauen fiel sie 1995 von 55,4 Prozent bei den 50- bis 55-Jährigen auf 23,0 Prozent bei den 55- bis 60-Jährigen und schließlich auf 5,1 Prozent bei den 60- bis 65-Jährigen.

- ▶ Bei den Männern fiel sie von 80,6 Prozent bei den 50- bis 55-Jährigen auf 64,4 Prozent bei den 55- bis 60-Jährigen und schließlich auf 12,8 Prozent bei den 60- bis 65-Jährigen.

Die Erwerbsbevölkerung altert

Beachtet werden muss dabei auch, dass der Altenanteil unter den Beschäftigten kontinuierlich steigt. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten ab 50 ist zwischen 1990 und 1998 von 370.000 auf 430.000 gestiegen; das bedeutet von 13 auf 14 Prozent der Beschäftigten. Beträchtlich ist die Zahl jener über 60-Jährigen, die geringfügig beschäftigt oder freie DienstnehmerInnen sind. Nur etwas mehr als die Hälfte hatte 1998 ein „normales“ Arbeitsverhältnis, 44 Prozent waren geringfügig beschäftigt und 1,5 Prozent freie DienstnehmerInnen.

Eine eigene Gruppe sind jene, die zwar eine Pension beziehen, aber daneben noch einer Erwerbsarbeit nachgehen. Dies waren im Juli 1996 rund 53.000 PensionistInnen – und zusätzlich 21.000 ältere Menschen übten eine geringfügige Beschäftigung aus. Fast die Hälfte der versicherungspflichtig Erwerbstätigen waren BezieherInnen von Witwen/Witwerpension.

Gleichzeitig Pension zu beziehen und ein eigenes Erwerbseinkommen zu haben, wird häufig verurteilt oder geneidet. Aber: Bei InvaliditätspensionistInnen haben solche Mehrfacheinkommen einen sozialpolitischen Sinn. Zusätzliche Einkommen bessern hier eine vielfach sehr niedrige Pension auf – und außerdem ist die Integration von Behinderten und Invaliden psychosozial sehr wichtig. Die Zahlen zu diesem Feld öffentlicher Diskussion: 1995 waren von den 122.000 InvaliditätspensionistInnen (bis 59 Jahre) 4.200 erwerbstätig.

Arbeitslosigkeit drängt in die Pensionierung

Arbeitslosigkeit drängt ältere Menschen in die Pension. Und die über 50-jährigen ÖsterreicherInnen sind besonders stark von Arbeitsmarktrisiken betroffen. Sie hatten Mitte der 90er-Jahre den höchsten Anstieg der Langzeitarbeitslosenquote und den stärksten Zuwachs bei Arbeitslosigkeitsfällen.

1996 waren über 50-Jährige zwar durchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen, aber ihre Arbeitslosigkeit dauerte wesentlich länger. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg ab 50 sprunghaft an. Ihr Anteil an den Arbeitslosen ist bei den über 50-Jährigen doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

V.3. Extrem früher Pensionszugang

Österreich hat ein extrem niedriges „faktisches“ Pensionsalter – also jenes Alter, in dem die Menschen tatsächlich in Pension gehen. Dies, obwohl die Grenzen für die Alterspension nicht so niedrig sind. Aber es gibt Möglichkeiten, früher in Pension zu gehen – und die werden (häufig auch unfreiwillig) recht oft genutzt.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 8, Vom Erwerbsleben
- in den Ruhestand
-
-
-

Alterspension, vorzeitiger Ruhestand und Invaliditätspension

Das gesetzlich vorgeschriebene Alter für die „normale“ Alterspension ist 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer (wobei das der Frauen zwischen 2019 und 2033 an das der Männer angeglichen wird).

Daneben können Frauen ab 55 und Männer ab 60 Jahren in die sogenannte „vorzeitige Alterspension“ (Frühpension) gehen – wenn sie entweder eine lange Versicherungsdauer vorweisen oder arbeitslos sind. Die Voraussetzungen dafür wurden mit dem Sparpaket 1996 verschärft.

Schließlich bekommen Menschen, die ihren Beruf aus Krankheitsgründen nicht mehr ausüben können, eine „Invaliditätspension“. Seit 1993 heißt sie korrekt „vorzeitige Alterspension“ wegen „geminderter Arbeitsfähigkeit“ (blieb aber im wesentlichen gleich).

Pensionszugangsalter ist gesunken

Von 1990 bis 1997 ist das durchschnittliche Pensionszugangsalter – mit Schwankungen nach oben und unten – von 58,0 Jahren 1990 auf 57,5 Jahre 1997 gesunken. Das der Männer lag allerdings 1997 mit 58,3 Jah-

ren beim selben Wert wie 1990 – während das der Frauen von 57,5 auf 56,7 fiel.

Ein Grund für die unterschiedliche Entwicklung ist die im vergangenen Jahrzehnt verbesserte Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pension der Frauen – sodass viele Frauen früher in Pension gehen konnten. Überdies haben die jeweiligen Anteile an Invaliditätspensionen einen großen Einfluss auf das Zugangsalter.

Schließlich stellten im Dezember 1997 die 224.000 Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit mit 61 Prozent den größten Anteil der Frühpensionen (insgesamt 368.800) dar. Die vorzeitigen Alterspensionen auf Grund langer Versicherungsdauer (124.500) machten rund ein Drittel aus, 20.800 entfielen auf Frühpensionen wegen Arbeitslosigkeit und 1.100 auf Gleitpensionen. Invaliditätspensionen wurden zu fast drei Viertel von Männern bezogen, während Frühpension wegen Arbeitslosigkeit fast eine reine Frauenpension ist. Bei den Männern ging die Zahl vorzeitiger Pensionen wegen langer Versicherungsdauer bis 1998 kontinuierlich zurück, bei den Frauen stieg sie aber beträchtlich.

Wie kann man das
Pensionsantrittsalter erhöhen?

Das frühe Pensionsantrittsalter wurde in den vergangenen Jahren zunehmend als Problem erkannt – nicht zuletzt, weil die Kosten für die Pensionen dadurch erheblich steigen und Befürchtungen laut werden, das

Pensionssystem könnte in Zukunft unfinanzierbar werden.

Dass das faktische Pensionsantrittsalter angehoben werden sollte, ist relativ unumstritten – im Gegensatz zur Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze. Allerdings ist eine Erhöhung des Pensionszugangsalters nicht sinnvoll, wenn nicht gleichzeitig die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen vehement unterstützt wird.

Überlegungen verschiedenster Vertretungen und Einzelpersonen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Menschen zu erhöhen und Altersdiskriminierung vorzubeugen, sind u.a.:

- ▶ spezielle Fortbildungs- und Umschulungsprogramme
- ▶ Anreize zur Einstellung älterer Arbeitsloser
- ▶ gemeinnützige Arbeitsbeschaffungsprogramme
- ▶ Arbeitszeitflexibilisierung
- ▶ Forcieren von Gleitpension
- ▶ Überwälzung der Kosten der Frühpensionierung auf den Arbeitgeber
- ▶ Veränderung der Lebens-Einkommenskurve (damit hohes Gehalt kein Grund für Frühpensionierungen mehr ist)

Über Weiterbildung
muss informiert werden

Hoher Stellenwert in der öffentlichen Diskussion wird gegenwärtig der Weiterbildung und Höherqualifizierung eingeräumt. Dabei muss allerdings beachtet wer-

den: Damit Weiterbildung erfolgreich ist,

- ▶ muss sie systematisch auf ihren Erfolg kontrolliert werden;
- ▶ muss der Weiterbildungsbedarf präzise analysiert werden;
- ▶ muss sie bedarfsgerecht organisiert und adressatengerecht umgesetzt werden;
- ▶ und muss entsprechend darüber informiert werden.

Eine Studie zeigte nämlich:

59 Prozent der Frauen und 29 Prozent der Männer hatten sich in den vergangenen fünf Jahren nicht weitergebildet. ArbeitnehmerInnen, die nicht auf Weiterbildungsmöglichkeiten hingewiesen wurden, nahmen zu 76 Prozent auch nicht daran teil – während 85 Prozent derer, die regelmäßig informiert wurden, sich auch weiterbildeten.

-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Anton Amann
-
-

V.4. Ältere Arbeitskräfte unter Anpassungsdruck

In den Betrieben stehen ältere Arbeitskräfte vielfach unter Anpassungsdruck – einerseits wegen der Altersdiskriminierung, andererseits auch wegen gesundheitlicher Veränderungen, geminderter Leistungsfähigkeit oder Verschlechterung der Position. In vielen Fällen kommt es nicht darauf an, ob die Gesundheit tatsächlich beeinträchtigt oder die Leistungsfähigkeit tatsächlich geringer geworden ist – es führt schon die Vermutung, dass das so sei, zu Benachteiligungen.

-
- Referenzen:
- Kap. 8, Vom Erwerbsleben
- in den Ruhestand
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Anton Amann
-
-

Dabei ist erwiesen: Ältere Erwerbstätige sind nicht häufiger im Krankenstand als jüngere und sie weisen nicht generell niedrigere Leistungen auf.

Benachteiligt werden ältere Erwerbstätige vor allem beim innerbetrieblichen Aufstieg, beim Zugang zu Weiterbildung und bei der Verbleibdauer im Betrieb. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Diskriminierungen maßgeblich am Selbstbild der Betroffenen kratzen können. Sie zweifeln dann an ihren Fähigkeiten – und die Chance, sich aus der negativen Situation zu befreien, wird geringer.

Pensionierung – eine Zäsur im Lebenslauf

Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand bedeutet für den Betroffenen eine Zäsur im Lebensverlauf. Er wechselt in die „dritte Lebensphase“ – der gesellschaftlich „Alter“ zugeschrieben ist. Für manche bedeutet Pensionierung aber auch Freiheitsgewinn.

Die Frage der psychosozialen Auswirkungen des Übertritts in den Ruhestand ist noch relativ wenig erforscht. Und in der Praxis gibt es kaum Ansätze zu einer „Begleitung“ beim Übergang – obwohl solche begleitenden und vorbereitenden Kurse z.B. in Deutschland durchaus Erfolg zeigten. Die Absolventen waren z.B. zufriedener mit ihrem Leben, das Alter wurde positiver gesehen und aktiver gestaltet.

Teil VI: Ältere Menschen in Politik und Gesellschaft

VI.1. Große Anzahl, geringe Mitsprache

Die rund 1,6 Millionen ÖsterreicherInnen über 60 Jahre stellen etwas mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten dar. PensionistInnen sind mit einem Organisationsgrad von fast 50 Prozent eine der besonders stark organisierten Bevölkerungsgruppen. Dennoch spielen SeniorInnen und ihre Interessensorganisationen im politischen System nur eine geringe Rolle. Ihr auf Grund der Größe der Altersgruppe gegebener realer politischer Einfluss wurde bisher noch kaum systematisch gewährleistet und kanalisiert.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 11, Politische und gesellschaftliche Partizipation
- älterer Menschen
-
-

Die demokratischen und staatlichen Institutionen haben sich noch kaum daran angepasst, dass die Zahl der älteren Menschen zunimmt. Für die politischen Parteien werden PensionistInnen allenfalls kurz vor Wahlterminen relevant – aber nur selten werden sie in kommunale oder gesetzliche Planungsprozesse einbezogen. Politische Entscheidungen, die sie betreffen, werden meist ohne ihre Beteiligung gefällt. Allerdings ist in den vergangenen Jahren eine Verbesserung festzustellen: Man beginnt, SeniorInnen zunehmend als wichtige politische Kraft wahrzunehmen.

In der Wahrnehmung der „Alten“ durch die Gesellschaft ist immer noch ein negatives Altersstereotyp festzustellen: Wenn es um ältere Menschen geht, werden sehr oft Begriffe wie „arm, krank, behindert, vereinsamt, gebrechlich“ assoziiert. Die über 60-Jährigen werden vor allem als PensionsempfängerInnen oder sonstige KlientInnen des Sozialstaates wahrgenommen.

Dabei hat sich einiges geändert: Das „dritte Lebensalter“ dauert immer länger. Es hat sich sowohl nach vorne (Stichwort: Frühpensionierung) als auch nach hinten (Stichwort: längere Lebensdauer) ausgeweitet. Auch der Begriff „alt“ relativiert sich hier: Immer weniger SeniorInnen fühlen sich „alt“. Höhere Einkommen und Ausbildungsniveaus und eine bessere Gesundheit erweitern das Spektrum der sozialen, kulturellen und politischen Bedürfnisse älterer Menschen. Das führt auch dazu, dass die

Pension nicht mehr als „wohlverdienter Ruhestand“ gesehen wird. Es handelt sich vielmehr um eine Lebensphase, die durch Aktivität gekennzeichnet ist.

-
-
- Autorin und Autor der
- wissenschaftlichen
- Fassung:
- **Kai Leichsenring und**
- **Charlotte Strümpel**
-
-

VI.2. Ältere Menschen und die Politik

Zum politischen Verhalten älterer Menschen gibt es zwei Vorurteile, die auch zum negativen Bild des Alters beitragen. Sie heißen: „Ältere Menschen sind grundsätzlich konservativ“ und „Mit dem Alter schwindet das Interesse an Politik“. Untersuchungen des Wahlverhaltens und der Mitgliedschaft in politischen Organisationen zeigen, dass das nur teilweise stimmt – bzw. dass einiges im Wandel ist.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 11, Politische und gesellschaftliche Partizipation älterer Menschen
-
-

Erst im sehr hohen Alter weniger interessiert

Sowohl die Wahlbeteiligung als auch Antworten in Umfragen zeigen: Das politische Interesse steigt mit zunehmendem Alter und geht erst im sehr hohen Alter zurück. Unterschiede gibt es aber zwischen Männern und Frauen: Während selbst bei den über 80-jährigen Männern das politische Interesse größer ist als bei den 20- bis 29-jährigen, sinkt es bei Frauen schon vor dieser Altersschwelle. Eine wichtige Rolle spielt hier auch die soziale Stellung: Besser gebildete und sozial integrierte Menschen interessieren sich deutlich stärker für politische Belange.

Die Mitgliedschaft in Interessensorganisationen geht mit der Pensionierung zurück. Dies lässt sich aber teilweise recht einfach erklären: Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen entziehen SeniorInnen meist automatisch die Mitgliedschaft.

SeniorInnen wählen meist die Großparteien

Die beiden traditionellen Großparteien SPÖ und ÖVP wurden sich in den vergangenen Jahren zunehmend der Wichtigkeit älterer Menschen bewusst. Der Grund ist: Die WählerInnen insgesamt wurden mobiler.

Die über 60-Jährigen wählen bei Nationalratswahlen weiterhin in überdurchschnittlichem Ausmaß SPÖ bzw. ÖVP. Ihre Stimmen für die jüngeren Parteien wie Grüne und Liberale sind eher gering. Vor allem die SPÖ profitierte überdurchschnittlich von der Treue ihrer älteren Mitglieder und WählerInnen. Von ihnen bekam sie regelmäßig um 10 Prozent mehr Stimmen als von allen WählerInnen.

Eine besondere Rolle spielen hier auch die Frauen: Ihr ohnehin größerer Anteil ist in den höheren Altersgruppen noch größer. Und sie zeigen ein deutlich „konservativeres“ Wahlverhalten als andere Bevölkerungsgruppen. So wählten bei der Nationalratswahl 1995 immer noch 81 Prozent aller Pensionistinnen SPÖ oder ÖVP – und nur 10 Prozent die FPÖ. Im Gesamtergebnis kam die SPÖ auf 38 Prozent, die ÖVP auf 28 und die FPÖ auf 22 Prozent.

Insgesamt lassen sich die älteren Menschen eher als „konservativ“ beschreiben. Dazu trägt auch bei, dass in – allerdings schon vor zehn Jahren durchgeführten – Umfragen die weitaus meisten über 60-Jährigen Wahlen als einzige Möglichkeit demokratischer Mitbestimmung sahen. Demonstrationen waren für sie viel weniger eine Option als für die jüngeren Menschen.

Aber: Dieser „Konservatismus“ nimmt ab. Die neuen SeniorInnengenerationen sind gegenüber vielfältigerem politischem Engagement weit aufgeschlossener. Immer mehr ältere Menschen sind in lokalen Initiativen

und sozialen Bewegungen engagiert. Schließlich sind die Menschen, die heute in Pension gehen, die erste Generation, deren Leben von Demokratie und ständigem Ausbau sozialer Sicherung geprägt war – und nicht mehr von Krieg oder Diktatur. So entstehen unter den Seniorenorganisationen auch neue Koalitionen, die das ehemalige „Lagerdenken“ überwinden.

Immer mehr ältere Wähler und Wählerinnen

Der Anteil der älteren Menschen an den Wahlberechtigten wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer höher und wird auch in Zukunft noch steigen. Damit steigt auch das durchschnittliche Alter der Wahlberechtigten.

1981 war das durchschnittliche Alter noch 44,7 Jahre, 1996 46,8 Jahre und spätestens 2016 wird es über 50 liegen – und weiterhin steigen. Der Anteil der über 60-Jährigen an den Wahlberechtigten wird laut Prognose des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ÖSTAT) von um die 25 Prozent in den 90er-Jahren bis 2016 auf über 30 Prozent klettern – und um 2030 die 40-Prozent-Marke erreichen.

Entwicklung des durchschnittlichen Alters der Wahlberechtigten in Österreich und des Anteils der älteren Wähler an der wahlberechtigten Bevölkerung

Jahr	Durchschnittliches Alter der Wahlberechtigten	Anteil der über 60jährigen an der wahlberechtigten Bevölkerung (über 18 Jahre)
1981	44,7	25,7
1991	46,0	25,5
1996	46,8	25,3
2001	47,7	26,7
2006	48,6	27,7
2011	49,5	29,3
2016	50,5	30,9
2021	51,5	33,8
2026	52,6	37,8
2031	53,7	41,1
2036	54,5	42,4
2041	55,2	42,9
2046	55,8	43,7
2051	56,2	44,4

(ab 2000: Prognose)

Quelle: ÖSTAT, Prinz 1997.

-
-
- Autorin und Autor der
- wissenschaftlichen
- Fassung:
- **Kai Leichsenring und**
- **Charlotte Strümpel**
-
-
-

VI.3. Interessensvertretung und Politik für ältere Menschen

Die ÖsterreicherInnen sind im Vergleich zu anderen Völkern politisch hoch organisierte Menschen – und die SeniorInnen machen da keine Ausnahme. Fast 50 Prozent der über 60-Jährigen gehören einer Seniorenorganisation an; am häufigsten dem SPÖ-nahen Pensionistenverband Österreichs oder dem ÖVP-nahen Österreichischen Seniorenbund.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 11, Politische und gesellschaftliche Partizipation älterer Menschen
-
-
-
-
- Autorin und Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Kai Leichsenring und
- Charlotte Strümpel
-
-

Seniorenorganisationen vertreten fast 50 Prozent

Das bedeutet aber nicht unbedingt entsprechenden politischen Einfluss. Die Seniorenorganisationen klagen nach wie vor über die geringe Mitgestaltungsmöglichkeit und die mangelnde Präsenz von SeniorpolitikerInnen im Nationalrat und anderen Gremien.

Allerdings sind in den vergangenen Jahren auch einige Schritte in Richtung stärkerer politischer Einbindung älterer Menschen gelungen – vom „Kompetenzzentrum für Seniorenpolitik“ über die Vertretung in den Sozialversicherungen bis zum Bundes-Seniorenbeirat.

Seniorenpolitik des Bundes

Ein Ministerium für Seniorenangelegenheiten gibt es in Österreich nicht. Zuständig für die Belange älterer Menschen sind drei Ressorts: Das Ministerium für Umwelt, Jugend und Familie, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und das Bundeskanzleramt.

Kompetenzzentrum für Seniorenpolitik – ein Ansprechpartner

Im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie wurde 1997 ein Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölke-

rungspolitik eingerichtet. Damit wurde erstmals eine Verwaltungsstelle als expliziter Ansprechpartner für Seniorenorganisationen und -initiativen geschaffen. Das Kompetenzzentrum koordinierte die altersrelevanten Aktivitäten während der EU-Präsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998 und im UN-Jahr der älteren Menschen 1999. Ein Schwerpunkt lag dabei in der Erhebung des Status quo und in der Vernetzung bestehender Organisationen.

Erster „Seniorenbericht“ zum „Bericht zur sozialen Lage“

Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist der Ansprechpartner auch älterer Menschen in Sachen soziale Sicherung. 1994 ließ es erstmals einen „Seniorenbericht“ in Ergänzung zum „Bericht zur sozialen Lage“ erstellen. Auch die hier ausgearbeitete Pflegevorsorge war ein wichtiges altersrelevantes Thema dieses Ressorts.

Bundes-Seniorenbeirat – endlich ein Dachverband

1994 ist es gelungen, das „Lagerdenken“ zu überwinden und einen Dachverband für die jeweiligen parteinahen Seniorenorganisationen zu gründen – den Bundes-Seniorenbeirat. Wenngleich er von verschiedenen Seiten kritisiert wurde, stellt der Beirat doch eine Möglichkeit dar, altersrelevante Politikbereiche zu koordinieren und der Alter(n)sproblematik auf Bundesebene mehr Anerkennung zu verschaffen.

Unter Vorsitz des Bundeskanzlers bzw. seines Staatssekretärs treffen sich drei bis vier Mal pro Jahr insgesamt 35 Vertreter der politischen Entscheidungsträger (Ministerien, Länder, Städte- und Gemeindebund) und der Seniorenkurie (Pensionistenverband, Seniorenbund und Seniorenring) zum Dialog über seniorenspezifische Themen. Bisher ging es neben den aktuellen Themen der SeniorInnenpolitik vor allem auch um die Sozialpolitik – also Pensionserhöhung oder Pflegevorsorge.

Bundes-Seniorengesetz – mehr Mitsprache

Mit dem Bundes-Seniorengesetz aus dem Jahr 1998 wurde die Rechtsstellung des Beirates verbessert.

► Erstmals wurden darin die Begriffe „Senior“ und „Seniorenorganisation“ bundesgesetzlich eindeutig definiert. Als Seniorenorganisationen gelten demnach nur freiwillige Zusammenschlüsse von SeniorInnen zur Vertretung und Förderung ihrer Interessen mit gesamtösterreichischer Bedeutung (d.h. dass sie eine Zweigorganisation in mindestens drei Bundesländern und mindestens 20.000 Mitglieder haben müssen). Nur solche Organisationen können Mitglieder in die Seniorenkurie entsenden.

► Dem Seniorenbeirat wurde gesetzlich verankert das Recht zugestanden, Vorschläge zu einer Reihe von Fragen (u.a. Generationenverhältnis, langfristiger Seniorenplan u.ä.) zu erstatten. Die Seniorenkurie hat das

Recht, Stellungnahmen zu seniorInnenspezifischen Gesetzesentwürfen abzugeben und bei der SeniorInnenförderung mitzureden.

► Die finanzielle Förderung der SeniorInnen durch den Bund wurde geregelt. Es gibt eine allgemeine Förderung aller Seniororganisationen und besondere Förderung für bestimmte Projekte. Für die allgemeine Förderung stellt der Bund jährlich pro SeniorIn 11 S zur Verfügung, das sind derzeit insgesamt mehr als 20 Mill. S.

Sozialversicherungsbeiräte –
eher geringer Einfluss

1994 wurden Beiräte in der Sozialversicherung eingeführt, die zu einem Drittel aus VertreterInnen der Seniorenbeiräte bestehen. Ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme sind in der Praxis allerdings eher gering. Pensionisten- und Behindertenorganisationen wollen mehr Mitsprachemöglichkeiten erreichen.

Seniorenpolitik der Länder und Gemeinden

Auch auf Ebene der Länder hat sich die politische Wahrnehmung der Anliegen älterer Menschen in den vergangenen Jahren verstärkt. Es wurden Seniorenbeiräte (Tirol: Seniorenplattform, Niederösterreich: Unterausschuss Senioren) in unterschiedlichen Modellen mit Seniorenreferaten oder

Seniorenbeauftragten eingerichtet. Die Seniorenbeiräte beraten die Landesregierungen in Fragen, die ältere Menschen betreffen, geben Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen ab, engagieren sich im Kampf gegen die Altersdiskriminierung bzw. für mehr Mitsprache der Älteren.

Seit 1997 treffen sich alle Seniorenreferate der Länder regelmäßig zum Informations- und Ideenaustausch. Das Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungsfragen ist dabei ebenfalls eingebunden.

Auch auf Gemeindeebene gab es in den vergangenen Jahren Versuche, die Strukturen für die Mitsprache älterer Menschen auszubauen. So wurde in Vorarlberg und Salzburg Anfang der 90er-Jahre mit dem Aufbau von Gemeinde-Seniorenbeiräten begonnen. In Salzburger Gemeinden wurde an Leitbildern für eine neue SeniorInnen- und Generationenpolitik gearbeitet. Allerdings sind Gemeinden, die gezielt ihre kommunale Seniorenpolitik ausbauen, noch in der Minderheit.

Um die Mitsprache von SeniorInnen auf Gemeindeebene zu fördern, hat das Familienministerium 1999 eine Initiative gesetzt. Mit der Broschüre „Gemeinsam mitgestalten“ wird über Formen und Aufgaben von Seniorenvertretungen informiert. Das Seniorenvertretungsservice des Ministeriums bietet Expertenberatung an Ort und Stelle, Vernetzung und Erfahrungsaustausch sowie Fortbildungsprogramme für SeniorenvertreterInnen.

VI.4. Gesellschaftliches Engagement

Ältere Menschen engagieren sich in einer Vielzahl von Bereichen freiwillig, und zwar im kirchlichen Bereich, in Wohlfahrts-, Pensionisten- und Kulturverbänden, Sportvereinen etc. Während sie bisher eher in traditionellen Bereichen des Engagements tätig waren, bildeten sich in den letzten Jahren auch neue Möglichkeiten der freiwilligen Tätigkeit für ältere Menschen heraus. Dabei ist das große Potenzial an älteren Menschen, die in Österreich freiwillig tätig sein könnten, noch bei weitem nicht ausgeschöpft.



Referenzen:
 ● Kap. 11, Politische und gesellschaftliche Partizipation älterer Menschen

Aktive Gestaltung des „dritten Lebensalters“

Das sogenannte „freiwillige“ Engagement älterer Menschen in Ehrenämtern kommt

- ▶ einerseits der Gesellschaft zu Gute (z.B. als Ressource für Betreuungsmöglichkeiten) und
- ▶ andererseits natürlich den SeniorInnen selbst, denen es bei der aktiven Gestaltung des „dritten Lebensalters“ hilft.

Der Strukturwandel des Alters (frühere Pensionierung, höhere Lebenserwartung, bessere Gesundheit) hat sich auch hier bemerkbar gemacht. Mit verschiedenen Aktivitäten wird versucht, die wachsenden Potenziale älterer Menschen – auch für die Gemeinschaft – zu nutzen.

Geändert hat sich auch das Bild von der „Altenarbeit“: Es geht nicht mehr nur um einseitige Hilfe für ältere Menschen, sondern zunehmend um die Aktivierung älterer Menschen. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist da ein Schlagwort, orientiert an kompetenten SeniorInnen, die ihre Zeit aktiv gestalten, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einsetzen möchten – und auch durchaus von selbstbezogenen Motiven ausgehen.

Großes Potenzial an Engagement

Fast ein Drittel der Menschen über 65 ist aktiv. Allerdings gibt es auch große regionale Unterschiede: Eine 1999 erstellte Studie ergab, dass die Menschen über 65 in Niederösterreich (mit 41 Prozent) weitaus aktiver sind als in Gesamtösterreich. Damit entsprach das Engagement älterer Menschen in NÖ dem der anderen Altersgruppen, während es in Gesamtösterreich wesentlich geringer war. Man kann auch davon ausgehen, dass ein erhebliches Potenzial noch nicht aktiver älterer Menschen für freiwilliges Engagement gewonnen werden könnte.

Eindeutig festgestellt wurden Zusammenhänge zwischen Bildung, Einkommen, Schicht und gesellschaftlichem Engagement. Menschen mit höherer Bildung, höherem Einkommen und aus einer höheren Schicht sind eher freiwillig aktiv als andere. Auch sind Menschen mit Glaubensbekenntnis eher aktiv als Menschen ohne ein solches.

Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt es in der Art des Engagements: Männer finden sich eher im „politischen Ehrenamt“, Frauen eher im sozialen Bereich.

In Österreich sind die meisten Menschen – über alle Altersgruppen hinweg – im Rahmen kirchlicher Aktivitäten tätig. Bei den über 55-Jährigen stehen kirchliche Ehrenämter an erster Stelle, gefolgt von

Funktionen im sozialen Bereich, in PensionistInnen- und Volksgruppen und dem Sportbereich.

Die Fähigkeiten einsetzen

Motiv für ältere Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist weniger der – durchaus vorhandene – Wunsch nach Kontakt und Kommunikation, sondern vor allem das Einsetzen erworbener Fähigkeiten. Und es geht ihnen auch darum, etwas für die Gemeinschaft zu tun bzw. anderen Menschen zu helfen.

Ausschlaggebend ist häufig eine Aufforderung von außen. Viele ältere Menschen werden ehrenamtlich tätig, weil sie von Freunden, Bekannten oder einer Organisation angesprochen werden.

Neue Felder des Engagements

Gegenwärtig wird einiges getan, um die Aktivität älterer Menschen zu fördern. Vom Familienministerium initiiert wurden „Bürgerbüros für Jung und Alt“, die eine Drehscheibe für ältere Ehrenamtliche und Organisationen, die Freiwillige suchen, bieten und zwischen den Generationen vermittelnde Initiativen unterstützen. Ähnliches

bieten die Nachbarschaftszentren des Wiener Hilfswerks. SeniorstudentInnen selbst haben in der Steiermark die GEFAS, eine eigene Gesellschaft zur Förderung der Alterswissenschaften und des Seniorenstudiums, gegründet. Unter Beteiligung der Vereinigung Österreichischer Industrieller wurde das ASEP (Austrian Senior Experts Pool) etabliert, über das Wissen und Erfahrung pensionierter ManagerInnen zur Verfügung gestellt werden. Aber auch Vereinigungen wie die „Grauen Panther“ oder die „Aktiven Senioren“ im WUK (Wiener Werkstätten- und Kulturhaus) versuchen, älteren Menschen Aktivität und Engagement zu ermöglichen.

-
-
- Autorin und Autor der
- wissenschaftlichen
- Fassung:
- Kai Leichsenring und
- Charlotte Strümpel
-
-

VII.1. Von Armut bis Wohlstand

Frühere Berufsposition,
Bildungsstatus, Einkommen und
Zugehörigkeit zur Sozialschicht
wirken aus dem früheren Leben
ins Alter hinein und entwickeln
sich zum Privileg oder zur
Benachteiligung.

Besonders deutlich zeigt sich das bei den Frauen, vor allem bei Müttern: Ihre Eigenpension ist wesentlich niedriger als die der Männer, ihre Haushalte sind – bei Alleinlebenden – schlechter ausgestattet. Die Unterschiede bei den Einkommen, die es schon im aktiven Erwerbsleben gibt, verstärken sich in der Pension.

Frauen – vor allem Mütter – sind benachteiligt

Es gibt zwei Gründe dafür, dass die Eigenpension von Seniorinnen meist niedriger ist als die ihrer männlichen Altersgenossen: einerseits niedrigere Aktiveinkommen der Frauen im Berufsleben und andererseits Lücken im Versicherungsverlauf, wenn z.B. Frauen Kinder bekommen. Rund 40 Prozent der Frauen haben keine eigene Pension, rund 15 Prozent der Frauen über 60 haben überhaupt keine Pension. Sie sind entweder zur Gänze vom Partner oder vom Sozialstaat abhängig.

Auffallend ist: Die Einkommenssituation der früheren Beamtinnen ist wesentlich besser als die der Frauen in anderen Berufsgruppen.

Jedes Kind „kostet“ Mütter rund 1.000 S bei der eigenen Pension. So bekamen 1995 Frauen

► ohne Kinder im Schnitt 12.285 S Eigenpension,

-
-
- Referenz:
- Kap. 4, Die Lage älterer
- Menschen aus wirtschafts-
- und sozialstatistischer Sicht
-
-

- ▶ mit einem Kind 11.422 S
- ▶ mit zwei Kindern 9.587 S
- ▶ mit sechs Kindern 6.260 S.

Laut Lohnsteuerstatistik 1997 für PensionistInnen

- ▶ hatten 40 Prozent der Frauen ein eigenes Einkommen unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz (gesetzlicher Mindeststandard), aber weniger als 20 Prozent der Männer
- ▶ war das durchschnittliche eigene Bruttoeinkommen
 - 11.555 S für Frauen,
 - 18.561 S für Männer
- ▶ hatten nicht einmal 40 Prozent der Frauen ein eigenes Nettoeinkommen von mehr als 10.000 S, aber mehr als 75 Prozent der Männer.

Die eigenen Alterspensionen der Frauen liegen nach wie vor deutlich unter jenen der Männer. 1998 betrug die Pension der Frauen (Berechnung ohne Beamtinnen, auf Basis des Medianwertes) mit 7.994 S nur die Hälfte der 16.798 S der Männer. Zum Vergleich: Der Ausgleichszulagenrichtsatz war 1998 7.992 S. Die Beurteilung der tatsächlichen materiellen Situation der Frauen auf Basis der Steuerstatistik ist nicht möglich. Weiters muß die Unterhaltsverpflichtung der Männer mitberücksichtigt werden.

Beamtinnen bekommen annähernd so viel Pension wie ihre männlichen Kollegen – und damit im Durchschnitt das Dreifache der früher unselbstständig beschäftigten Frauen.

Auch die Wohnsituation der Frauen ist schlechter: Laut Mikrozensus wohnten 1993 11 Prozent aller alleinstehenden Pensionistinnen in Substandardwohnungen und 7 Prozent der Pensionisten. Wesentlich weniger Frauen (10 Prozent) haben einen Pkw (Männer 42 Prozent), ähnlich ist es bei modernen technischen Geräten. Nur mit Herden und Telefonen sind Frauen besser ausgestattet.

Deutlich auch das Bild bei den Verbrauchsausgaben (im Jahr 1994 erhoben):

Alleinstehende Pensionistinnen gaben durchschnittlich 15.600 S pro Monat aus, die Pensionisten 21.100 S. Fast die Hälfte davon wird für Ernährung, Wohnen und Heizung/ Beleuchtung verwendet; bei den Männern nur 41,5 Prozent. Die Frauen machen weniger Urlaub und weniger Fernreisen. (Inwieweit manche Unterschiede auch dadurch verstärkt werden, dass bei den Pensionistinnen rund die Hälfte älter als 70 Jahren alt ist, bei den Männern ist es hingegen nur rund ein Drittel, kann aus dieser Statistik nicht gesagt werden. Die Änderungen des letzten Jahrzehnts können noch nicht dargestellt werden.)

Neben den niedrigeren Aktiveinkommen ist das wichtigste Problem der Frauen – wenn sie nicht (oder nicht durchgehend) selbst berufstätig sind –, dass sie keine eigenständige Altersversorgung haben. Ein Schritt zur Besserstellung in diesem Bereich wurde mit der Pensionsreform 1997 gesetzt; die Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung wurde erhöht.

Der Bund hat sich 1992 auch zum „schrittweisen Abbau von bestehenden gesellschaftlichen, familiären und wirtschaftlichen Benachteiligungen von Frauen“ bekannt. Da es aber noch Unterschiede gibt, wurde bis weit ins nächste Jahrtausend hinein das niedrigere Pensionsalter der Frauen verfassungsrechtlich verankert. Von 2019 bis 2028 soll das Frühpensions- und von 2024 bis 2033 das Alterspensionsalter der Frauen (60 Jahre) schrittweise an das der Männer (65 Jahre) angepasst werden.

-
-
- Autor der wissen-
- schaftlichen Fassung:
- **Martin Oppitz**
-
-

VII.2. Große Unterschiede bei Einkommen von PensionistInnen

Bei den Einkommen der älteren Menschen gibt es große Spannweiten: Laut Lohnsteuerstatistik hatten 1997 zehn Prozent der PensionistInnen ein monatliches Nettoeinkommen (Pension und allfälliger Zuverdienst) unter 4.279 S. Weniger als 20.838 S bekamen 90 Prozent. Zum Vergleich: Für die unselbstständig Erwerbstätigen betragen diese beiden Zahlen 8.292 S und 29.328 S. Ein hohes Einkommen haben relativ wenige: Nur jeder 19. Pensionist und jede 61. Pensionistin überschritt die Grenze von 546.000 S pro Jahr (Höchstbemessungsgrundlage).

-
-
- Referenz:
- Kap. 4, Die Lage älterer
- Menschen aus wirtschafts-
- und sozialstatistischer Sicht
-
-

Die Geschlechterunterschiede bei der Eigen-Pension sind groß:

Das Durchschnittseinkommen von Pensionistinnen war 1997 netto 10.100 S, das der Männer 15.186 S. Der Durchschnitt aller PensionistInnen lag bei 12.308 S netto und 14.596 S brutto. Unselbstständig Beschäftigte hatten ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 18.613 S.

Ein Nettoeinkommen von mehr als 10.000 S haben drei Viertel der Männer, aber nicht einmal 40 Prozent der Frauen.

Nicht wenige ältere Menschen bekommen mehrere Pensionen. So bezogen im Juli 1998 mindestens 255.000 PensionistInnen mehr als eine Pension, das sind rund 15 Prozent aller PensionistInnen.

Doch nicht nur das Einkommen pro Person gibt Aufschluss über die finanzielle Situation. Eine weitere Möglichkeit ist, die Haushalte zu betrachten. (PensionistInnenhaushalte sind dabei jene, in denen nur PensionistInnen und andere nicht berufstätige Personen leben, also keine Beschäftigten oder Arbeitslosen.)

Nach einer solchen Erhebung im Mikrozensus 1997 hatten die PensionistInnenhaushalte ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von 11.300 S (ohne Firmenpension). In der günstigsten Situation der unselbstständig Berufstätigen waren mit Abstand die pensionierten BeamtInnen (15.000 S). Das Median-Pro-Kopf-Einkommen in ihren Haushalten war um 49 Prozent höher als das der pensionierten

ArbeiterInnen (10.100 S) und um 16 Prozent höher als das der pensionierten Angestellten (12.900 S). Die nie erwerbstätig Gewesenen kamen auf nur 9.900 S. Bei den früher selbstständig Erwerbstätigen gibt es gewissermaßen zwei Pole: Die ehemaligen FreiberuflerInnen hatten 1997 mit 16.000 S die höchsten Pensionen; die Haushalte ehemals Selbstständiger in der Landwirtschaft verfügten mit nur 7.900 S pro Kopf über die niedrigsten Bezüge.

Pensionen: Starke Unterschiede nach Geschlecht und Berufsgruppe

Die wichtigste Einkommensquelle älterer Menschen ist die Pension. Auch hier zeigen sich sehr deutlich die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie nach Berufsgruppen.

So bekamen 1998 an Eigen-Pension

- ▶ 10 Prozent der Frauen unter 3.673 S, 90 Prozent unter 17.301 S Alterspension und
- ▶ 10 Prozent der Männer unter 8.204 S, 90 Prozent unter 25.428 S.

Über alle Berufsgruppen liegen die Eigen-Pensionen der Frauen unter jenen der Männer; ihre Pensionen (berechnet mittels Medianwerten) betragen nur etwa die Hälfte der Männerpensionen. Die Bäuerinnen bekamen 1997 sogar weniger als 50 Prozent der Pension der Landwirte. Die ehemals un-

selbstständig beschäftigten Frauen erreichten im Schnitt nur 58,1 Prozent des Betrages der Männer. Gegenüber 1994, wo es 56,5 Prozent waren, hat sich da nicht viel verbessert.

Eine Ausnahme machen allerdings die BeamtInnen, wo Frauen nur minimal weniger bekommen.

Überhaupt haben im Vergleich der Berufsgruppen die BeamtInnen die mit Abstand höchste Pension unter den Unselbstständigen. Am wenigsten bekamen die BäuerInnen, gefolgt von den ArbeiterInnen und EisenbahnerInnen.

Pensionen betragen rund drei Viertel des früheren Einkommens

Die Pension macht im Durchschnitt rund drei Viertel des früheren Einkommens aus. 77,1 Prozent betrug die sogenannte „Einkommensersatzrate“ für frisch in Pension gegangene ArbeiterInnen und Angestellte im Jahr 1996. Auch hier sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sehr deutlich: Frauen bekamen rund 74 Prozent des Letztbezuges, Männer rund 81 Prozent.

Durchschnittliche Höhe der Bruttoalterspensionen 1997 nach Pensionsversicherungsträgern

Berufsgruppe	Männer	Frauen	Insgesamt	ohne zwischenstaatliche Pens.
ArbeiterInnen	12.210	6.471	8.973	10.388
Angestellte	18.965	11.416	14.347	15.274
EisenbahnerInnen	13.378	8.026	10.564	11.623
BergarbeiterInnen	18.940	11.507	18.037	19.566
Summe Unselbständige	15.113	8.785	11.442	12.783
BundesbeamtInnen ¹	32.600	31.000	32.300	
Gewerbliche Wirtschaft	15.175	9.338	12.532	12.772
Bauern/Bäuerinnen	10.096	4.956	7.570	7.630

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Pratscher 1998: 810), Personalinformationssystem des Bundes (PIS) (BMAGS 1998a: 61)

Legende: Dezember 1997, Werte in öS inklusive Ausgleichszulage und Kinderzuschuss.

¹) Ruhebezüge der BundesbeamtInnen bestehend aus dem Ruhegenuss und den Zulagen nach dem Pensionsgesetz 1965 bzw. nach dem Nebengebühreuzulagengesetz, ausgenommen jedoch die Kinderzulage; inklusive Ruhebezüge aus anderen Rechtsordnungen.

Pensionsanpassung unter BIP-, über Inflationsentwicklung

Zwischen 1976 und 1997 sind die Pensionen schwächer gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt, aber stärker als die Inflation. Deutlich stärker erhöht wurde die Ausgleichszulage; sie wuchs fast so stark wie das BIP pro Kopf. AusgleichszulagenempfängerInnen hatten 1997 um rund die Hälfte mehr Geld als 1976 für Ausgaben zur Verfügung.

-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Martin Oppitz
-
-

VII.3. Vermögen, Ausstattung und Lebensstandard

PensionistInnenhaushalte sind im Durchschnitt weniger gut mit Gütern ausgestattet als die der anderen Altersgruppen. Im Laufe des Lebens wird Vermögen angesammelt. Dieser „Vermögensaufbau“ erreicht in der Regel seinen Höhepunkt, wenn der Haushaltsvorstand zwischen 50 und 60 Jahre alt ist. Danach kommt es tendenziell zum Vermögensabbau – z.B. wenn die Kinder ausziehen oder auch, wenn es zu einer Trennung kommt oder der/die PartnerIn stirbt.

-
-
- Referenz:
- Kap. 4, Die Lage älterer
- Menschen aus wirtschafts-
- und sozialstatistischer Sicht
-
-

So hatten PensionistInnenhaushalte laut Mikrozensus 1993 zu 23 Prozent zumindest eine Lebensversicherung, zu 24 Prozent eine Kranken-Zusatzversicherung und zu 6 Prozent Wertpapiere. Im Vergleich haben die Erwerbstätigenhaushalte zu 54 Prozent eine Lebens-, zu 38 Prozent eine Krankenzusatzversicherung und zu 10 Prozent Wertpapiere. Eine Statistik, die detailliert Auskunft über das Vermögen liefert, gibt es nicht.

Der Lebensstandard wird unter anderem an Indikatoren wie der Ausstattung der Wohnung und dem Vorhandensein von Pkw, Telefon oder Haushaltsgeräten gemessen.

Größte Unterschiede zu Erwerbstätigen bestehen:

► **beim Wohnen:**

1993 hatten nur 52 Prozent der PensionistInnenhaushalte eine Wohnung mit Bad und Zentralheizung; bei den erwerbstätigen Haushalten waren es um 21 Prozentpunkte mehr. 7 Prozent der PensionistInnenhaushalte hatten Substandardwohnungen ohne Sanitärinstallationen (MindestpensionistInnen sogar zu 15 Prozent), aber nur 3 Prozent der Erwerbstätigen waren in dieser Situation.

► **beim Auto:**

1993 hatte nur jeder dritte PensionistInnenhaushalt einen Pkw. Hingegen haben vier von fünf Erwerbstätigenhaushalten ein eigenes Auto.

► und auch bei modernen Geräten wie Geschirrspüler, Mikrowellenherd, CD-Player oder Videorecorder.

Nur bei wenigen Indikatoren – wie Herd, Waschmaschine, Farbfernsehgerät, Telefon oder Zeitkarte für öffentliche Verkehrsmittel – gibt es vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und PensionistInnen. Keinen Fernsehapparat hatten von beiden Gruppen nur jeweils fünf Prozent.

Dementsprechend sind die Ausgaben der PensionistInnen für Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Bildung, Erholung, Freizeit und Sport geringer als die der erwerbstätigen Haushalte.

-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Martin Oppitz
-

Konsumausgaben nähern sich österreichischem Schnitt

Die Konsumausgaben der PensionistInnenhaushalte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten an den österreichischen Durchschnitt angeglichen. 1994 gaben sie mit 16.000 S pro Kopf etwa gleich viel aus wie ein Durchschnittshaushalt (16.200 S).

Unterschiede gibt es aber darin, wofür das Geld ausgegeben wird:

Die Ausgaben der Haushalte älterer Menschen für Ernährung, Wohnungsausstattung und Bekleidung lagen im österreichischen Durchschnitt. Darüber lagen die Anteile für Wohnen, Beheizung und Beleuchtung. Zusammengefasst gaben die PensionistInnenhaushalte zur Abdeckung der Grundbedürfnisse 46 Prozent ihres Einkommens aus – während es bei den Erwerbstätigen 36 Prozent waren.

VII.4. Geringe Armut im Alter

Trotz der allgemein geringeren Armutsgefährdung der Senioren im Vergleich zu den Familien drängt sich bei einigen Gruppen von PensionistInnen die Frage nach einer ergänzenden Alterssicherung auf. Schließlich gründet das gegenwärtige Pensionssystem auf dem Ideal einer Beschäftigung für alle. Die Gesellschaft ist aber möglicherweise immer weniger in der Lage, Erwerbsarbeit für alle zu schaffen, die arbeiten wollen.

-
-
- Referenz:
- **Kap. 4, Die Lage älterer Menschen aus wirtschafts- und sozialstatistischer Sicht**
-
-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- **Martin Oppitz**
-

Für die Bestimmung der Armutsgefährdung gibt es keine allgemeingültige, verbindlich festgelegte Größe, sondern mehrere Konzepte. Eines setzt beim Einkommen an, eines bei den Ausgaben, eines bei der Ausstattung – und eine politische Armutsgrenze, bis zu der finanzielle Unterstützung angeboten wird, ist z. B. der Ausgleichszulagenrichtsatz.

In akuter Einkommensarmut leben 2 Prozent

Bei der Armuts-Berechnung nach Einkommen gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung hat.

1994 lag diese Armutsgefährdungsschwelle bei 7.750 S. 10 Prozent der älteren Menschen bzw. der Haushalte, in denen ausschließlich ältere Menschen lebten, hatten ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen – und waren damit armutsgefährdet.

Das heißt aber noch nicht, dass sie tatsächlich von Armut betroffen waren. Tatsächlich spricht man von Armut erst, wenn es zusätzlich zur knappen Einkommenssituation Mängel in der Versorgung mit elementaren Gütern gibt. Dies war laut Haushaltspanel bei 2 Prozent der älteren Menschen der Fall. Mit Hilfe der Ausgleichszulage gelang es, die akute Armut älterer Menschen relativ erfolgreich zu unterbinden.

Die Gefahr in Armut zu geraten, ist heute für Kinder wesentlich höher als für ältere Menschen.

Teil VIII: Die Wohnsituation älterer Menschen

VIII.1. Eigene Wohnung bedeutet Selbstständigkeit

Die Wohnsituation ist gerade bei älteren Menschen ein Ausdruck der eigenverantwortlich gestalteten Lebensform: Eine eigene Wohnung ist ein Zeichen der Selbstständigkeit im Alter. Daraus erklärt sich die Abneigung vieler SeniorInnen, in „ein Heim zu gehen“. Um möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, müssen ambulante Dienste helfen.

-
-
- Referenzen:
- **Kap. 5, Die Wohnsituation**
- **der älteren Menschen**
-
-

Nur eine kleine Minderheit lebt im Heim

In Österreich lebt nur eine kleine Minderheit älterer Menschen (40.000 Frauen und 11.000 Männer) in Alten- und Pflegeheimen. 1997 wohnten laut Mikrozensus 98 Prozent der Männer und 96 Prozent der Frauen über 60 in privaten Haushalten.

Allerdings steigt der Anteil der in Heimen untergebrachten Menschen ab dem 75. Lebensjahr deutlich. Während von den 60- bis 74-Jährigen nur 1 Prozent in Heimen lebte, waren es von den über 75-Jährigen bei den Männern 4 Prozent und bei den Frauen 9 Prozent. Die hochbetagten Frauen (über 85) wohnten 1997 immerhin zu 17 Prozent in Institutionen; bei den Männern war es auch in dieser Altersgruppe mit 8 Prozent eine Minderheit. Diese sogenannten „Anstaltsquoten“ sind seit vier Jahrzehnten im wesentlichen unverändert.

Umzug „ins Grüne“ mit 60

1991 lebte die Hälfte der ÖsterreicherInnen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Bei den 60- bis 64-Jährigen erreichte dieser Anteil allerdings einen Gipfel. Offensichtlich ermöglicht es der Ausstieg aus dem Berufsleben noch einigen SeniorInnen, ihren Wohnsitz „ins Grüne“ zu verlagern. Ab 65

Ältere Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren in privaten Ein- und Mehrpersonenhaushalten sowie in Institutionen lebend, 1961 bis 1997

Geschlecht/ Haushaltstyp	60 bis 64 Jahre					65 bis 74 Jahre				
	1961	1971	1981	1991	1997	1961	1971	1981	1991	1997
A) Männer										
<i>Privathaushalt</i>	99	99	99	99	99	98	99	99	99	99
Einpersonenhaushalt	6	7	8	9	9	8	10	11	11	12
Mehrpersonenhaushalt	93	92	91	90	90	90	89	87	88	87
<i>in Institutionen lebend</i>	1	1	1	1	1	2	1	1	1	1
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
B) Frauen										
<i>Privathaushalt</i>	98	99	99	99	99	97	98	98	98	99
Einpersonenhaushalt	22	25	27	23	20	31	36	41	37	35
Mehrpersonenhaushalt	76	73	72	76	80	67	61	57	61	64
<i>in Institutionen lebend</i>	2	1	1	1	1	3	2	2	2	1
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Geschlecht/ Haushaltstyp	75+ Jahre					60+ Jahre				
	1961	1971	1981	1991	1997	1961	1971	1981	1991	1997
A) Männer										
<i>Privathaushalt</i>	96	96	96	96	96	98	98	98	98	98
Einpersonenhaushalt	13	16	20	20	19	8	10	13	13	13
Mehrpersonenhaushalt	83	80	76	76	77	90	88	85	85	85
<i>in Institutionen lebend</i>	4	4	4	4	4	2	2	2	2	2
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
B) Frauen										
<i>Privathaushalt</i>	93	92	91	91	91	97	96	96	96	96
Einpersonenhaushalt	34	42	49	51	52	29	35	41	39	38
Mehrpersonenhaushalt	59	50	42	40	39	68	62	55	57	58
<i>in Institutionen lebend</i>	7	8	9	9	9	3	4	4	4	4
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quellen: Volkszählungen 1961, 1971, 1981 und 1991; Mikrozensus-Jahresergebnisse 1997; eigene Berechnungen

Jahren nahm der Anteil in Ein- und Zweifamilienhäusern wieder ab. Rund ein Fünftel dieser Häuser gehörte zu einem landwirtschaftlichen Betrieb, der Rest waren reine Wohnhäuser.

Die Älteren sind in Österreich ungleich verteilt

Nahezu ein Fünftel der SeniorInnen in Privatwohnungen lebte laut Mikrozensus 1997 (ÖSTAT) in Wien, etwas weniger in kleineren Städten (mit mehr als 20.000 EinwohnerInnen), alle übrigen in Gemeinden mit weniger als 20.000 EinwohnerInnen. Mit zunehmendem Alter nehmen die Anteile in den ländlichen Gemeinden ab, in Wien jedoch zu: Von den über 85-Jährigen lebt mehr als ein Viertel in Wien. Diese regionalen Unterschiede stehen auch mit der Erreichbarkeit lebensnotwendiger Einrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten im Zusammenhang.

Für die meisten älteren Menschen hängt ja – bei abnehmender Mobilität – die Selbstständigkeit nicht nur von der Wohnung und ihrer Ausstattung ab, sondern auch davon, ob wichtige Einrichtungen (wie Arzt, Lebensmittelgeschäft, Postamt u.ä.) zu Fuß in erreichbarer Nähe liegen. Mit dem Mikrozensus 1998 wurde erhoben, wie es hier bei den SeniorInnenhaushalten (das sind Privat-

wohnungen mit einem Wohnungsvorstand über 60 Jahren) aussieht.

Demnach waren binnen 15 Minuten zu Fuß erreichbar

- ▶ für drei Viertel aller SeniorInnenhaushalte ein praktischer Arzt/eine praktische Ärztin
- ▶ für zwei Drittel eine Apotheke
- ▶ für etwa drei Viertel ein Postamt oder Geldinstitut
- ▶ für 85 Prozent ein Lebensmittelgeschäft
- ▶ für 96 Prozent eine Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels
- ▶ für 93 Prozent ein Gasthaus
- ▶ für 79 Prozent eine kulturelle oder religiöse Einrichtung.

Dies stellte im Vergleich zum Jahr 1992 eine Verbesserung in allen Kategorien dar – mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, für die ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist.

Relativ am schlechtesten versorgt sind ältere Menschen in kleineren bürgerlichen Gemeinden. In Gemeinden ab 20.000 EinwohnerInnen sinkt der Anteil schlecht versorgter SeniorInnenhaushalte und in den Großstädten verschwindet er fast völlig. Obwohl das durchschnittliche Niveau der Gesamtversorgung in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen hat, ist einzelnen ländlichen Gemeinden mit unzureichender Versorgungslage gerade in der Zukunft vermehrt Aufmerksamkeit zu widmen.

Wohnungsausstattung hat sich verbessert

Der Mikrozensus 1997 zeigte bei SeniorInnenwohnungen in sämtlichen Altersgruppen bereits einen relativ hohen Kategorie-A-Anteil – und bedeutend weniger schlecht ausgestattete Wohnungen. Im Durchschnitt waren

- ▶ 74 Prozent der SeniorInnenwohnungen Kategorie A (Zentralheizung incl. fest installierte Stromheizungen, Bad, WC)
- ▶ 16,8 Prozent Kategorie B (mit Bad/Dusche und WC, ohne Zentralheizung)
- ▶ 3,6 Prozent Kategorie C (ohne Bad/Dusche) und
- ▶ 5,2 Prozent (ohne WC oder Wasser in der Wohnung).

Nach wie vor war aber festzustellen: Der Anteil der bestausgestatteten SeniorInnenwohnungen wird mit zunehmendem Alter ihrer BewohnerInnen geringer. So waren 1997 die Wohnungen der 60-bis 64-jährigen Wohnungsvorstände zu 81 Prozent in Kategorie A – und bei den über 85-Jährigen nur mehr 59 Prozent. 21 Prozent der Wohnungen von Hochbetagten hatten kein Bad oder keine Dusche – und davon die Hälfte WC und/oder Wasser am Gang. In den Wohnungen der 60- bis 64-Jährigen gab es zu insgesamt nur 5,2 Prozent kein Bad/Dusche oder Wasser bzw. WC am Gang.

1991 lebten rund 450.000 SeniorInnen allein in Privatwohnungen, von diesen aber

66.000 in Wohnungen im 3. oder einem noch höheren Stockwerk. Besonders problematisch dürfte die Situation von 26.370 SeniorInnen (gewesen) sein, in deren Wohnhäusern es keinen Lift gab.

Wohnungsaufwand wird mit dem Alter geringer

Bei dem für die Wohnung zu leistenden Aufwand sind ältere Wohnungsvorstände gegenüber jüngeren eher begünstigt. Das liegt zum Teil daran, dass ältere Menschen oft in Altbauten leben, deren Standard (selbst innerhalb der Kategorien A und B) hinter dem der in den vergangenen 20 Jahren errichteten Wohnhäuser zurückbleibt. Zum anderen sinkt der Wohnungsaufwand, je länger der entsprechende Vertrag zurückliegt: Miete ist bei langer Vertragsdauer günstiger (besonders, wenn nicht an den Index gebunden, aber auch bei Wertsicherung durch eine Indexklausel), und Eigentumswohnungen sind nach Ende der Darlehensrückzahlungen billiger.

So lag der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand in Österreich laut Mikrozensus 1997 insgesamt bei 3.880 S. Bei Personen zwischen 60 und 64 Jahren war er mit durchschnittlich 3.250 S bereits deutlich geringer. Einen Wohnungsaufwand unter 3.000 S hatten 65- bis 69-Jährige, über 85-Jährige im Schnitt nur noch etwas mehr als

Hauptwohnsitzwohnungen von Wohnungsvorständen ab 60 Jahren nach Altersgruppen und Ausstattungskategorien in Prozent, 1997

Alter des Wohnungsvorstandes	insgesamt	nach Ausstattungskategorie in % (Summenspalte=100,0 ¹⁾)			
		Zentralheizung u. ä. Bad / Dusche, WC ('A')	Bad/Dusche, WC ('B')	WC und Wasserentnahme in der Wohnung ('C')	kein WC od. keine Wasserinstall. i. d. Whg ('D')
Zusammen	991,600	74.4	16.8	3.6	5.2
60 bis 64 Jahre	210,700	80.8	14.0	1.6	3.6
65 bis 69 Jahre	222,200	77.5	16.4	1.8	4.4
70 bis 74 Jahre	214,700	77.4	15.9	2.6	4.0
75 bis 79 Jahre	162,400	71.5	18.9	4.1	5.6
80 bis 84 Jahre	101,700	65.1	19.3	7.3	8.3
85 Jahre und älter	79,900	59.3	19.7	10.4	10.6

Quelle: ÖSTAT; Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 1997. ¹⁾ Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

2.500 S. Auch die durchschnittlichen Quadratmeterentgelte sinken in allen Kategorien, je älter der Wohnungsvorstand ist.

Wohnsituation und Gesundheit

Mit zunehmendem Alter verbringen die Menschen mehr Zeit in der Wohnung, und die Vorstellung von einem „angemessenen“ Wohnen gewinnt gerade bei SeniorInnen an Bedeutung. Als zufriedenstellend werden Wohnbedingungen empfunden, wenn die funktionalen Aspekte – wie Ausstattung,

Standard, Lage – „stimmen“, aber auch die emotionalen und sozialen: Vertrautheit mit der Wohnung und Einrichtung, Sicherheit in der Wohnung und der Wohnumgebung sowie die Möglichkeit, bestehende Kontakte aufrecht zu erhalten.

Ein unmittelbarer Zusammenhang ist bei älteren Menschen zwischen der Wohnsituation und dem Gesundheitszustand gegeben. So ist das Unfallrisiko älterer Menschen bei schlecht ausgestatteten Wohnungen wesentlich höher. Jährlich kommt es zu rund 1.000 tödlichen Stürzen von SeniorInnen und zu etwa 860.000 durch solche Unfälle verursachten Spitalstagen. Es ist davon auszugehen, dass diese hohe Anzahl von

Unfällen auch durch eine nicht optimale Ausstattung und Qualität der Wohnung und Wohnumgebung entsteht. ExpertInnen schätzen, dass die Unfallfolgekosten – auch durch den enorm hohen Pflegeaufwand – in die Milliarden gehen. Der Unfallprävention und aktiven Unfallverhütung sollte deshalb verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Besonders wichtig wäre dabei, dass die Wohnverhältnisse die häusliche Pflege ermöglichen – auch zur Vermeidung von Wiedereinweisungen in die stationäre Pflege nach dem „Drehtür-Effekt“. Viele Hilfestellungen (z.B. bei der Körperpflege oder der Verwendung von Bewegungshilfen, Rollstühle etc.) werden durch ungünstige Grundrisse, zu enge Badezimmer oder fehlende Liftanlagen erheblich erschwert. Viele ältere Menschen müssen in Anstaltspflege gehen, obwohl sie unter anderen Wohnbedingungen auch zu Hause gepflegt werden könnten.

Wohnformen älterer Menschen

Die traditionellen Wohnformen älterer Menschen sind Privatwohnungen oder Heime. Daneben beginnen sich in den letzten Jahren „neue“ Wohnformen zu entwickeln – wie z.B. betreutes Wohnen oder SeniorInnenwohngemeinschaften.

Die eigene Wohnung

Die weitaus meisten SeniorInnen leben in ihrer bisherigen Wohnung und wollen auch in ihr bleiben. Allerdings ist auch eine größere Zahl von alten Menschen gezwungen, in ihrer Wohnung zu bleiben, weil eine kleinere, besser ausgestattete Wohnung nicht leistbar ist. Der Wiener SeniorInnengesundheitsbericht 1997 stellte fest: „Bedenklich muss stimmen, dass hilfs- und pflegebedürftige alte Menschen häufiger als beschwerdefreie Menschen in Wohnungen leben, die nicht der Ausstattungskategorie A zuzurechnen sind und sich auch hinsichtlich sonstiger Ausstattungsmerkmale als defizitär erweisen.“ Sinnvoll wäre, attraktive Wohnungstausch- und Umzugsangebote zu entwickeln – eine Aufgabe, die gerade durch den kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau gewährleistet werden könnte. Die dafür erforderliche Unterstützung durch Wohnpolitik und -wirtschaft ist jedoch derzeit nicht zu erkennen.

Institutionalisiertes Wohnen

Institutionalisierte Wohnformen für ältere Menschen (Pensionisten-, Alters-, Pflegeheime u. ä.) sind vor allem als ergänzende Wohnangebote bedeutend. Vielfach wird aber kritisiert, dass entsprechende Heime in der Regel viel zu groß sind (meist mehr als 200 Wohnplätze), somit die Wirtschaftlichkeit und Organisation der jeweiligen Institution im Vordergrund stehen – vor den individuellen Bedürfnissen der Bewohner-

Innen, Mitsprache und Selbstorganisation. Den Bedürfnissen älterer Menschen besser entsprechen würden kleinere Heime mit Wohncharakter.

„Neue“ Wohnformen

Zu den „neuen“ Wohnformen zählen

- ▶ betreutes bzw. betreubares Wohnen
- ▶ integriertes Wohnen
- ▶ gemeinschaftliches Wohnen in selbstorganisierten Wohnprojekten
- ▶ Mehrgenerationenwohnen
- ▶ SeniorInnenwohngemeinschaften.

Dabei geht es darum, einerseits die Wohnungen seniorInnengerecht zu gestalten (das heißt „barrierefreies Bauen“) – und gleichzeitig Betreuung anzubieten, wenn sie nötig ist. Auch durch eine entsprechende Ansiedlung in bequemer Nähe zu Versorgungseinrichtungen soll selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen ermöglicht werden. In Österreich sind solche „neuen“ Wohnformen für ältere Menschen erst in den Anfangsstadien zu finden. Vorbild ist hier oftmals Deutschland.

Ein Beispiel für „neues“ Wohnen von SeniorInnen gibt es in Oberösterreich, nämlich das „Betreubare Wohnen“. Bis 2010 soll es in OÖ 2.500 betreubare Wohnungen für SeniorInnen geben. Als solche gelten „barrierefreie“, also alten- und behindertengerechte Wohnungen in Wohnhäusern, für die gleichzeitig ein Betreuungskonzept vorhanden ist – von der Notrufanlage bis zur Möglichkeit, z.B. Essen geliefert zu bekom-

men. Entsprechende Richtlinien wurden vom Land OÖ vorgegeben und eine besondere Förderungsform geschaffen. 100 Prozent der förderbaren Kosten werden im Rahmen der Wohnbauförderung gefördert – und vom Sozialreferat (Lifteinbau u.ä.) subventioniert. Seit 1996 wurden 350 solcher Wohnungen fertiggestellt, 200 sind in Bau und 800 in Planung.

Ein anderes Beispiel ist ein Salzburger Projekt für „Integriertes Wohnen“: In Altenmarkt wurde ein Wohnhaus für Behinderte und ältere Menschen eingerichtet – mit behindertengerechten Wohnungen, Gymnastik- und Therapieräumen sowie Betreuerzimmer. Die Bewohner werden durch mobile Dienste betreut.

In Wien gibt es „Betreute SeniorInnenwohngemeinschaften“ (derzeit 10, geplant 30). In behindertengerechten Großwohnungen leben Personen gemeinsam, die ambulante Betreuung brauchen. Sie werden aber auch angehalten, sich gegenseitig zu helfen – nach dem Motto: „So wenig externe Betreuung wie möglich, so viel professionelle Unterstützung wie nötig“.

-
-
- Autorinnen der wissenschaftlichen Fassung:
- Margareta Mahidi,
- Christiane Feuerstein,
- Margarete Havel
-
-

IX.1. Gesund altern beginnt im mittleren Lebensalter

Altern per se ist keine Krankheit. Zwar nimmt mit zunehmendem Alter die Häufigkeit gleichzeitig nebeneinander bestehender ruhender Leiden und aktiver Krankheiten zu. Aber die Tatsache, dass man älter ist, heißt nicht zwangsläufig, dass man krank ist. Es bedeutet nicht einmal, dass die körperlichen und geistigen Fähigkeiten generell abnehmen, haben die medizinischen Forschungen der vergangenen Jahre gezeigt. Jeder Mensch kann etwas tun, um gesund zu altern – nämlich in jüngeren Jahren gesund leben und auch im Alter auf die Gesundheitsvorsorge achten.

-
-
- Referenzen
- **Kap. 6, Gesund und krank**
- **älter werden**
-
-

Die medizinisch-gerontologischen (also altersbezogenen) Forschungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt: Es gibt kein generelles Muster des Alterns. Alter ist ein sehr individueller Prozess. Die Rahmenbedingungen, in denen die Menschen leben, hat hier ebenso Einfluss wie die Verfügbarkeit und Qualität der medizinischen Versorgung – und der gesamt Lebenslauf jedes einzelnen Menschen. Darüber hinaus kommt auch im Alter der Rehabilitation große Bedeutung zu. Sie zögert Pflegebedürftigkeit hinaus und erhöht damit die Lebensqualität älterer Menschen.

Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation im und für das Alter sind damit wichtige Themen der Zukunft. Vorsorge und Krankheitsprävention spielen gerade in der Medizin für ältere Menschen eine besonders große Rolle. Dabei sind drei Aspekte wichtig:

1. Entscheidend für den Gesundheitszustand im Alter ist der Lebensstil in früheren Lebensabschnitten. Rauchen, Übergewicht und Bewegungsmangel im mittleren Alter verringern die Wahrscheinlichkeit, im höheren Alter behinderungsfrei zu leben.
2. Vorsorge und Prävention dürfen sich allerdings nicht auf das mittlere Lebensalter beschränken. Denn Gesundheitsvorsorge muss in jedem Alter betrieben werden, insbesondere auch im höheren Alter. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine Gesundheitsvorsorge für das höhere Alter zu planen und gültige Richtlinien zu formulieren. Dass

hier nach großer politischer Handlungsbedarf besteht ist nicht zuletzt aus der geringen Häufigkeit erkennbar, mit der das Angebot angenommen wird, einmal pro Jahr kostenlos eine Gesundenuntersuchung in Anspruch zu nehmen. Ältere Menschen nutzen dieses Angebot dabei derzeit noch seltener als jüngere.

3. Rehabilitation sollte nicht nur darauf abzielen, eingeschränkte oder benachteiligte Personen zu befähigen, sich ihrer Umwelt anzupassen. Sondern sie soll auch in ihrer unmittelbaren Umgebung und in die Gesellschaft als Ganzes einzugreifen, um die soziale Integration zu erleichtern. Die Rehabilitation in der Geriatrie muss sich darüber hinaus den verschiedenen Phasen der chronischen Erkrankung anpassen.

Ältere Menschen haben besondere medizinische Merkmale

Ältere Menschen sind zahlenmäßig gesehen die wichtigsten „Konsumenten“ der Leistungen des Gesundheitssystems. Ältere, sogenannte „geriatriische“ Patienten haben dabei besondere medizinische Merkmale, nämlich u.a.:

- ▶ das Leiden an mehreren ruhenden oder akuten Erkrankungen (Multimorbidität),
- ▶ eine veränderte, oft unspezifische Symptomatik (d.h. dass sich manche Krankheiten

im Alter anders äußern können als bei jüngeren Menschen)

- ▶ verlängerte Krankheitsverläufe und eine verzögerte Genesung,
- ▶ samt dem Problem der oft damit einhergehenden geringen Mobilität und
- ▶ die veränderte Reaktion auf Medikamente.

Das öffentliche Gesundheitswesen wird in Zukunft noch stärker gefordert sein, sich auf diese Umstände einzustellen und sinnvolle, altersgemäße Therapien zu entwickeln bzw. zu verbessern. Die Einstellung der Ärzte trägt dabei wesentlich zur Bewältigung der aufgezeigten Probleme, insbesondere der Multimorbidität bei. Das Ziel in der Behandlung älterer Menschen muss sein, die Morbidität zu senken – also auch die ruhenden bzw. chronischen Krankheiten zeitgerecht zu erkennen und vorbeugend zu behandeln, damit sie erst später ausbrechen.

Gesundheitsbedrohungen im Alter

Demenzerkrankungen

Die Häufigkeit von Demenzerkrankungen – also alle Formen der „Altersverwirrtheit“ – kann in Österreich derzeit nur geschätzt werden. Die altersbedingte Häufigkeitsrate von Demenzerkrankungen beträgt 4 % bei den 70- bis 74-jährigen, an-

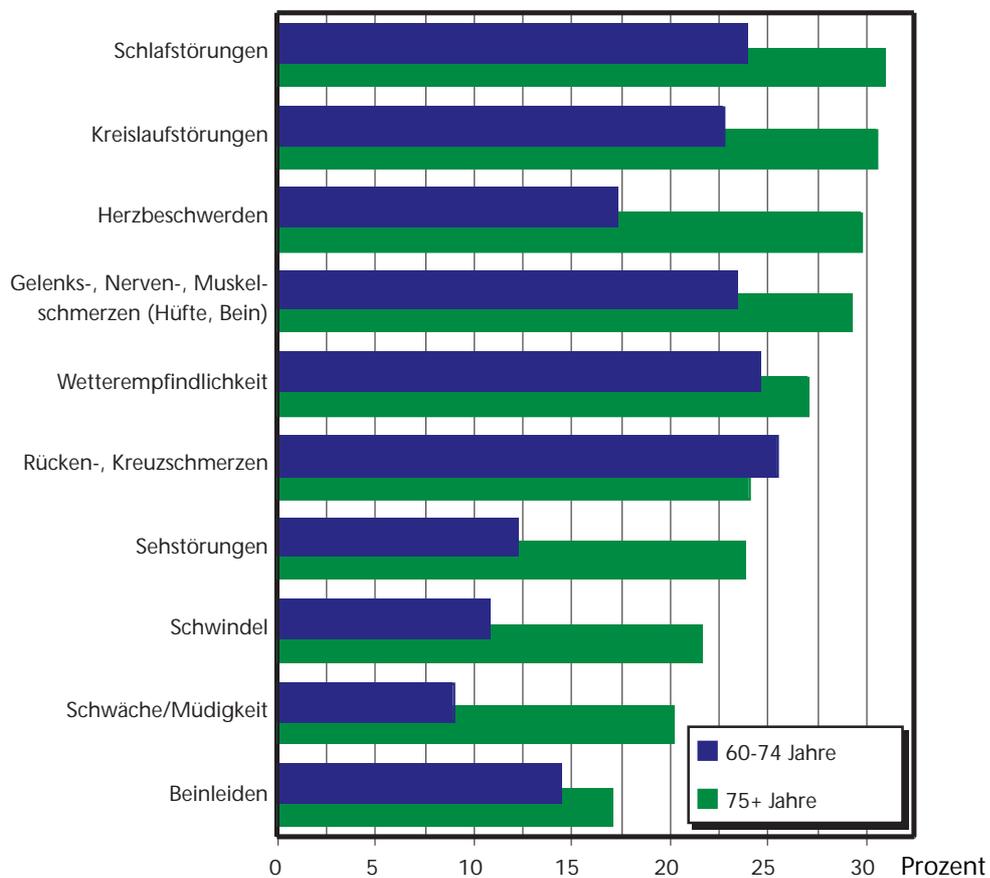
steigend auf 13 % bei den 80- bis 84-jährigen und 35 % bei den 95+ jährigen.

Osteoporose

Das Risiko an Osteoporose zu erkranken steigt mit dem Alter an und ist eine der wesentlichen Ursachen für Morbidität, Morta-

lität und erhöhte Behinderungsraten. Die altersspezifischen Vorfallsrate für Schenkelhalsfrakturen betragen in Österreich bei 80- bis 84-jährigen Frauen 138/10.000 und für 80- bis 84-jährige Männer 54/10.000, für über 85-jährige Frauen 351/10.000 und für über 85-jährige Männer 110/10.000.

Am häufigsten genannte Beschwerden der 60- bis 74jährigen sowie der 75+jährigen Frauen

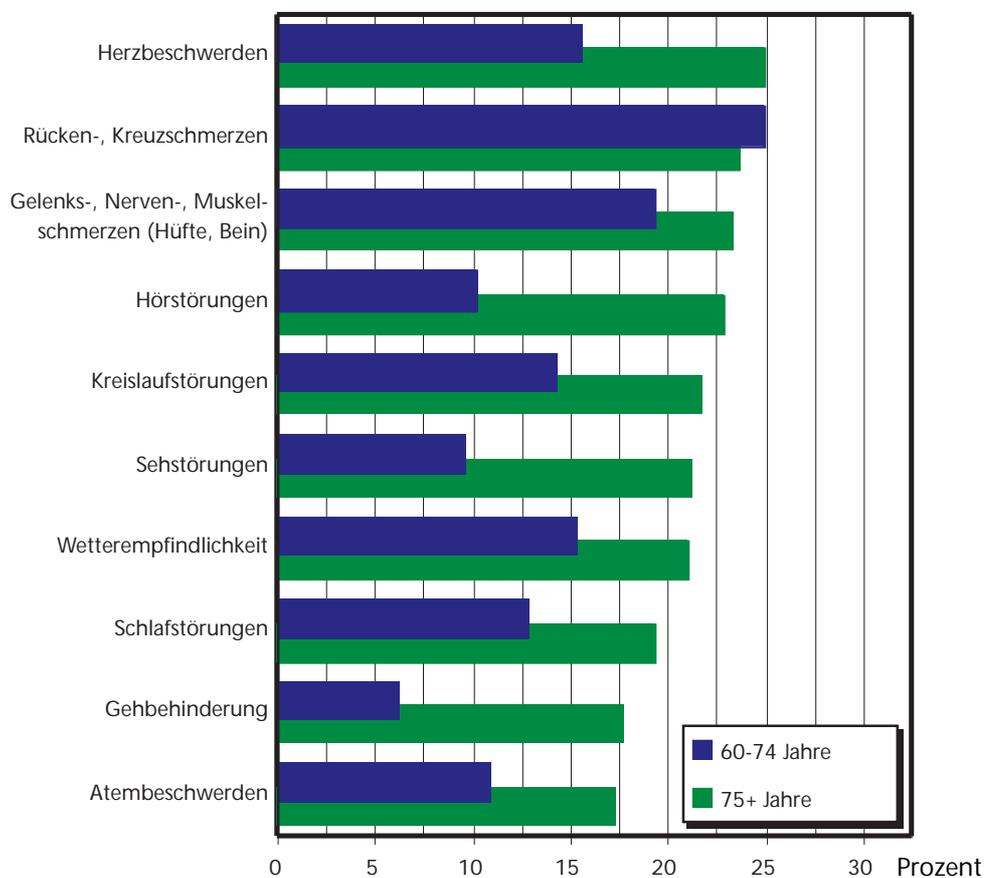


Inkontinenz

Inkontinenz ist noch immer ein Tabuthema, obwohl eine große Zahl von Menschen in Österreich davon betroffen ist. Ab dem 60. Lebensjahr sind bis zu 40 % der Frauen von Inkontinenz betroffen. Das Problem kommt bei älteren Frauen etwa doppelt so häufig vor wie bei älteren Män-

nern. In einer Untersuchung der Wiener Universitätsklinik für Physikalische Medizin und dem Institut für Sozialmedizin der Universität Wien leiden etwa 20 % der Frauen zwischen 40 und 60 Jahren laut eigenen Angaben unter Harninkontinenz, wobei 75 % noch nie einen Arzt diesbezüglich aufgesucht haben.

Am häufigsten genannte Beschwerden der 60- bis 74jährigen sowie der 75+jährigen Männer



Parkinson-Krankheit

Eine bei älteren Menschen häufig vorkommende Diagnose ist die der Parkinson-Krankheit. Über die Verbreitung dieser Krankheit liegen für Österreich keine Zahlen vor. Aus der Spitalsentlassungsstatistik zeigt sich, daß beinahe doppelt so viele Männer wie Frauen stationär mit dieser Krankheit aufgenommen werden. Das Erkrankungsrisiko steigt mit dem Alter an.

Krankheiten und Beschwerden

Einer Studie des Instituts für Sozialmedizin der Universität Wien (SERMO-Studie) zufolge sind die häufigsten momentanen Krankheiten (zum Zeitpunkt der Befragung) der über 60-jährigen nach eigenen Angaben erhöhter Blutdruck (16,9 %), Erkrankungen der Gelenke (12,9%) und

Diabetes (10,6 %). Bei den etwas jüngeren Personen (45- bis 59-jährigen) werden am häufigsten Schäden an der Wirbelsäule (9,4 %), fieberhafte Erkrankungen (9,4 %) und erhöhter Blutdruck (7,5 %) als Krankheit genannt. Die am häufigsten auftretenden chronischen Krankheiten (bei den 45- bis 59-jährigen und bei den über 60-jährigen) sind ebenfalls hoher Blutdruck, chronisches Gelenksrheuma und Gefäßstörungen an den Beinen (siehe untenstehende Tabelle).

Bei den Beschwerden werden im höheren Alter dem Mikrozensus zufolge Herzbeschwerden und Kreislaufstörungen, Schmerzen im Bereich der Gelenke, Nerven und Muskeln, Rücken- und Kreuzschmerzen, Schlafstörungen, Hör- und Sehstörungen sowie Wetterempfindlichkeit am häufigsten genannt (Abbildung auf Seite 110).

Am häufigsten genannte chronische Erkrankungen der Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren (Prozentwerte)

chronische Krankheit	Männer (%)	Frauen (%)	insgesamt (%)
hoher Blutdruck	26	34	31
chron. Gelenksrheuma	16	23	20
Gefäßstörungen an den Beinen	13	21	18
Zuckerkrankheit	8	12	10
niederer Blutdruck	6	12	10
Asthma	3	3	3

Quelle: Institut für Sozialmedizin der Universität Wien: SERMO-Studie 1995

Sterberate ist seit 1980 stark gesunken

Österreich zählt heute zur Gruppe der Länder mit der weltweit höchsten Lebenserwartung.

Materieller Wohlstand, eine hohe soziale Sicherheit sowie ein gut ausgebautes Gesundheitsversorgungssystem mit hoher Qualität sind dafür verantwortlich. Davon haben besonders auch die älteren Menschen profitiert. Die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Mortalität (also Sterblichkeit) für die über 60-Jährigen sind:

- ▶ Die Sterberate von Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren ist seit 1980 um ein Drittel, jene der Männer um 30 Prozent gesunken. Das – im Vergleich zu den Frauen – höhere Sterberisiko der Männer blieb damit in den letzten beiden Jahrzehnten weitgehend unverändert bestehen.
- ▶ Noch stärker als in der Gesamtbevölkerung bilden bei älteren Menschen Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems heute die wichtigste Todesursache. Bei 54 Prozent der Männer und bei 63 Prozent der Frauen, die das 60. Lebensjahr erreichen, führen solche Krankheiten zum Tod. Der Rückgang der Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten ist ganz wesentlich auf die Verringerung der Herz-Kreislaufsterblichkeit bei älteren Menschen zurückzuführen.
- ▶ Die zweit wichtigste Sterbeursache sind Krebserkrankungen: Ein Viertel der Männer bzw. einem Fünftel der Frauen über 60 Jahren sterben daran. Aber auch hier zeigt

sich ein positiver Trend: 1998 war das Risiko, an einer Krebserkrankung zu sterben, bei älteren Männern um 16 Prozent und bei älteren Frauen um 15 Prozent geringer als 1980.

- ▶ Alle sonstigen Krankheiten spielen als Todesursache eine untergeordnete Rolle.
- ▶ 4 Prozent der Männer und 2 Prozent der Frauen über 60 sterben nicht an einer Krankheit, sondern erleiden einen gewaltsamen Tod vor allem durch Unfälle durch Sturz, Verkehrsunfälle oder Selbstmord. Die Sterberaten in diesem Bereich sind seit 1980 allerdings stark zurückgegangen. Nahezu halbiert hat sich die Selbstmordrate der Frauen. Bei älteren Männern, die sehr viel häufiger Selbstmord begehen als ältere Frauen, ist seit 1980 dagegen keine Reduktion der Selbstmord-Sterberate zu beobachten.

Gesundheitszustand hat sich verbessert

Ältere Menschen leben heute nicht nur länger, auch ihr Gesundheitszustand hat sich in den vergangenen Jahrzehnten tendenziell verbessert. Dieser positive Trend zeigt sich an zwei – sehr unterschiedlichen – Indikatoren: der Häufigkeit von Krebserkrankungen sowie der Selbsteinschätzung der eigenen Gesundheit.

Häufigkeit von Krebserkrankungen

Auf der Basis des beim Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) geführten Krebsregisters zeigt sich, dass das Risiko einer Krebserkrankung bei den über 60jährigen Frauen seit 1983 und bei den gleichaltrigen Männern seit 1989 leicht gesunken ist. Der viel stärkere Rückgang der Krebssterblichkeit ist damit wahrscheinlich auf das frühe Erkennen von Tumoren sowie auf die Fortschritte in der Behandlung zurückzuführen. Ein deutlicher Rückgang des Erkrankungsrisikos zeigt sich u.a. beim Lungen-

krebs (nur bei Männern), beim Darmkrebs (nur bei Frauen), beim Magenkrebs sowie beim Gebärmutterhalskrebs. Durch Früherkennungsprogramme stark gestiegen ist dagegen die dem Krebsregister gemeldete Häufigkeit von Prostatakrebs bei den Männern und von Brustkrebs bei den Frauen.

Immer mehr ältere Menschen fühlen sich bei „guter“ Gesundheit

Das Ausmaß, in dem ältere Menschen ihren eigenen Gesundheitszustand mit „gut“ beurteilen, hat sich in den vergangenen

Lebenserwartung in guter Gesundheit und Anteil von in guter Gesundheit verbrachten Lebensjahren an der fernerer Lebenserwartung 1978 bis 1998: Österreichische Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren

Alter	Männer				Frauen			
	1978	1983	1991	1998	1978	1983	1991	1998
Lebenserwartung in guter Gesundheit (Jahre)								
60	12.6	13.7	14.9	16.3	14.5	16.4	17.5	19.0
65	9.3	10.5	11.5	12.8	10.8	12.5	13.6	14.9
70	6.7	7.6	8.5	9.7	7.6	9.0	9.9	11.0
75	4.5	5.1	5.8	6.7	4.9	6.0	6.7	7.5
80	2.8	3.2	3.7	4.4	2.8	3.6	3.9	4.3
85	1.3	1.6	1.6	1.8	1.3	1.5	1.5	1.7
Anteil der Lebensjahre in guter Gesundheit an der restlichen Lebenserwartung in %								
60	80	85	85	89	75	83	83	87
65	76	82	82	87	71	80	81	85
70	72	79	79	85	66	76	77	82
75	67	73	75	83	60	71	73	78
80	62	68	72	81	54	67	68	72
85	59	62	68	74	56	65	61	66

Quelle: Doblhammer, Gabriele/Kytir, Josef: Lebenserwartung älterer Menschen in guter Gesundheit. Trends für Österreich 1978 – 1998, in: Demographische Informationen 1999 (im Erscheinen)

Jahrzehnten deutlich erhöht. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen und gleichermaßen für die Gruppe der jüngeren Alten als auch für Hochbetagte.

So beurteilten 1978 rund 17 Prozent der 65- bis 69-jährigen Männer und 18 Prozent der gleichaltrigen Frauen ihren Gesundheitszustand mit „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Bis 1998 hatte sich dieser Wert bei beiden mehr als halbiert (auf 8 Prozent).

Unter den 80- bis 84-jährigen empfanden laut Mikrozensus 1998 16 Prozent der Männer und 25 Prozent der Frauen ihren Gesundheitszustand als schlecht. Zwanzig Jahre vorher war auch dieser Anteil jeweils doppelt so hoch.

Gemeinsam mit dem Rückgang der Sterberaten führte dieser Trend der immer besseren Einschätzung des eigenen Befindens zu einem starken Zuwachs an in guter Gesundheit verbrachten Lebensjahren.

► So konnten 60-jährige Männer 1998 durchschnittlich mit weiteren 16,3 Lebensjahren in guter Gesundheit rechnen. Das sind 89 Prozent der gesamten statistisch noch erwartbaren Lebenszeit. Verglichen mit 1978 sind das 3,7 „gesunde“ Jahre mehr.

► Für 60-jährige Frauen zeigt sich ein ebenso positiver Trend. Die „gesunden“ Lebensjahre stiegen zwischen 1978 und 1998 um 4,5 Jahre auf 19 Jahre. Der Anteil der gesund verbrachten Rest-Lebenszeit erhöhte sich damit von 75 (1978) auf 87 Prozent (1998).

Die skizzierten Trends lassen hoffen, dass die im Zusammenhang mit dem „Ergrauen“

der Gesellschaft befürchteten negativen Folgen für das öffentliche Gesundheitswesen auf zu pessimistischen Annahmen über die möglichen Verbesserungen des Gesundheitszustandes älterer Menschen in den wirtschaftlich entwickelten Wohlfahrtsstaaten beruhen. Diese Vermutung liegt vor allem deshalb nahe, da internationale Studien belegen, dass ein enger Zusammenhang zwischen subjektiver Einschätzung der eigenen Gesundheit und der tatsächlicher Gesundheit bestehen.

-
- Autorinnen und Autoren der
- wissenschaftlichen Fassung:
- Franz Böhmer, Josef Kytir,
- Jannette Langgassner, Anita
- Schmeiser-Rieder
-

X.1. Freizeit und aktives Älterwerden

Freizeit im Alter muss nicht nur Ausruhen, Langeweile oder Rückzug bedeuten. Sie bietet vielmehr die Möglichkeit für ein erfülltes, zufriedenes und sinnvolles Leben im Alter.

Der Großteil der wissenschaftlichen Diskussionen der Freizeit dreht sich um die Frage, wie weit das Freizeitverhalten älterer Menschen von den Bedingungen der Arbeitsgesellschaft beeinflusst ist. Bisher ging man davon aus, dass die Arbeitsethik in Form einer „Geschäftigkeitsethik“ in die nachberufliche Lebensphase mitübernommen wird – also dass Arbeitseinstellungen (Leistung, Disziplin, Pflichtgefühl) die nicht-beruflichen Aktivitäten prägen (z.B. Do-it-yourself-Tätigkeiten).

Dieser Ansatz wird heute aber in Frage gestellt. Von einer Kontinuität zwischen Arbeitswelt und Ruhestand auszugehen, scheint zumindest fragwürdig, je länger der Ruhestand dauert und je größer die Möglichkeiten zur Gestaltung des Ruhestands werden. Zudem stellt die Freizeitforschung fest, dass immer mehr Menschen außerhalb der Arbeit eine Sinnorientierung finden – und sich z.B. als SportlerInnen, MusikerInnen, Reisende, Hobby-HistorikerInnen definieren.

-
-
- Referenzen:
- **Kap. 7.1, Freizeitverhalten**
- **und Freizeitstile**
-
-
-

Auch ältere Menschen haben nicht nur Freizeit

Für ältere Menschen ist die Zeiteinteilung sehr stark von Haushaltsleben und -arbeit bestimmt. Ältere Frauen und Männer haben meist unterschiedlich viel freie Zeit; das ist auf die jeweiligen Geschlechterrollen

zurückzuführen. Ein „typischer“ Tagesablauf von SeniorInnen: Bei den älteren Frauen ist der Vormittag mit Saubermachen, Einkauf, Kochen, Waschen, Bügeln gefüllt. Männer wenden einen Teil ihres Vormittags auch für Tätigkeiten außer Haus und zur Lektüre auf. Die Nachmittage gelten sowohl bei Männern als auch Frauen am ehesten der Freizeit. Die Abende sind meistens dem Fernsehen gewidmet.

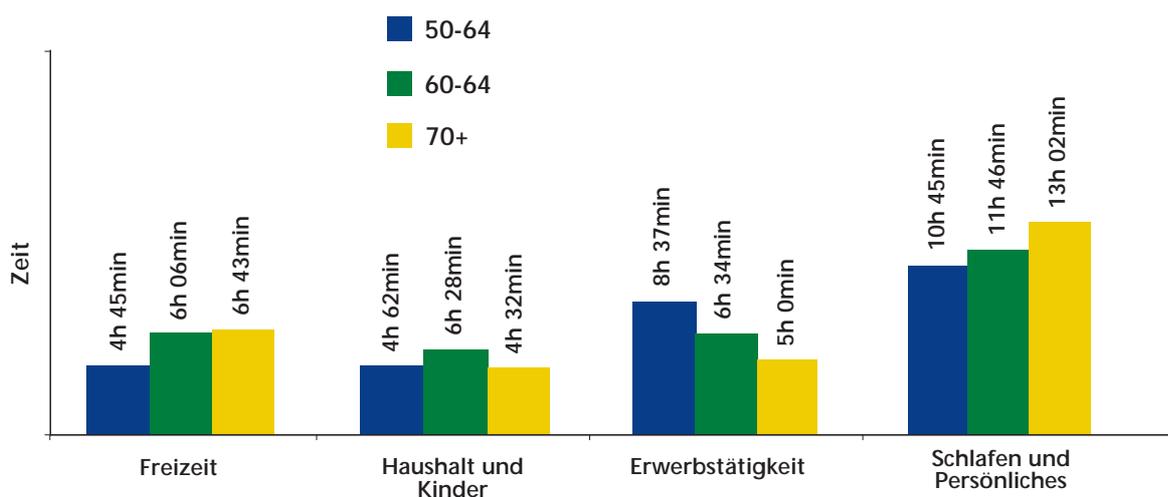
Einen genauen Überblick über die Zeitverwendung älterer ÖsterreicherInnen erhält man anhand zweier Mikrozensus-erhebungen von 1981 und 1992. Unterschiede werden darin „Erwerbstätigkeit“,

„Haushalt und Kinder“, „Freizeit“, sowie „Schlafen und Persönliches“ (dazu zählen auch Körperpflege oder die Einnahme von Mahlzeiten).

Erwartungsgemäß nimmt mit zunehmendem Alter die Bedeutung von Erwerbstätigkeit ab und die der Freizeit zu. Im Schnitt steigt der Freizeitanteil pro Tag von 4 Stunden 45 Minuten für 50 bis 54-Jährige auf 6 Stunden 43 Minuten für die über 70-Jährigen.

Auch der Unterschied zwischen Freizeitanteil an Wochentagen und den Wochenenden wird mit zunehmendem Alter geringer. Trotzdem bleiben bei den Älteren

Zeitverwendung pro Tag



Quelle: ÖSTAT 1995; x-Achse: Lebensbereiche; y-Achse: Zeitausmaß

Anmerkung: Durch Mehrfachcodierungen ergeben sich jeweils mehr als 24 Stunden pro Tag

Unterschiede erhalten: Am Wochenende wird mehr geschlafen, es gibt mehr Kontakte zu Verwandten und es wird länger ferngesehen.

Bezogen auf alle Wochentage haben ältere Männer durchschnittlich eine Stunde mehr Freizeit als ältere Frauen. Alleinlebende über 60 verbringen mit Freizeitaktivitäten durchschnittlich um eine Dreiviertelstunde mehr Zeit als jene, die in einer Partnerschaft leben.

Zwischen 1981 und 1992 ist ein auffälliger Anstieg von SeniorInnen zu verzeichnen, die sogenannten unbezahlten produktiven Tätigkeiten nachgehen. 1992 übten im Wochendurchschnitt pensionierte Frauen 5 Stunden 15 Minuten solche Arbeiten aus; bei den Männern waren es 3 Stunden 30 Minuten.

Verwandten- und Bekanntenbesuche werden in der Altersgruppe der 55- bis 69-Jährigen häufiger gemacht als von den 50- bis 54-Jährigen oder den über 70-Jährigen. Dabei haben Männer über 60 durchwegs mehr Zeit für Verwandte und Bekannte als Frauen gleichen Alters – ein mit dem Alter noch zunehmender Unterschied. Gleiches gilt auch für telefonische Kontakte. Wer telefoniert, tut dies im Durchschnitt täglich etwas mehr als eine halbe Stunde lang, wobei in allen Altersgruppen ab 50 Jahren die Männer mehr Zeit dafür aufwenden als die Frauen.

SeniorInnen geben weniger für Freizeit aus

Nach einer Konsumerhebung aus den Jahren 1993/94 lagen die Haushaltsausgaben der PensionistInnen mit monatlich 21.400 S deutlich unter dem Durchschnitt aller Haushalte (31.200 S). Für Bildung, Erholung, Freizeit und Sport gaben PensionistInnen 10,5 Prozent davon aus – das sind zwei Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt. Diese 10,5 Prozent verteilen sich zu 5,1 Prozent auf Sport und Freizeit, zu 3 Prozent auf Urlaub und Erholung, 2,2 Prozent werden für Kultur und Unterhaltung ausgegeben und nur 0,2 Prozent für Bildung.

Je höher der Bildungsstatus ist, desto höher liegen die durchschnittlichen Ausgaben für Bildung, Erholung, Freizeit und Sport.

► So stehen pensionierten ArbeiterInnen pro Kopf rund 13.500 S Budget zur Verfügung, wovon sie 8,8 Prozent für Bildung, Erholung, Freizeit und Sport ausgeben.

► Haushalte früherer Angestellter haben 19.400 S pro Kopf zur Verfügung, wovon 13,7 Prozent für den Freizeitbereich ausgegeben werden.

► Pensionierte BeamtInnen verfügen über 21.300 S pro Kopf und geben 11,7 Prozent für den Freizeitbereich aus.

Fast alle haben einen Fernseher
Vom ÖSTAT 1998 erhobene Daten zeigen, dass die Haushalte der 50- bis 59-

Jährigen gut mit Freizeit- und Unterhaltungsgeräten ausgestattet sind. Ab dem 60. Lebensjahr ändert sich das jedoch – die Ausstattung der über 60-Jährigen liegt unter dem Durchschnitt der österreichischen Haushalte. Allgemein häufig ist bei den SeniorInnen aller Altersgruppen aber der Besitz eines Fernsehgerätes (98 Prozent).

Unter den Sportgeräten findet sich in den Haushalten über 50-Jähriger am häufigsten ein Fahrrad. 72,5 Prozent der Haushalte von 50- bis 59-Jährigen haben ein solches und 64 Prozent der bis zu 69-Jährigen. In Haushalten mit über 70-jährigen männlichen Vorständen ist noch zu 50 Prozent ein Fahrrad gegeben. Haushalte mit weiblichen

Haushaltsvorständen verfügen insgesamt über weniger Sportgeräte.

Vielfältige Interessen

Kulturelle Veranstaltungen

Für die Mehrheit der Älteren hat der Besuch kultureller Veranstaltungen den Charakter des besonderen Ereignisses. Das Interesse für Kultur und die Häufigkeit der Veranstaltungsbesuche nehmen mit zunehmendem Alter jedoch ab.

Nach dem Mikrozensus 1998 geht etwa der Theaterbesuch von gut 31 Prozent bei

Ausstattung mit Unterhaltungsgeräten nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)

Gerät	Alle Haushalte	Altersgruppen		
		50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 u. älter
Fernsehgerät	96,7	97,9	98,3	96,8
Kabelfernsehen	34,2	35,6	32,8	30,1
Eigene Satellitenempfangsanlage	30,5	36,5	34,2	21,3
Gemeinschaftssatellitenanlage	8,1	7,3	6,9	7,4
Teletext (TV oder Video)	54,7	62,7	48,0	30,4
Videorecorder	62,8	70,4	53,4	32,2
Videokamera	15,5	18,2	10,4	6,1
Videospiele	17,1	16,6	7,3	3,8
PC/Laptop	23,9	24,8	11,4	5,7
Telefonmodem für PC/Laptop	5,3	4,6	1,8	1,2
Internetanschluss	4,8	4,4	1,7	1,1
HiFi-, Stereo-, Kompaktanlage	64,0	63,2	50,0	35,5
CD-Player (auch in Anlage integriert)	58,6	62,6	41,2	23,0

Quelle: ÖSTAT: Mikrozensus Freizeitkultur 1998

den 50- bis 59-Jährigen auf 18 Prozent bei den über 70-Jährigen zurück. Der Anteil der Konzert-, Opern- und OperettenbesucherInnen nimmt bis zum mittleren Lebensalter hin zu und liegt bei den 50- bis 59-Jährigen am höchsten. Das Interesse an Volks- und Blasmusikkonzerten nimmt ebenfalls mit dem Alter zu und ist am höchsten bei den 50- bis 70-Jährigen.

Kulturelle Beteiligung ist deutlich bildungsabhängig: Je höher die Schulbildung, desto häufiger ist die Teilnahme und desto eher besteht auch im höheren Alter Interesse an kulturellen Veranstaltungen. Der geschlechtsspezifische Vergleich zeigt, dass Frauen zwischen 50 und 70 Jahren mit Ausnahme von Volksmusikkonzerten sämtliche Kulturveranstaltungen öfter besuchen als Männer. Wer in Kleingemeinden wohnt, über wenig Schulbildung und niedriges Einkommen verfügt, gehört auch im Alter nur selten zum Konzert-, Theater- oder Opernpublikum.

Museums- und Ausstellungsbesuche

Auch der Ausstellungs- oder Museenbesuch ist bildungs-, einkommens- und mobilitätsabhängig. Ein Vergleich der verschiedenen Altersgruppen zwischen 50 und 70 Jahren ergibt jedoch keine bemerkenswerten altersbedingten Unterschiede, die auf nachlassendes Interesse bei den „Älteren“ hinweisen. Erst nach dem 70. Lebensjahr geht die Beteiligung langsam zurück.

1998 haben laut ÖSTAT rund 29 Prozent der 50- bis 59-Jährigen und 24 Prozent der 60- bis 69-Jährigen innerhalb eines Jahres mindestens einmal ein Museum bzw. eine Ausstellung bildender Kunst besucht. Bei den über 70-Jährigen waren dies noch 17 Prozent. Erstaunlicherweise gehen – mit Ausnahme von Wien – GroßstadtbewohnerInnen nicht häufiger in eine Ausstellung oder ein Museum als Personen aus kleineren Gemeinden.

Fernsehen und Radio

Ältere Menschen zählen zu den intensivsten NutzerInnen des Fernsehens. Es gehört – neben Lesen, Gartenarbeiten und Spaziergehen – zu den besonders beliebten Beschäftigungen der Älteren in ihrer Freizeit. Wenn sich die Beziehungen zu anderen Menschen im hohen Alter verringern (z. B. durch große Entfernungen zu nächsten Angehörigen oder Krankheit), dann dient das Fernsehen als Vermittler einer „sekundären“ (Ersatz-)Realität.

Der durchschnittliche tägliche Fernsehkonsum steigt mit zunehmendem Alter. Er betrug laut Teletest 1998

- ▶ bei den 50- bis 59-Jährigen 2 Stunden 46 Minuten,
- ▶ bei den 60- bis 69-Jährigen 3 Stunden 37 Minuten und
- ▶ bei den über 70-Jährigen knapp über vier Stunden.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (im Durchschnitt rund 2 Stunden 20 Minuten)

sehen Menschen ab 50 damit überdurchschnittlich viel fern.

Die älteren ÖsterreicherInnen sehen vergleichsweise häufiger als Jüngere die Programme des ORF: Während der Marktanteil des ORF bei Sehern unter 50 Jahren bei 53 Prozent liegt, steigt er auf bis zu 74 Prozent bei den 60- bis 69-Jährigen.

Der Geschlechtervergleich zeigt: Frauen sehen unter der Woche mehr fern, aber an Samstagen und Sonntagen weniger als Männer. Die soziale Lage und das Bildungsniveau haben keinen wesentlichen Einfluss auf den Fernsehkonsum: Soziale Ungleichheit spielt hier eine deutlich geringere Rolle als etwa beim Besuch kultureller Veranstaltungen.

Zeitungen und Zeitschriften

Für die älteren Menschen hat das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften einen hohen Stellenwert, wenn er auch nicht vergleichbar mit dem des Fernsehens ist.

Nach einer 1991 durchgeführten Studie lesen über 50-Jährige täglich etwa eineinhalb Stunden lang Zeitschriften oder eine Tageszeitung, wobei sich Nicht-mehr-Berufstätige etwa eine halbe Stunde mehr Zeit dafür nehmen als die Berufstätigen. Sowohl die jüngeren als auch die älteren SeniorInnen lesen täglich oder mehrmals wöchentlich eine Tageszeitung.

Für ältere Frauen sind Zeitungen weniger wichtig als für gleichalte Männer. Auffällig sind Unterschiede nach dem Niveau der Schulbildung: 90 Prozent der Personen mit

Matura lesen täglich eine Tageszeitung, aber nur 55 Prozent der PflichtschulabsolventInnen. Generell haben Personen mit niedrigerem Einkommen und in der Landwirtschaft Tätige ein geringeres Interesse an Zeitschriften und Zeitungen.

Der Stellenwert des Buches

Lesen ist jene Tätigkeit, die von älteren Menschen am häufigsten als Lieblingsbeschäftigung in der Freizeit genannt wird. Der Stellenwert des Buches ist in Österreich aber allgemein gering. Nach dem Mikrozensus 1998 haben innerhalb einer Woche 37 Prozent der Bevölkerung „keine Zeit“ zum Lesen von Büchern gefunden. Eine Zahl, die bei SeniorInnen aller Altersgruppen noch übertroffen wird: 38,4 Prozent der bis zu 59-Jährigen lesen während einer Woche kein Buch, 44,8 Prozent der bis zu 69-Jährigen und 45,9 Prozent der über 70-Jährigen haben keine Zeit dafür.

Allerdings ist festzustellen, dass SeniorInnen, die schon immer ein hohes Interesse für Bücher hatten, im Alter die zusätzliche freie Zeit nutzen und mehr lesen; umgekehrt verflacht geringes oder sporadisches Leseinteresse mit zunehmendem Alter noch mehr.

Nach dem Geschlecht findet sich unter 50- bis 59-Jährigen ein größerer Anteil von Nichtlesern (43 Prozent) als Nichtleserinnen (34 Prozent). Der Unterschied im Leseverhalten zwischen den Geschlechtern wird umso größer, je intensiver die Lesetätigkeit

**Zeitaufwand für Bücherlesen pro Woche 1992, 1998 nach Altersgruppen
(Spaltenprozent)**

Zeit	1992				1998			
	Gesamt	50-59	60-69	70+	Gesamt	50-59	60-69	70+
Keine Zeit	40,6	46,5	48,0	54,9	36,7	38,4	44,8	45,9
Bis 1 h	13,7	14,1	10,8	8,4	11,5	11,4	9,1	8,2
1 – 3 h	26,2	22,8	20,6	16,9	35,0	33,1	29,4	27,8
4 – 7 h	12,6	11,5	12,6	10,7	11,4	11,6	10,1	10,4
8+ h	6,2	4,9	7,3	8,3	5,3	5,4	6,4	7,5
keine Angabe	0,3	0,2	0,7	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1

Quelle: ÖSTAT: Kultur und Freizeit 1992, Freizeitkultur 1998

ist. Erst für die Gruppe der über 70-Jährigen sind keine deutlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Leseverhalten gegeben.

Und was lesen die älteren Menschen am liebsten? Im Vergleich zu anderen Altersgruppen interessieren sie sich überdurchschnittlich für historische und politische Sachbücher, Kunst und Kulturbücher, Reisebücher und Länderbeschreibungen.

Reisen und Ausflugsfahrten

Die Reiseintensität der älteren Bevölkerung hat in den letzten 30 Jahren konstant zugenommen. Während 1969 von den über 65-Jährigen mehr als vier Fünftel keine Urlaubsreise mit mehr als vier Übernachtungen gemacht haben, waren es 1996 weniger als zwei Drittel. Stark gestiegen ist das Reiseinteresse im Zeitraum von 1990 bis 1996 bei den 50- bis 59-Jährigen.

In der Reiselust sind starke regionale Unterschiede feststellbar. Während von den über 75-jährigen WienerInnen über 40 Prozent mehr als eine Urlaubsreise gemacht hatten und bei den 60- bis 74-Jährigen mehr als die Hälfte, lag dieser Anteil bei den 60- bis 74-jährigen SteirerInnen nur bei rund einem Drittel. Die älteren BurgenländerInnen reisen am seltensten: von den über 75-Jährigen haben nur 7,5 Prozent eine Reise unternommen und in der Gruppe der 60- bis 74-Jährigen weniger als ein Fünftel.

Bemerkenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede sind im höheren Alter gegeben, in dem Männer eine stärkere Reisebeteiligung zeigen. Die Reiseaktivität der älteren Menschen steigt deutlich mit höherem Einkommen, besserer Schulbildung und städtischem Wohnsitz.

Vorrangige Motive für die Urlaubsreisen der Älteren waren 1996 (ÖSTAT) je nach

Alter: Strand- und Badeaufenthalte, Studien- und Besichtigungsreisen, Ausruhen und Erholen. Badeurlaube (mit 27 Prozent) und weitere sportliche Aktiverholungsurlaube waren für die 50- bis 59-Jährigen das wichtigste Motiv. In der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen waren Studien- und Besichtigungsreisen (28 Prozent) am bedeutendsten. Anteilsmäßig nimmt in dieser Gruppe gegenüber den jüngeren SeniorInnen das Wanderbedürfnis und das Interesse am Gesundheitsurlaub zu. Bei den über 70 Jahre alten Personen tritt Ausruhen und Erholung (36 Prozent) und der Gesundheitsurlaub in den Vordergrund.

ExpertInnen meinen, dass das Interesse am Aktivurlaub zur Förderung der eigenen Gesundheit und des körperlichen Wohlbefindens an Bedeutung gewinnen, während „Ausspannen und Abschalten“ als Reismotiv verlieren wird. Für die nächste Zukunft ist mit einem weiteren Anstieg der Reiseintensität der Älteren zu rechnen, aufgrund der höheren Reishäufigkeit der jetzt 40- bis 50-Jährigen: Tourismusstudien weisen darauf hin, dass das Reiseverhalten des fünften Lebensjahrzehnts im Großen und Ganzen bis ins höhere Alter beibehalten wird.

Sportliche Aktivitäten

In medizinischer Hinsicht hat sportliche Betätigung in der zweiten Lebenshälfte eine Reihe von positiven Auswirkungen. Sport trägt beispielsweise zur Verzögerung alters-

bedingter Rückbildungsprozesse bei und beeinflusst das persönliche Wohlbefinden positiv. Trotzdem liegt der Sport unter den Freizeitaktivitäten älterer Menschen nicht im Vordergrund ihres Interesses. Sportliche Aktivitäten werden von den Älteren immer noch als zu aufwendig, risikoreich oder dem Alter unangemessen – mit Angst vor körperlicher Bloßstellung – betrachtet. Vielfach hatte der Sport für die heute Älteren in ihrer Jugend eine geringe Bedeutung – ein Verhalten, das sich in späteren Lebensphasen nicht mehr geändert hat.

1997 haben in der Studie „Austrian Life Style“ in allen Altersgruppen über 50 Jahren weniger als 9 Prozent angegeben, sehr häufig Sport zu betreiben. Etwa die Hälfte der 50- bis 59-Jährigen betreibt gar keinen Sport, bei Personen, die älter als 70 waren, stieg der Anteil der sportlich Inaktiven auf mehr als zwei Drittel an.

Zu den wichtigsten Sportarten der älteren Menschen zählen Wandern, Schwimmen und Radfahren. Regelmäßig wandern gehen 15 Prozent der über 60-Jährigen, regelmäßiges Schwimmen betreiben 13 Prozent, und zum Radfahren kommen 19 Prozent. Schwimmen und Gymnastik wird von den Frauen häufiger ausgeübt, während Männer lieber Rad fahren. Gewandert wird von beiden Geschlechtern etwa gleich gerne.

Ehrenamtliche Tätigkeiten

Mehr als vier Fünftel der über 50-Jährigen waren 1997 Mitglied in mindestens ei-

nem Verein, der überwiegende Teil aber in einer bloß formellen Mitgliedschaft. Nur 22 Prozent der Vereinsmitglieder beteiligten sich aktiv am Vereinsleben. Vorrangig sind Beteiligungen in SeniorInnenorganisationen, Sportvereinen und kirchlichen Organisationen.

Einen nach der Bevölkerung durchschnittlich höheren Anteil von Vereinsmitgliedern gibt es in Kleingemeinden. In diesen bildet die Mitgliedschaft einen Bestandteil der Lebenswelt und haben Vereine über „Vereinsziele“ eine Vielzahl von sozialen Funktionen. Je kleiner die Gemeinde, desto häufiger wird eine Mitgliedschaft in Vereinen angegeben.

Dabei sind Männer häufiger in Vereinen eingeschrieben als Frauen. Auch soziale Unterschiede sind zu bemerken: Personen mit höheren Schulabschlüssen oder höherer ehemaliger beruflicher Position und höherem Einkommen sind öfter Aktive eines Vereins.

Das Vereinsinteresse der österreichischen Bevölkerung ist allgemein eher abnehmend und deutet darauf hin, dass Freizeitaktivitäten immer weniger in einer organisierten Gemeinschaft erfolgen. Von den ÖsterreicherInnen aller Altersgruppen waren 1992 23 Prozent in Vereinen aktiv – während es 1985 noch knapp 30 Prozent waren.

Ehrenamtliches Engagement ist eine Möglichkeit für „junge Alte“, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie hat deshalb die Initiative „Bürgerbüros für Jung und Alt“ gestartet. Die gegenwärtig 10 Bürgerbüros sind eine Drehscheibe des ehrenamtlichen Engagements. Die Palette der zwischen den Generationen „vermittelten“ Tätigkeiten reicht von kurzfristiger Kinderbetreuung über Hausaufgabenhilfe für SchülerInnen bis zu kleinen Reparaturen. SeniorInnen können sich hier aktiv und selbstbestimmt engagieren – und sie helfen damit sowohl ihrer eigenen als auch anderen Generationen.

-
- Autor der wissen-
- schaftlichen Fassung:
- Franz Kolland
-

X.2. Bildung im Alter

Das Interesse an Weiterbildung lässt mit zunehmendem Alter nach. In Vergleich mit anderen Altersgruppen kommt jedoch informelles Lernen – Lektüre, Konsum von TV-Bildungssendungen, Bildungsreisen usw. – mehr zum Tragen. Zahlen zum „Lernen im Alter“ gibt es wenige. Bekannt ist, dass etwa ein Zehntel der KursbesucherInnen an Volkshochschulen über 60 Jahre alt ist. Das bedeutet, dass SeniorInnen rund 48.000 Kurse besucht haben. Spätstudierende an den Universitäten gibt es fast 13.000 – wobei hier die Altersgrenze allerdings bei 40 für Frauen und 45 für Männer liegt.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 7.2, Bildung im Alter
-
-

Erwachsenenbildung wird von vielen Institutionen angeboten. Einen österreichweiten Überblick, geschweige denn Zahlen über die Nutzung durch die älteren Menschen, gibt es mit Ausnahme der Volkshochschulen und der Universitäten nicht. Daneben bieten auch die verschiedenen (parteinahen) SeniorInnenverbände, das Wiener SeniorInnenzentrum im WUK, die Glaubensgemeinschaften oder auch Fernschulen Bildung für SeniorInnen an.

Lebenslanges Lernen

Lange Zeit wurde angenommen, dass generell die Intelligenz mit zunehmendem Alter abnimmt. Davon kann aber, wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen, nicht die Rede sein. Vielmehr hängt die Intelligenzleistung (auch) der älteren Menschen von der erworbenen Schulbildung, der Berufserfahrung und dem jeweiligen Umfeld ab.

Auch ältere Menschen sind lernfähig – sie lernen nur anders. Bei kulturunabhängigen Inhalten lernen sie langsamer, aber bei Inhalten, die an die jeweilige Lebenssituation und die individuellen Wissensbedürfnisse anschließen, sind sie sehr erfolgreich. Dass Lernen im Alter mehr Zeit braucht, liegt nicht zuletzt daran, dass die Lerntechnik und Geübtheit geringer sind. Durch Üben und Lernen können allfällige Defizite aber wettgemacht werden.

Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass Lernen ein wesentlicher Faktor eines aktiven, auch aktiv erlebten Alters ist. Lebensbegleitendes Lernen auch im Alter kann vieles unterstützen – von der Vorbereitung auf das Altern bis zu neuen Handlungs- und Denkspielräumen.

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung – von Bildungshäusern über Volkshochschulen bis zu den Universitäten – bieten in Österreich relativ wenig seniorInnen-spezifische Veranstaltungen an. Dies hat aber auch einen Grund: Die meisten Bildungsanbieter sehen Bildung als Bildung für alle Menschen – und wollen damit auch die Begegnung zwischen Jüngeren und Älteren fördern und der Ausgrenzung bestimmter Altersgruppen entgegenwirken. Auf die speziellen Erfordernisse älterer Menschen geachtet wird am ehesten bei körperlichen Aktivitäten – wie Tanz, Gymnastik u.ä.

Weiterbildungsinteresse
sinkt mit zunehmendem Alter

Das Interesse an Weiterbildung sinkt mit zunehmendem Alter deutlich. Laut einer Studie 1998 hatten während der vergangenen drei Jahre mindestens eine Veranstaltung besucht:

- ▶ 56 Prozent der 30- bis 39-Jährigen
- ▶ 44 Prozent der 40- bis 49-Jährigen
- ▶ 34 Prozent der 50- bis 59-Jährigen und nur mehr
- ▶ 20 Prozent der über 60-Jährigen.

Ähnlich ist es bei der Absicht, in der

Zukunft „etwas zu tun“: Nur 10 Prozent der über 60-Jährigen wollten dies „ganz sicher“ – und 12 Prozent „vielleicht“. Deutlich zeigt sich die Abhängigkeit vom früher erworbenen Bildungsstand. Keine Untersuchungen gibt es, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Allerdings wurde festgestellt: Drei Viertel der BesucherInnen von Volkshochschul-Kursen waren Frauen.

Zu beachten ist beim Weiterbildungsinteresse der SeniorInnen aber auch eines: Lesen von Fachliteratur, Konsum von Bildungssendungen, Bildungsreisen u.ä. hat, wie eine Untersuchung 1996 ergab, einen recht hohen Stellenwert. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit zunehmendem Alter andere als nur institutionalisierte Weiterbildung in den Vordergrund tritt.

Interessen und Anforderungen
an die Weiterbildung

In der Frage, welche Weiterbildungsthemen besonders interessant sind, unterscheiden sich die älteren Menschen (laut einer Studie 1994) deutlich von den jüngeren. Erwartungsgemäß tritt die „berufliche Bildung“, die für die bis zu 50-Jährigen an erster Stelle steht, in den Hintergrund – immer stärker mit zunehmendem Alter. Dafür rücken für die über 50-Jährigen Gesundheitsfragen an die erste Stelle, und auch „Kochen, Ernährung“ gewinnt mit zunehmendem Alter an Gewicht. Sowohl für 50- bis 59-Jährige als auch für die über 60-Jährigen liegen Sprachen am dritten Platz.

Das Interesse an „Politischer Bildung“ nimmt zwar mit dem Alter ab, liegt aber noch im ersten Drittel bei den über 60-Jährigen. Knapp davor liegen aber, überraschenderweise, bei den Älteren noch „Frauenthemen“ (an 5. Stelle).

Religion interessierte die über 60-Jährigen weit mehr als die Fünfziger.

Kaum Interesse zeigten die älteren Menschen für Philosophie, Medien oder Autogenes Training. Und relativ wenig genannt wurden auch Malen und Zeichnen, Umgang mit Computern – etwas mehr noch Kunst und Literatur, Gymnastik und Sport.

Bei den Anforderungen an das Bildungsangebot sind sich Ältere und Jüngere einig, dass es „interessant“ sein muss, gute „Lehrende“ verlangt werden und die Gebühren erschwinglich sein sollen. Mit zunehmendem Alter wird aber wichtig, dass die Kurse in Wohnnähe und zu günstigen Zeiten stattfinden. Als Motiv gewinnt bei den älteren Menschen „Menschen treffen“ deutlich an Bedeutung.

SeniorInnen an den Volkshochschulen

Rund zehn Prozent der KursbesucherInnen an Volkshochschulen (VHS) sind über 60 Jahre alt. Zum Vergleich: Die über 60-Jährigen machen rund 20 Prozent der Bevölkerung aus. Allerdings hat das Interesse der

älteren Menschen an VHS-Kursen in den vergangenen Jahren zugenommen. 1981/82 waren erst 6 Prozent der KursteilnehmerInnen über 60. Im Bundesländervergleich zeigt Wien die höchsten Anteile und Vorarlberg die niedrigsten.

Am stärksten interessiert waren die älteren KursteilnehmerInnen – überraschenderweise – an Sprachen (29,4 Prozent), gefolgt von Körper und Gesundheit (29 Prozent). Kurse in den Bereichen Kreativität und Freizeit (23 Prozent) sowie Gesellschaft und Kultur (14,5 Prozent) wurden von den über 60-Jährigen auch noch relativ oft nachgefragt. Kaum angenommen wurden hingegen Angebote zu Naturwissenschaft und Technik, Wirtschaft und Zweiter Bildungsweg.

SeniorInnen an den Universitäten

An den Universitäten beginnt das Alter bereits etwas früher: Die Grenzen für das SeniorInnenstudium liegen bei 40 Jahren für Frauen und bei 45 Jahren bei Männern. Als SeniorInnen werden an den Hochschulen jene Menschen gesehen, die studieren, ohne dass berufliche Gründe bestimmend sind.

Die Spätstudierenden sind, trotz steigender Zahlen, immer noch eine Minderheit: Im Wintersemester 1998/99 waren 5,3 Prozent der StudentInnen über 40 Jahre und 1,1 Prozent über 60 Jahre alt. In absoluten Zah-

len heißt das: Es gab 12.983 Spätstudierende – 10.322 davon zwischen 40 und 60 Jahren und 2.290 über 60.

Das Interesse hat aber in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen: 1979/80 waren erst 1,9 Prozent der Uni-BesucherInnen über 40 Jahre alt. Es gab nur 1.224 StudentInnen zwischen 40 und 60 sowie 609 über 60 Jahren.

Was die Studienrichtungen betrifft, finden sich recht viele über 40-Jährige in der Rechtswissenschaft, Psychologie und bei den Sprachen; dort ist ihr Anteil aber, angesichts der großen Zahl der StudentInnen insgesamt mit unter 5 Prozent recht gering. „Auffälliger“ sind die Spätstudierenden in Fächern wie Geschichte, Kunstgeschichte oder Theologie mit Anteilen um die 10 Prozent. Besonders interessiert sind sie auch an kleinen kulturwissenschaftlichen Fachrichtungen wie Numismatik oder Volkskunde: Dort beträgt ihr Anteil bis zu zwei Drittel.

Die Motive der älteren Studierenden sind sinnvolle Gestaltung der Freizeit, Erfahrungsaustausch, Kontakt mit anderen Studierenden und die Steigerung des Selbstwertgefühls.

-
- Autoren der
- wissenschaftlichen Fassung:
- **Wilhelm Filla, Stefan Vater**
-

X.3. Ältere Menschen – gefährdete Verkehrsteilnehmer

Auf den ersten Blick betrachtet haben ältere Menschen im Straßenverkehr keine Probleme. Die Zahlen älterer Verkehrsoffer scheinen gering. Misst man aber die Unfallzahlen an den gefährdeten Kilometern, stellen sich die über 65-Jährigen als die am meisten gefährdete Altersgruppe nach den 18- bis 24-jährigen Kfz-LenkerInnen dar. Aber: Zu Verkehrsoffern werden sie auch und vor allem als FußgängerInnen. Geboten wären Maßnahmen, die – nicht nur – ihre Verkehrssicherheit erhöhen. Zu beachten ist: Für ältere Menschen ist Mobilität eine wichtige Voraussetzung für ein selbstständiges Leben.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 7.3, Ältere Menschen
- als Verkehrsteilnehmer
-
-

Kfz-Verbot würde Sicherheit nicht erhöhen

Deshalb ist auch die Forderung mancher Experten, älteren Personen das Kfz-Lenken nicht mehr oder nur eingeschränkt zu erlauben, zurückzuweisen. Im Rahmen von Verkehrsstrukturen, die allesamt auf das Auto zugeschnitten sind, bedeutet das für die Älteren bestenfalls empfindliche Einbußen an Lebensqualität – und schlimmstenfalls den Verlust der Möglichkeit, sich selbst zu versorgen.

Außerdem würde man mit einem Kfz-Verbot für ältere Menschen vermutlich nicht das erreichen, was man möchte, nämlich ihre Verkehrssicherheit zu erhöhen: Sie wären gezwungen, sich auf eine Weise fortzubewegen, die noch gefährlich ist. Ältere Menschen sind nämlich als FußgängerInnen weit mehr gefährdet denn als Autofahrer.

Festzuhalten ist hier: Ältere Menschen fahren anders Auto als jüngere – meist langsamer. Nur für wenige gilt allerdings, dass sie eine signifikant größere Gefährdung darstellen als Menschen anderer Altersgruppen. Ein höherer Verschuldensanteil älterer LenkerInnen bei Unfällen ist jedenfalls nicht nachgewiesen.

Unfälle: Ältere und jüngste Menschen am häufigsten Opfer

Eine erhöhte Unfallgefährdung zeigt sich in der Statistik erst ab 65 Jahren. Die Werte der jüngeren Alten entsprechen sowohl beim Autofahren als auch als Fußgänger denen der jüngeren Altersgruppen.

Die ältesten und die jüngsten Autolenker sind die, die am häufigsten bei Unfällen verletzt oder getötet werden – wobei unter den 18- bis 24-Jährigen fast doppelt so viele Verkehrstopfer zu finden sind wie unter den über 65-Jährigen. Die 55- bis 64-Jährigen liegen ähnlich wie die 25- bis 54-Jährigen.

Am häufigsten passieren Unfälle, an denen SeniorInnen beteiligt sind, an Kreuzungen, bei Überfahren der roten Ampel, beim

Einparken, beim Abbiegen nach links und beim Fahren hintereinander. Offensichtlich ist die Abstimmung des Verhaltens auf andere erschwert, ebenso wie die Koordination des Verhaltens in komplexen Situationen. Sehr selten passieren SeniorInnen schwere Unfälle, das „Abkommen von der Fahrbahn“ und Unfälle in alkoholisiertem Zustand.

Als FußgängerInnen sind die über 65-Jährigen ebenso stark gefährdet wie die 15- bis 24-Jährigen. Sie kommen auf jeweils 60 Verletzte oder Getötete pro 100 Millionen Wege-km. 1985 war jede/r zweite tote FußgängerIn über 65 – und das hat sich bis heute nicht geändert. An der Spitze der Ursachen steht das Überschreiten der Fahrbahn ohne Beachtung des Autoverkehrs. Die Fähigkeit, Geschwindigkeiten und Zeitlücken zwischen Fahrzeugen zu schätzen, nimmt im Alter ab.

Verletzte und getötete KFZ-Lenker/
100 Mio. Wege-Kilometer

Alter	verletzte und getötete KFZ-Lenker/100 Mio. Wege-Kilometer
18-24	90
25-34	25
35-44	21
45-54	22
55-64	23
65+	50

Quelle: Risser et al. 1988

Sicherheitsmängel beschränken die Mobilität

Die erhöhte Gefährdung älterer Menschen im Straßenverkehr ist nicht nur objektiv gegeben. Ältere Menschen zählen auch zu den Personen, die unter empfundenen Sicherheitsmängeln am meisten leiden. Meist schränken sie als Folge ihre Mobilität ein. Soziale Kontakte werden reduziert und alles, was nicht unbedingt nötig ist, unterlassen.

Geschwindigkeit des Verkehrs – das größte Problem

Das größte Problem für die älteren VerkehrsteilnehmerInnen ist die Geschwindigkeit des Verkehrs – und zwar sowohl beim Autolenken als auch beim Gehen. Für die FußgängerInnen gibt es zudem Schwierigkeiten beim Überqueren mancher Straßen (zu kurze Grün-Intervalle der Ampel u.ä.), Angst vor Verkehrsunfällen, hohe Gehsteigkanten, Fahrräder am Gehsteig, schlechte Gehsteige, Schnee und Glätte.

Nicht nur Sicherheitsprobleme behindern die Mobilität älterer Menschen, auch die mangelnde Benutzerfreundlichkeit von Verkehrsanlagen. Vor allem als FußgängerInnen fühlen sich ältere Menschen oft beeinträchtigt – und unterlassen deshalb manche Wege, weil sie zu belastend oder unangenehm sind.

Verbesserungen sind nötig

Die wirksamste Lösungsmöglichkeit für die Probleme älterer Menschen im Straßenverkehr wäre eine Entdynamisierung des Verkehrs – hauptsächlich durch Senkung und bessere Kontrolle der Kfz-Geschwindigkeiten (auf die bestehenden Tempolimits). Darüber hinaus müsste die Verkehrsplanung verstärkt auf Fußgängerbelange achten und müssten die öffentlichen

Verkehrsmittel alten- und damit auch behindertengerechter ausgestattet werden.

Profitieren würden alle VerkehrsteilnehmerInnen, weil generell die Sicherheit erhöht und die Verkehrsteilnahme z.B. auch für behinderte Menschen oder Mütter/Väter mit Kinderwägen leichter würde. Entsprechende Marketing- und Werbemaßnahmen könnten die Akzeptanz – auch bei den Kfz-LenkerInnen – erhöhen.

Geeignete Maßnahmen zur Verlangsamung des Verkehrs wären neben der Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeit (auf die Tempolimits) samt besserer Kontrolle Straßen- und Kreuzungsrückbau (Verschmälerung, Aufpflasterung), Einbau von Schwellen u.a.

Darüber hinaus sollte die Verwendung der Verkehrsanlagen (vor allem für FußgängerInnen) erleichtert werden – durch abgeflachte Gehsteigkanten, Kreuzungsrückbauten, Gehsteigverbreiterungen, bessere Trennung von Radfahrern und Fußgängern sowie bessere Organisation des Parkens (gegen Sicht- und sonstige Behinderungen). Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sollte auf bequemere Einstiege, genügend Haltegriffe u.ä. geachtet werden.

-
- Autor der wissenschaftlichen Fassung:
- Ralf Risser
-

XI.1. Familien mit dem steigenden Pflegebedarf nicht alleine lassen

Ende dieses Jahrtausends ist rund eine halbe Million Menschen über 60 Jahre in Österreich mehr oder weniger betreuungsbedürftig. Der größte Teil der Pflege – mit über achzig Prozent von Frauen – wird von Familienangehörigen geleistet. Die Zahl der Betreuungsbedürftigen wird bis 2030 auf mehr als 800.000 steigen, vor allem in der Gruppe der Hochaltrigen mit speziellen Betreuungsbedürfnissen sind größere Zuwächse zu erwarten. Die Unterstützung pflegender Angehöriger durch sozialrechtliche Absicherung, Ausbildung und ambulante Dienste sind die Herausforderung der nächsten Jahrzehnte.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 9, Betreuung
- und Pflege
-
-

Politische Maßnahmen – etwa im Bereich der Gesundheitsvorsorge und -information – könnten den Betreuungsbedarf deutlich (um bis zu 30 Prozent) reduzieren. Aber selbst dann wird er steigen, weil der Anteil der älteren Menschen in den nächsten Jahrzehnten wachsen wird.

Im vergangenen Jahrzehnt brachten die Einführung des Bundes-Pflegegeldes, der Ausbau ambulanter Dienste oder auch die Anstrengungen zur Qualitätssteigerung bereits Verbesserungen. Nach wie vor von vorrangiger Bedeutung ist die familiäre Pflege – deren Verfügbarkeit sogar noch anstieg.

30 Prozent brauchen Hilfe, 6 Prozent Pflege

Die Betreuung älterer Menschen umfasst nicht nur gesundheitliche und pflegerische Belange, sondern auch Hilfe im Haushalt oder bei Alltagsangelegenheiten – und sie geschieht nicht nur durch Institutionen, sondern zum allergrößten Teil durch Familienmitglieder oder ehrenamtliche Helfer. Eine genaue Angabe, wieviele Menschen Betreuung brauchen, ist deshalb nicht möglich. Aufschlüsse gaben aber der Mikrozensus 1998, der speziell die Lebenssituation älterer Menschen untersuchte, und Begleitstudien zum Pflegegeld.

So waren laut Mikrozensus 1998 64,8 Prozent der über 60-Jährigen nicht beein-

trächtig, 28,8 Prozent hilfs- und 6,3 Prozent pflegebedürftig. Die Betreuungsbedürftigkeit hat damit gegenüber 1987 zugenommen. Und es wurde bestätigt: Mit steigendem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit, hilfs- oder pflegebedürftig zu werden, stark

zu. Allerdings sind selbst die mehr als 85-Jährigen in der Mehrzahl nur leicht betreuungsbedürftig – und können also, mit entsprechender Hilfe, weitgehend eigenständig in ihrer Wohnung leben.

Das Pflegegeld im Überblick (Oktober 1998)

Stufe	Pflegebedarf pro Monat	Monatliche Leistung in öS	Monatliche Leistung in Euro	Gesamtzahl der PflegegeldbezieherInnen (1)
I	>50 Stunden	2.000	145	46.000
II	>75 Stunden	3.688	268	139.000
III	>120 Stunden	5.690	414	68.000
IV	>180 Stunden	8.535	620	30.000
V	>180 Stunden außergewöhnlicher Pflegebedarf	11.591	842	24.000
VI	>180 Stunden außergewöhnlicher Pflegebedarf und dauernde Aufsicht	15.806	1.149	5.000
VII	>180 Stunden außergewöhnlicher Pflegebedarf in Verbindung mit Bettlägrigkeit	21.074	1.532	3.700
				315.700

Quelle: Türk, 1998. – (1) Angesichts der unterschiedlichen administrativen Träger, die für die Umsetzung des Bundes-Pflegegeldgesetzes zuständig sind, werden meist nur partielle Zahlen der BezieherInnen veröffentlicht. Die hier vorgenommene Annäherung berücksichtigt alle Träger.

Zuständigkeiten, Aufwendungen und Finanzierung

Die staatlichen Zuständigkeiten im Bereich der Betreuung älterer Menschen sind aufgesplittert. Für Wohn- und Pflegeheime, die Berufe der Altenhilfe, Heim-

und Familienhilfe sowie damit verbundene Dienstleistungen sind die Bundesländer zuständig. Krankenanstalten und medizinische Berufe fallen hingegen in die Kompetenz des Bundes.

Die bedeutsamste Verbesserung im Pflegebereich im vergangenen Jahrzehnt brachte das 1992 beschlossene Bundespflegegeldgesetz.

Das **Bundes-Pflegegeld** verbesserte die finanzielle Absicherung der meisten Betreuungsbedürftigen. Seit 1. Juli 1993 haben Menschen mit einem Betreuungsbedarf von mehr als 50 Stunden pro Monat Anspruch auf Pflegegeld. Es wird unabhängig vom sonstigen Einkommen in sieben Stufen ausbezahlt; die Einstufung erfolgt auf Grundlage eines ärztlichen Gutachtens. Bei stationärer Versorgung (also z.B. in Pflegeheimen) werden 80 Prozent an den Träger der Einrichtung überwiesen, der/die Anspruchsberechtigte bekommt ein Pauschale von 10 Prozent der Stufe 3.

Gleichzeitig mit dem Pflegegeld schlossen Bund und Länder eine sogenannte 15a-Vereinbarung, mit der fixiert wurde, dass ein „umfassendes Pflegeleistungssystem an

Geld- und Sachleistungen“ geschaffen werden soll. Die Länder haben sich demnach verpflichtet Bedarfs- und Entwicklungspläne zu erstellen und spätestens bis 2011 umzusetzen. Darüber hinaus wurden in einigen Ländern Heim- und Ausbildungsgesetze beschlossen.

Die Ausgaben für betreuungsbedürftige Menschen belaufen sich auf rund fünf bis sechs Prozent der gesamten Sozialausgaben. 1997 betragen sie 30,6 Mrd. S. Fast 16 Mrd. S machte das Bundes-Pflegegeld (inkl. Unfall- und Pensionsversicherung) aus; 14,7 Mrd. deckten die Länder ab. Dabei ist zu bedenken, dass ein beträchtlicher Teil des vom Bund ausbezahlten Pflegegeldes in die Heime bzw. ambulanten Dienstleistungen und damit in die Sozialhilfe-Budgets der Länder zurückfließt. Finanziert wird das Pflegegeld nicht (wie z.B. Leistungen der Sozialversicherung) über Beiträge, sondern aus allgemeinen Steuermitteln.

Die Ausgaben für betreuungsbedürftige Menschen belaufen sich auf rund fünf bis sechs Prozent der gesamten Sozialausgaben.

Ende 1998 haben insgesamt etwas mehr als 315.000 Menschen Pflegegeld bezogen. 89,1 Prozent davon waren älter als 60; das Durchschnittsalter lag bei 77,6 Jahren.

Die überwiegende Mehrzahl der BezieherInnen ist in den niedrigeren Stufen eingeordnet – hat also relativ geringe Betreuungsbedürfnisse.

1995 brauchten mehr als 90 Prozent der BezieherInnen Hilfe bei der Reinigung der Wohnung und der Wäschepflege sowie fast

Zahl der Pflegegeldbezieher nach Altersgruppen und Pflegestufen (ohne Landespflegegeldbezieher)

Stufe	Insgesamt	bis 59	60-69	70-79	80-89	90 und mehr
1	39.098	4.319	4.001	13.120	16.156	1.502
2	118.781	11.802	9.976	29.829	52.316	14.858
3	58.109	5.444	5.335	14.425	24.300	8.605
4	25.583	3.173	2.116	5.559	9.822	4.913
5	20.117	2.748	1.677	4.152	7.459	4.081
6	4.456	1.035	375	872	1.438	736
7	3.027	735	287	617	949	439
Summe	269.171	29.256	23.767	68.574	112.440	35.134

Quelle: Türk 1998: 915.

90 Prozent beim Einkauf von Lebensmitteln oder Medikamenten. 80 Prozent brauchten Hilfe beim Zubereiten der Mahlzeiten, drei Viertel beim Baden und Duschen, knapp 70 Prozent beim Einheizen, rund die Hälfte beim Verlassen der Wohnung. Zubettgehen, Verrichtung der Notdurft, sich waschen, anziehen, essen und Fortbewegen in der Wohnung lagen deutlich unter 50 Prozent.

Das Pflegegeld verbessert die finanzielle Lage der pflegebedürftigen Menschen deutlich: Mehr als 82 Prozent gaben an, dass es einen „deutlich spürbaren Teil der Kosten“ abdeckt – und rund 56 Prozent sehen sich damit weniger von unbezahlter Hilfe abhängig. Allerdings ist die Einkommenssituation der BezieherInnen keine gute. Die Hälfte muss mit monatlich maximal 12.500 S (inkl. Ausgleichszulage, Kinderzuschuss und Pflegegeld) auskommen.

Hilfs- und Pflegebedürfnis nicht völlig erfüllt

Eindeutig zeigt sich: Das Bedürfnis nach Hilfe und Pflege kann nur dann einigermaßen befriedigt werden, wenn außer privater Hilfe auch genug organisierte Hilfe geleistet wird. Der Mikrozensus 1987 hatte für den akuten Krankheitsfall teils besorgniserregende Ergebnisse gebracht: Mehr als 14 Prozent der älteren Menschen gaben damals an, nicht die notwendige Hilfe zu bekommen. Dies hat sich bis 1998 nicht deutlich verbessert – sank der Wert doch nur geringfügig auf 13,5 Prozent.

Von den PflegegeldbezieherInnen – also Menschen, die langfristig Pflege brauchen – waren 1995 etwas mehr als drei Viertel grundsätzlich mit der Versorgung zufrieden. 24,5 Prozent gaben allerdings an, mehr Hilfe zu benötigen als sie erhalten.

Vom Heim zur ambulanten Versorgung zu Hause

In der organisierten Hilfe und Betreuung gab es im vergangenen Jahrzehnt einen Trendwechsel: Anstatt möglichst viele ältere Menschen in Senioren- oder Pflegeheime zu übersiedeln, ist es nun erklärtes Ziel, ihren Verbleib in der eigenen Wohnung so lange wie möglich zu gewährleisten. Deshalb stellte man um, vom Bau möglichst vieler Heime auf den Ausbau mobiler sozialer Dienste und ambulante Betreuung.

Heimhilfe, Hauskrankenpflege, Essen auf Rädern oder Besuchsdienste u.ä. wurden forciert. Traditionelle Pensionistenheime werden zunehmend zu Pflegeheimen und bieten in steigendem Ausmaß Pflegeplätze an – auch zur Tages- oder Kurzzeitpflege, die z.B. privaten Betreuungspersonen „Urlaub“ erlaubt. Erst am Anfang steht die Entwicklung neuer Wohn- und Betreuungsformen, wie z.B. jenen des „betreuten Wohnens“ oder von Senioren-Wohngemeinschaften mit Unterstützung durch eine Betreuungsperson.

65.000 SeniorInnen in 700 Heimen

Im Gegensatz zu Schweden oder Dänemark – von wo dieser Richtungswechsel ausging – haben in Österreich ohnehin nur relativ wenige alte Menschen in Pensionisten- oder Pflegeheimen gewohnt; der Anteil lag nie über 4 Prozent (in Wien ca. 8 Prozent). 1996/1997

lebten 3,8 Prozent der über 60-Jährigen in rund 700 Einrichtungen. Insgesamt wurden damals in Österreich in diesen Heimen rund 41.000 Pflegeplätze angeboten; also etwa 26 pro 1.000 EinwohnerInnen über 60 Jahre.

Genauere Angaben sind allerdings nicht möglich. Wegen fehlender Daten kann z.B. nicht österreichweit angegeben werden, wie alt die Heiminsassen durchschnittlich sind.

Bekannt ist, dass eher sehr alte Menschen in Heime ziehen – und es ist anzunehmen, dass sich das Durchschnittsalter künftig weiter erhöhen und die Zahl desorientierter Personen in Heimen besonders ansteigen wird. Dies stellt sowohl für Heimbetreiber als auch das Pflegepersonal eine Herausforderung dar.

Ambulante Dienste im Aufbau

Bund und Länder haben sich zwar bei der Einführung des Pflegegeldes dazu bekannt, den ambulanten sozialmedizinischen Diensten Vorrang gegenüber stationärer Versorgung (in Heimen) zu geben. Die Anstrengungen dazu zeigen aber erst allmählich erste Wirkungen.

Nach wie vor gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern in Bezug auf Umfang und Qualität des Angebots. So nutzten 1995 mehr als 80 Prozent der Vorarlberger und 64,2 Prozent der Wiener PflegegeldbezieherInnen ambulante Dienste, aber nur jeweils ein Drittel in Kärnten und im Burgenland. Für Wien, wo bereits in den 80er-Jahren ein relativ hohes

Ausmaß an Diensten vorhanden war, liegen Daten vor, wonach sich die Zahl der NutzerInnen in den letzten zehn Jahren kaum verändert hat. Die Intensität der Betreuung, d.h. die Zahl der Betreuungsstunden, hat aber relativ stark zugenommen. 1996 nahmen z.B. rund 12.000 WienerInnen etwa 3,8 Millionen Stunden Heimhilfe in Anspruch (1986: 3,2 Millionen Stunden), und rund 4.700 Personen wurden 174.000 Stunden von Hauskrankenschwestern gepflegt (1986: 104.000 Stunden).

Wieviele Menschen österreichweit mobile soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen, kann nur geschätzt werden (weil auch hier konkrete Daten großteils fehlen). Man kann davon ausgehen, dass sich etwa 50.000 Personen (also rund 3 Prozent der über 60-Jährigen) solcher Dienste bedienen. Rund acht Millionen Einsatzstunden pro Jahr dürften geleistet werden. Die Zahl der in diesem Bereich der Altenbetreuung tätigen Menschen schätzt man auf rund 10.000 Personen, ein Großteil davon Frauen – und viele in Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung.

„Wohlfahrtsmix“ bei den Trägerorganisationen

In der Trägerstruktur der Betreuungsorganisationen zeigt sich ein für Österreich charakteristischer „Wohlfahrtsmix“: Neben Bund, Land und Gemeinden spielen auch kommerzielle Anbieter und vor allem freie gemeinnützige Träger eine wichtige Rolle.

Bei den Senioren- und Pflegeheimen überwiegt die öffentliche Trägerschaft. Im ambulanten Bereich sind hingegen fast ausschließlich gemeinnützige Wohlfahrtsorganisationen tätig. Einer ihrer Vorteile ist, dass sie professionelle Dienste durch ehrenamtliche Mitarbeiter ergänzen können. Der kommerzielle Sektor spielt im ambulanten Bereich in Österreich bisher keine Rolle – im Unterschied zu Deutschland, wo die Einführung der Pflegeversicherung zu einem „Gründerboom“ geführt hatte. In manchen Städten halten dort gewerbliche Anbieter von Pflege und Betreuung bereits mehr als 50 Prozent der Marktanteile.

Ausbildung und Situation der Althelfer müssen verbessert werden

Angesichts der Tatsache, dass der Altenbetreuungsbereich künftig stark an Bedeutung gewinnen wird (müssen), scheinen dringend Verbesserungen in der Ausbildung und der Situation der in der Altenbetreuung beschäftigten Personen geboten.

Welch geringer Stellenwert der sozialmedizinischen Langzeitbetreuung heute erst zukommt, lässt sich an ihren Arbeitsbedingungen am deutlichsten ablesen. Das Berufsfeld Pflege ist gekennzeichnet von geringem Ansehen und niedrigem Einkommen sowie einem hohen Ausmaß an geringfügiger oder Teilzeitbeschäftigung (mit ihren Auswirkungen auf die soziale Absicherung) – und fließenden Grenzen zur „bezahlten Ehrenamtlichkeit“. Trotz einiger Verbes-

serungen sind die Belastungen für das Personal sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Pflege nach wie vor hoch.

In der Ausbildung scheint eine Qualifizierungsoffensive nötig. Ein klares, an beruflichen Arbeitsinhalten orientiertes abgestuftes System von Ausbildungsgängen (von mittleren über berufsbildende Schulen bis zu Fachhochschulen und Universitäten) muss geschaffen werden, damit ein Maximum an Durchlässigkeit garantiert ist. Lebensbegleitendes Lernen sollte auch hier selbstverständlich werden.

Die meiste Hilfe kommt von der Familie und Bekannten

Nach wie vor werden ältere Menschen in erster Linie von Familienangehörigen – und hier vor allem den weiblichen – betreut und gepflegt. Ihre Pflegebedürfnisse könnten ohne Unterstützung durch Familie, Bekannte oder auch ehrenamtlich Tätige nicht befriedigt werden. Der Fachausdruck für diese private Unterstützung heißt „informelle Hilfssysteme“. Seitens der Politik wird überlegt, die familiäre und private Hilfe durch Unterstützung – und vielleicht auch finanzielle Förderung – auszuweiten, womit eine Reihe von Vor- und Nachteilen verbunden sind.

Familiäre Pflege hat zugenommen

Entgegen landläufiger Vorurteile hat der Stellenwert familiärer Pflege im vergangenen Jahrzehnt zugenommen. Laut Mikrozensus 1998 wurden ältere Menschen, die mindestens eine Woche krank waren, zu 68,5 Prozent von Familienangehörigen gepflegt. 1987 waren es „nur“ 65,2 Prozent.

Im Vergleich dazu: Von sozialen Diensten versorgt wurden 13,8 Prozent. Dass auch diese Zahl wesentlich stieg (1987: 5 Prozent) erklärt sich damit, dass im vergangenen Jahrzehnt der Stellenwert von Freunden oder Nachbarn zurückging – ebenso wie der Anteil jener Menschen, die gar keine Pflege erhielten. Dies waren 1998 aber immerhin noch 13,8 Prozent der kranken Menschen über 60 Jahre – mit einem „dramatischen“ Ausreißer in Wien, wo 26,5 Prozent angaben, allein zurechtzukommen zu müssen.

Auch die Pflegegeld-Daten belegen die dominante Stellung der Familie: Von den Menschen, die BezieherInnen von Pflegegeld (langfristig) betreuten, waren 88,5 Prozent mit den Betreuungsbedürftigen durch Ehe- oder Lebensgemeinschaft verbunden bzw. sonst verwandt. Damit ist auch erwiesen: Die Einführung des Pflegegeldes hat die familiäre Pflege nicht verdrängt, sondern vielleicht sogar gefördert.

Vor allem Frauen betreuen ältere Menschen

Dass vorwiegend Frauen ältere Menschen (wie ja auch Kinder) betreuen, wird in allen

Untersuchungen klar belegt. So waren fast 80 Prozent der BetreuerInnen von PflegegeldbezieherInnen weiblich. Männer stehen meist erst dann zur Verfügung, wenn sie älter als 60 Jahre und nicht mehr erwerbstätig sind.

Überhaupt wird informelle Pflege meist von Menschen erbracht, die selbst schon älter sind. Nur in 12,6 Prozent waren es (1995) unter 40-Jährige, in 41,2 Prozent der Fälle 41- bis 60-Jährige – und mehr als ein Viertel der BetreuerInnen ist selbst schon über 60 Jahre alt. Sie kümmern sich vor allem um ihre/n EhepartnerIn.

Auch familiär Pflegenden profitieren vom Pflegegeld

Die Einführung des Pflegegeldes hat dazu beigetragen, dass auch pflegende Familienangehörige eine gewisse finanzielle Abgeltung bekommen. So gaben 1995 nur 14 Prozent der BetreuerInnen an, keine Entschädigung bekommen zu haben – und mehr als 80 Prozent erhielten das Pflegegeld direkt oder hatten Zugang zum Pflegegeld der betreuten Person (über eine gemeinsame Kassa).

Ehrenamtliche Betreuungsarbeit: Hilfe ohne Lohn

Ein beträchtlicher Teil der Pflege und Hilfe für ältere Menschen wird ehrenamtlich geleistet – also ohne Bezahlung. Das Feld der ehrenamtlichen Betreuungsarbeit ist weit – von der völlig privaten Betreuung alter Menschen durch Nachbarn bis zur unentgeltlichen Mitarbeit in Pfarrgemeinden

oder Wohlfahrtsorganisationen, die sich um alte Menschen kümmern.

Wieviele Menschen in Österreich auf diese Weise ihren Mitmenschen helfen, ist aktuell nicht erhoben. Jedenfalls geschieht dies wesentlich stärker außerhalb als innerhalb von Organisationen. In den frühen 80er-Jahren wurden ehrenamtliche Dienste im Ausmaß von 537.000 vollbeschäftigten Personen (rund 19,2 Prozent des Arbeitsvolumens aller unselbstständig Erwerbstätigen) geleistet. 1995 beschäftigten die 20 größten Wohlfahrtsorganisationen etwa 69.000 und die kleineren 82.000 ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Dies entsprach rund 19.000 Vollzeit-Tätigkeiten – und kann im wesentlichen dem Bereich Alter und Pflege zugerechnet werden.

In den vergangenen Jahren wurden von Seiten der Politik verstärkt Modelle zur Organisation ehrenamtlicher Mitarbeit etabliert, um diesen wichtigen Beitrag zur Alten-Hilfe zu fördern. So wurden z.B. in manchen Bundesländern Gesundheits- und Sozialsprengel gebildet. Die Zusammenarbeit des Laien mit dem professionellen System ist aber noch nicht ausreichend geregelt.

Probleme: Überlastung und mangelnde soziale Absicherung

Auch wenn – laut Pflegegeld-Studie – mehr als 40 Prozent der BetreuerInnen der Meinung sind, es sei „die Aufgabe der Familie“, ihren Angehörigen zu helfen, wird doch eine Reihe schwerwiegender Probleme beklagt. So wird die Vorbereitung auf die

Pflegearbeit meist als unbefriedigend bezeichnet. Viele BetreuerInnen fühlen sich überlastet, wenn sie z.B. jahrelang keinen Urlaub nehmen können oder wenig Freizeit bleibt. Oft sind Berufsleben und Pflegearbeit schwer zu vereinbaren.

Eines der schwerst wiegenden Probleme ist aber die mangelnde soziale Absicherung. Nur rund 56 Prozent der BetreuerInnen waren 1995 auf Grund eigener Berufstätigkeit oder Pension krankenversichert und rund 40 Prozent beim Ehepartner mitversichert. Drastischer noch bei der Pensionsversicherung: Fast 7 Prozent hatten überhaupt keine Alterssicherung, fast 30 Prozent nur über die Pensionsvorsorge des Ehepartners. Nur eine verschwindende Minderheit von 2 Prozent nahm die gesetzliche Möglichkeit der freiwilligen Sozialversicherung in Anspruch.

Sowohl für BetreuerInnen im familiären Bereich als auch für ehrenamtlich Helfende müssten die Vorbereitung und Unterstützung verbessert werden – damit Qualität und Zuverlässigkeit gewährleistet sind. Dabei geht es nicht um eine „Radikallösung“ wie Ausbildung für alle, aber eine der jeweiligen Aufgabe und Situation angemessene Stützung und Einführung. Klar ist, dass „informelle Betreuung“ nicht in allen Fällen ausreichen kann. Aber sie kann dort, wo ausgebildete PflegerInnen nötig sind, in Abstimmung damit ergänzend eingesetzt werden.

Ehrenamt ist kein Ersatz für einen Arbeitsplatz

Vorsicht ist geboten vor den Gefahren der unkritischen Idealisierung der familiären und ehrenamtlichen Altenarbeit. Es darf nicht erwartet werden, dass allein dadurch der künftig größere Betreuungsbedarf abgedeckt werden kann. Und keinesfalls darf unentgeltliche Pflegearbeit als Ersatz für mangelnde bezahlte Erwerbsarbeit gesehen werden. Das Ehrenamt kann nicht die Antwort auf ungelöste Fragen des Arbeitsmarktes sein. Damit würde das Ehrenamt zu einem Ausgrenzungsmechanismus, vor allem für Frauen.

Die Situation der Frauen im Betreuungsbereich ist ohnehin eine sensible – weil sie die meiste Betreuungs- und Pflegearbeit leisten und dadurch sozial schlechter abgesichert sind. Deshalb darf die Aufwertung der privaten Pflege nicht zur stillschweigenden Erwartung an die Frauen führen, dass sie verstärkt Alte und Kranke betreuen. Ehrenamtliche Betreuungsarbeit kann kein Ersatz für einen Arbeitsplatz sein für Frauen, die z.B. nach der Kinderpause in der Lebensmitte Probleme beim Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit haben.

-
- Autoren der wissenschaftlichen Fassung:
- Christoph Badelt, Kai
- Leichsenring
-

Teil XII: MigrantInnen

XII.1. Altern in der Fremde

Selbst wenn im Vergleich mit anderen EU-Ländern die Zahl älterer MigrantInnen in Österreich noch verhältnismäßig niedrig ist, wächst diese Gruppe zunehmend. Dies stellt spezielle Anforderungen z. B. an die Alten- und Pflegebetreuung. Im Gegensatz zu Frankreich, Großbritannien, Schweden oder Deutschland wird in Österreich die Anwesenheit und Lebenssituation älterer MigrantInnen bis heute aber kaum wahrgenommen.

-
-
- Referenzen:
- Kap. 10, Ältere
- MigrantInnen in Österreich
-
-

Immer mehr MigrantInnen bleiben auch im Alter im Aufnahmeland. Dazu kommt, dass in den letzten Jahren zunehmend mehr ältere Menschen auf Grund der instabilen Lage in ihrer Heimat (z.B. in Ex-Jugoslawien) diese meist gegen ihren Willen verlassen mussten. Zudem versuchen hier lebende MigrantInnen, ihre älteren Familienangehörigen nach Österreich zu holen.

Anteil der älteren MigrantInnen stieg

Ende 1997 lebten rund 744.000 Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft hier, zusammen 63 Prozent aus Ex-Jugoslawien und der Türkei. Nach der Volkszählung 1991 waren 6,3 Prozent der Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft älter als 60 Jahre. 3,1 Prozent bzw. 6.200 kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 1,3 Prozent bzw. 1.600 aus der Türkei.

Gegenüber 1981 hat sich die Zahl älterer MigrantInnen damit deutlich erhöht. Damals machten Ex-JugoslawInnen und TürkInnen über 60 Jahre gemeinsam rund 2 Prozent der MigrantInnen aus.

Auffällig ist, dass der Anteil der Männer unter den über 60-Jährigen bei Zuwanderern aus Ex-Jugoslawien und der Türkei wesentlich höher ist als bei den Österreichern – und auch der Anteil lediger älterer

Männer. Der Grund dafür dürfte sein, dass nach wie vor jene überrepräsentiert sind, die als ledige junge Männer nach Österreich kamen, um hier Arbeit zu finden.

Restriktive Fremdengesetze

Österreich hat angesichts der Zunahme der Migration in den frühen 90er-Jahren seine Fremdengesetze verschärft – und damit die Zuwanderung stark beschränkt.

Seit 1993 wird Zuwanderung nur mehr im Rahmen einer bestimmten Quote erlaubt. Dies erschwerte es hier lebenden MigrantInnen auch, ihre älteren Verwandten zu sich zu holen. Dies ist nur mehr möglich, wenn ein Quotenplatz frei und der Lebensunterhalt der Familienmitglieder in Österreich gesichert ist. Die Fremdenrechtsreform 1997 brachte aber speziell für ältere MigrantInnen eine Verbesserung: Seither sind bei entsprechend langer Aufenthaltsdauer Notsituationen wie Erwerbslosigkeit oder Fehlen einer ortsüblichen Unterkunft keine zwingenden Gründe, Österreich wieder verlassen zu müssen.

Wohnsituation der MigrantInnen deutlich schlechter

Die Wohnsituation von MigrantInnen ist in der Regel deutlich schlechter als die der

ÖsterreicherInnen. Ein wesentlich größerer Teil von ihnen lebt in Wohnungen mit niedrigem Standard. Für schlecht ausgestattete Wohnungen zahlen sie höhere Preise, und gleichzeitig sind ihre Wohnungen im Schnitt kleiner bei gleichzeitig höherer durchschnittlicher Belagszahl. Dies gilt auch für die älteren MigrantInnen.

Paradox an ihrer Situation ist, dass zwar viele ZuwanderInnen die Kriterien der sozialen Bedürftigkeit erfüllen, aber keinen Zugang zu Wohnungen finden, die für sozial Schwache errichtet wurden. So werden in Wien Gemeindewohnungen nur an Personen mit österreichischer oder EU-Staatsbürgerschaft sowie anerkannte Flüchtlinge vergeben.

Die soziale Bedürftigkeit der MigrantInnen entsteht vor allem deshalb, weil sie vorwiegend in Niedriglohn-Branchen beschäftigt sind (bzw. waren).

Altern in der Fremde

Zwei wichtige Themen der Altersmigrationsforschung sind jene nach der Rückkehr in die Heimat und jene nach der „Ethnisierung des Alters“.

Ältere MigrantInnen haben eher die Absicht, in ihre Heimat zurückzukehren als jüngere. Viele wünschen sich eine Rückkehr zum Ursprungsort – und viele hatten auch vor, im Alter in der Heimat die Früchte ihrer Erwerbstätigkeit im Ausland zu genießen.

Häufig kommt es aber nicht dazu, viele müssen im Aufnahmeland bleiben. Eine Strategie, die hilft, mit dieser Situation zurechtzukommen, ist der „Rückkehrmythos“ – also die Haltung, dass die Rückkehr nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist. Auch regelmäßiges Pendeln zwischen Heimat und Aufnahmeland hilft, den nicht gewünschten Lebensabend im Aufnahmeland erträglich zu machen.

Dafür, dass ältere MigrantInnen entgegen früheren Wünschen nicht zurückkehren, gibt es mehrere Gründe:

- ▶ Manchen gelingt es nicht, während der Arbeitsjahre genug zu ersparen, um den Lebensabend in der Heimat gemäß dem ursprünglichen Plan zu garantieren. Oft ist Auswanderung keine individuelle Entscheidung, sondern ein gesellschaftlicher Auftrag zugunsten der ganzen Familie. Wenn nun die gesetzten (materiellen) Ziele nicht erreicht werden, können Gefühle von Versagen entstehen.
- ▶ Wichtig ist die Familiensituation: Wenn sich Kinder oder sonstige Angehörige im Aufnahmeland eine Existenz aufgebaut haben, bleiben ältere Menschen auch oft hier – vor allem auch, wenn ihr soziales Netz in der Heimat insgesamt schwächer geworden ist.
- ▶ Auch gesundheitliche Probleme können zum Verbleib im Aufnahmeland führen. Einerseits haben Menschen, die jahrelang hier gearbeitet haben, Anspruch auf soziale Leistungen. Andererseits gewinnt die Frage nach der gesundheitlichen Versorgung gera-

de im Alter an Wichtigkeit. Berücksichtigt werden muss hier, dass ältere MigrantInnen eine durchschnittlich schlechtere Gesundheit haben als ÖsterreicherInnen – wegen der für sie oft größeren Belastungen im Erwerbsleben.

- ▶ Eine unsichere Lage in der Heimat, etwa in Ex-Jugoslawien, macht vor allem für Flüchtlinge die Rückkehr unmöglich.
- ▶ Überdies steigt mit zunehmender Abwesenheit die Entfremdung gegenüber dem Heimatland. Das bedeutet nicht unbedingt, dass die Identifikation mit dem Aufnahmeland wächst. Aber Migrantengemeinden im Aufnahmeland werden dann als neue Heimat in der Fremde angesehen. Sie sind ein Raum, in dem ein ähnliches Leben wie im Herkunftsort geführt werden kann.

Im Zusammenhang mit den Migrationsgemeinden steht auch die Frage der „Ethnisierung des Alters“. Diese Theorie besagt, dass ältere MigrantInnen dazu neigen, ihre Bräuche und Traditionen stärker zu betonen als jüngere Menschen. Wie weit das tatsächlich zutrifft, ist in Österreich noch nicht untersucht worden. Ältere MigrantInnen (vor allem bei solchen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien wurde dies festgestellt) haben häufig nur mehr Kontakte mit Menschen aus ihren Ländern bzw. Heimatgebieten. Dies liegt aber auch daran, dass mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben die Kontaktmöglichkeiten mit Einheimischen wegfallen.

Ältere MigrantInnen und ihre Familien

Bei den Generationenbeziehung wurde festgestellt, dass für MigrantInnenkinder die Verbindung zu den Großeltern und anderen älteren Menschen in der Familie bedeutsam ist. Allerdings gibt es eine breite Palette von möglichen Erfahrungen der „zweiten Generation“ mit Älteren. Daher ist vor pauschalen Annahmen wie etwa vor dem „doppelten Defizit“ älterer ZuwanderInnen – konkret ihrer Diskriminierung als alt und MigrantIn – wie auch vor dem Mythos des „respektierten Alters“ zu warnen.

Ältere Menschen in der Familie genießen Respekt und Autorität, wenn sie über materielle und auch über immaterielle Ressourcen verfügen. Migrationsprozesse können aber die materiellen Rahmenbedingungen der Familien so verändern, dass die ältere Generation auf Dauer die Grundlagen ihres Beitrages innerhalb der Familie verliert. Aus diesem Grund gehen Migrationsprozesse oft mit einer neuen Definition von Verpflichtungen und Leistungen zwischen Generationen einher, was einerseits den emotionalen und normativen Zusammenhalt der Gruppe fördern oder auch zu Konflikten führen kann.

Zudem leben in Österreich auch alleinstehende alte ZuwanderInnen. Ihre Zahl ist zwar noch gering, das Risiko einer sozialen Isolierung ist allerdings bei ihnen besonders

hoch, zumal die meisten Älteren mehr Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben als jüngere ZuwanderInnen.

Im Hinblick auf eine künftige Zunahme der Zahl älterer MigrantInnen ist von einem höheren Bedarf an öffentlichen Pflegeeinrichtungen und Pflegeleistungen auszugehen. Die Probleme, mit denen ältere MigrantInnen konfrontiert sind, unterscheiden sich deutlich von jenen der ÖsterreicherInnen derselben Altersgruppe. Insgesamt wird ihre Lebenssituation durch die Konvergenz von altersspezifischen und migrationspezifischen Faktoren geprägt. Angstgefühle und Misstrauen älterer MigrantInnen sowie mangelnde Informationen in Bezug auf die Rechtslage und Behördeninstitutionen in Österreich erschweren die Kommunikation zwischen ihnen und ihren BetreuerInnen. Werden diese nach notwendigen sozialen Maßnahmen gefragt, welche der Situation ihrer KlientInnen helfen könnten, so weisen sie vor allem auf die Notwendigkeit hin, die rechtliche Situation von älteren MigrantInnen zu verbessern, ihre soziale Integration zu begünstigen und Akzeptanz ihnen gegenüber in der österreichischen Gesellschaft zu fördern.

Mit der zunehmenden Zahl älterer MigrantInnen wird die Frage ihrer Betreuung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ein Problem.

Die Betreuung älterer MigrantInnen – ein Problem

Die Familie erweist sich auch für MigrantInnen als wichtigste Säule der Altenbetreuung. Allerdings ist damit zu rechnen, dass in absehbarer Zeit immer mehr Migrantenfamilien auf professionelle Hilfe angewiesen sein werden. Die Einrichtungen in Österreich sind darauf nicht ausreichend vorbereitet. So gibt es ein deutliches Defizit an DolmetscherInnen. Gerade angesichts des oft recht geringen Wissens über die sozialen Einrichtungen und der häufig auch schlechten Sprachkenntnisse älterer MigrantInnen sollte ihnen Beratung und Information in der Muttersprache angeboten werden. Dafür wäre der verstärkte Einsatz von MitarbeiterInnen aus Migrationsländern in der Altenbetreuung sinnvoll. Zudem wäre es sinnvoll, das familiäre Unterstützungspotenzial sowie bereits existierende Formen von Selbsthilfe und Selbstorganisationen älterer MigrantInnen zu unterstützen. Familiäre Netzwerke sind keineswegs in der Lage soziale Leistungen und staatliche Dienste zu ersetzen. Sie können diese aber wirksam unterstützen.

-
-
- Autorin und Autor der
- wissenschaftlichen
- Fassung:
- Paloma Fernandez de la Hoz,
- Johannes Pflegerl
-
-

Zu den Autorinnen und Autoren

Univ. Prof. Dr. Anton AMANN

Universität Wien, Fakultät der
Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Alserstraße 33, A-1080 Wien
e-mail: Anton.Amann@univie.ac.at
Tel.: 01-4277-23

Univ. Prof. Dr. Christoph BADEL

Reithlegasse 16, A-1190 Wien
e-mail: Christoph.Badelt@wu-wien.ac.at
Tel.: 31336-5872

Prim. Dr. Franz BÖHMER

Sophienspital
Apolllogasse 19, A-1070 Wien
Tel.: 01-52103-1307

Dr. Paloma FERNANDEZ-DE-LA-HOZ

Katholische Sozialakademie Österreichs
Schottenring 35, A-1010 Wien
e-mail: f.delahoz@eunet.at
Tel.: 01-310 515 981

DI Christiane FEUERSTEIN

Laxenburgerstr. 28/41, A-1100 Wien
Fax u. Tel.: 01-6043104

Dr. Wilhelm FILLA

Verband der Österreichischen
Volkshochschulen
Weintraubengasse 13, A-1020 Wien
e-mail: voev@vhs.or.at
Tel.: 01-2164226

Mag. Margarete HAVEL

Wohnbund
Maria-Hilferstr. 89/30, A-1060 Wien
e-mail: wohnbund@via.at
Tel.: 01-5860799
Fax: 02233-5705121

Univ. Prof. Dr. Josef HÖRL

Universität Wien, Fakultät der
Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Alserstraße 33, A-1080 Wien
e-mail: josef.hörl@univie.ac.at
Tel.: 01-42277-48115

Univ. Prof. Dr. Franz KOLLAND

Universität Wien, Fakultät der
Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Alserstraße 33, A-1080 Wien
e-mail: Franz.Kolland@univie.ac.at
Tel.: 01-4277-48123

Univ. Doz. Dr. Josef KYTIR

Statistik Österreich
Hintere Zollamtstr. 2b, A-1033 Wien
e-mail: Kytir@oeaw.ac.at
Tel.: 01-7122140-33

Mag. Jeannette KLIMONT

ÖSTAT
Hintere Zollamtsstraße 2b, A-1033 Wien
e-mail: Jeannette.klimont@statistik.gv.at
Tel.: 01-71128-7262

Dr. Kai LEICHSENRING

Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik
Berggasse 17, A- 1090 Wien
e-mail: leichsenring@euro.centre.org
Tel.: 01-3194505-24

Mag. Margaretha MAHIDI

ÖSTAT
Abteilung 5
Hintere-Zollamtstrasse 2b, A-1033-Wien
Tel.: 01-71128-7328

Univ. Ass. Dr. Gerhard MAJCE

Universität Wien, Fakultät der
Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Alserstraße 33, A-1080 Wien
e-mail: Gerhard.Majce@univie.ac.at
Tel.: 01-4277-48122

Univ. Prof. Dr. Rainer MÜNZ

Institut für Demographie
Hinter Zollamtstraße 2b, A-1033 Wien
Tel.: 01-7121284-18

DI. Dr. Martin OPPITZ

Österreichisches Institut für
Familienforschung
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien
e-mail: martin.oppitz@oif.ac.at
Tel.: 01-5351454-0

Mag. Johannes PFLEGERL

Österreichisches Institut für
Familienforschung
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien
e-mail: Johannes.pflegerl@oif.ac.at
Tel.: 01-5351454-13

Univ. Doz. Dr. Ralf RISSER

c/o Factum OHG
Danhausergasse 6, A-1040 Wien
Tel.: 01-5041546-114
Fax: 01-5041548
e-mail: ralf.risser@factum.at

Univ. Prof. Dr. Leopold ROSENMAYR

Universität Wien, Fakultät der
Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Alserstraße 33, A-1080 Wien
e-mail: Leopold.Rosenmayr@univie.ac.at
Tel.: 01-4277-48127

Univ. Prof. Dr. Anita RIEDER

Institut für Sozialmedizin
Alserstraße 21, A-1080 Wien
Tel.: 01-4085681-0

Mag. Charlotte STRÜMPEL

Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik
Berggasse 17, A- 1090 Wien
e-mail: struempel@euro.centre.org
Tel.: 3194505-0

Sachverständigenteam Seniorenbericht

Univ. Prof. Dr. Anton AMANN

Universität Wien, Fakultät der
Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Alserstraße 33, A-1080 Wien
e-mail: Anton.Amann@univie.ac.at
Tel.: 01-4277-23

Univ. Doz. Dr. Josef KYTIR

Statistik Österreich
Hintere Zollamstr. 2b, A-1033 Wien
e-mail: Kytir@oeaw.ac.at
Tel.: 01-7122140-33

Univ. Doz. Dr. Wolfgang LUTZ

IIASA
Schloßplatz 1, A-2361 Laxenburg
e-mail: lutz@iiasa.ac.at
Tel.: IIASA: 02236-807-294

Prof. DI. Dr. Helmuth SCHATTOVITS

Österreichisches Institut für
Familienforschung
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien
e-mail: Helmuth.Schattovits@oif.ac.at
Tel.: 01-5351454-18

Konsulent

Mag. Martin BAUER

Hintere Zollamstraße 2b, A-1033 Wien
e-mail: martin.bauer@statistik.gv.at
Tel.: 01-711287021

Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik

Dr. Eveline HÖNIGSPERGER

Bundesministerium für soziale Sicherheit und
Generationen
Franz-Josefs-Kai 51, A-1010 Wien
e-mail: eveline.hoenigspurger@bmsg.gv.at
Tel.: 01-71100-3270